

# Weitere Beiträge und Aktuelles auf www.Ost-Journal.de

02	<b>Vorwort</b> Martina Poljak
04	Stimmen der post-sozialistischen Transformation hörbar machen Stefan Kunath
08	Armenien kommunistisch, religiös und kontrastiv Ani Poghosyan
12	Das Ende der Sowjetgrenzen: Wie eine Generation von Armeniern den Wandel der Grenzen erlebt hat Hasmik Muradyan
19	<b>Berg Karabach:</b> Steiniger Weg zum Frieden Heiko Langner
26	Was ist neu am Kalten Krieg? Zur Wiederholung geopolitischer Erzählungen in neuen Strukturen und Grenzen Christoph Creutziger
32	Fantasien über Gayropa: Kunst und Politik Saltanat Shoshanova
39	<b>Die erneut entfachte Abtreibungsdebatte in Kroatien</b> - Ein Kommentar <i>Doroteja Jaković</i>
42	<b>Ausgegrenzte Europäer</b> – Kosovo und die EU <i>Mevlyde Hyseni</i>
48	"Auf soziale und wirtschaftliche Fragen braucht es soziale und wirtschaftliche Antworten – aber keinen Nationalismus." Interview mit Josip Juratović, MdB <i>Martina Poljak</i>
54	Offene Grenzen Stefan Hartmann
56	Seit 20 Jahren existiert eine neue Stadt auf der deutsch- polnischen Grenze: Michael Kurzwelly im Interview über Słubfurt Stefan Kunath
62	<b>Launische Pfade</b> – eine vergleichende Analyse der lokalen Identität an Polens West- und Ostgrenze <i>Martin Barthel</i>
72	Republik Polen – Republik Europa?  Krytyka Polityczna diskutierte in Warschau neue Europa-Visionen  Stefan Kunath

Denken über die Krise Europas Stefan Kunath

74



Martina Poljak auf der Podiumsdiskussion "Was ist Ost-Europa?" am 27.06.2017 im Deutschen Bundestag

Foto: Polina Spartyanova

#### **Vorwort**

#### Martina Poljak, Chefredakteurin

Die Schlussfolgerung der ersten Ausgabe von Ost Journal war, dass dem Begriff Ost-Europas bestimmte feste Vorstellungen anhaften, die stets über eine simple geographische Zuschreibung hinausgehen und oft in die ungünstige Lage versetzen, aus einer Perspektive reiner Negativität und Abwehr Identität und Politik zu definieren. Auch wenn Negativität sonst auch Teil von Identitätskonstruktion ist, so kann man doch feststellen, dass der Rechtfertigungsdruck im Hinblick auf bestimmte Zuschreibungen stärker ausgeprägt ist als der im Hinblick auf andere. Einige der Autor\*innen unserer letzten

Ausgabe rekurrierten dabei auf postkoloniale Theoreme und stellten z.B. eine Verbindung zwischen der politischen Konstruktion des Orientalismus und der des Balkanismus her. Deutungshoheit ist immer eine Frage der Macht. Ein Rückbezug auf die Historie scheint in der politischen und ideologischen Auseinandersetzung unumgänglich, selten aber ist dieser politisch produktiv. Die Kolonialgeschichte Europas weist nämlich außer- und innereuropäische Tendenzen auf, von denen nicht im Sinne der Historie als einem Vergangenen, sondern als von einem heute noch Nachwirkenden zu sprechen ist. Die

einzelnen europäischen Nationalismen scheinen in diesem Zusammenhang auch eine Hierarchie abzubilden, wobei der Fokus in den Medien öfter in den Osten rückt, sich mit alten diskursiven Vorstellungen über Autoritarismus und Totalitarismus paart und damit Phänomene wie den Brexit, den Erfolg der deutschen AfD, die jüngst an den Tag gelegte Polizeibrutalität in Spanien oder *Trump's America* aus dem Blick nimmt. Aus diesem Grunde muss das Gespräch über Ost-Europa immer auch eines über andere sein, um nicht den Fehler zu begehen, den Splitter im fremden Auge mit dem Balken im eigenen zu verwechseln. Für uns gilt es aber, der Dorn im Auge im Hinblick auf beide Sichtweisen zu sein.

In der vorliegenden Ausgabe stellte sich für unsere Autor\*innen die Frage, in welchem Maße diese angeblich geographische Bezeichnung Ost-Europas mit einer politischen, sozialen oder ideologischen zusammenhängt und von wem, wie und zu welchem Zwecke sie instrumentalisiert wird. In unserer Aufforderung zur Veröffentlichung im Journal nahmen wir den Begriff der Grenze als Leitmotiv der Analyse. Dabei ist die Grenze im Hinblick auf Nationalstaatlichkeit in einem Deutungskontinuum zu betrachten: von der augenscheinlichen Materialität der Territorialgrenze bis hin zu metaphysischen Ausführungen über die nationale Besonderheit - das eine ist Konkretion des anderen.

Im Zusammenhang mit Grenzen müssen auch Privilegien betrachtet werden, vor allem wenn man von europäischer Freizügigkeit und dem Schengen-Raum spricht: Zwei der Autor\*innen der hier versammelten Texte demonstrieren uns eindrücklich, wie z.B. nationale Eliten von bestimmten Grenzziehungen ausgeschlossen werden, die die Mehrheit der Bevölkerung und deren sozialen Status betreffen (Hyseni, Hartmann). Die sozialen Konsequenzen solcher Grenzziehungen werden auch im

Zusammenhang mit Polens West- und Ostgrenze erörtert (Barthel). In einem anderen Artikel wird der Ausschluss von Homosexualität in der russischen Gesellschaft in Kunst und Politik zum Zweck der Konstruktion von Männlichkeitsphantasien verwendet, die unweigerlich dem Gesellschaftsmodell des Nationalismus entspringen und Russland in Abgrenzung zu einem angeblich dekadenten Westen positionieren möchten (Shoshanova). Im selben Kontext ist auch die Retraditionalisierung und der Aufstieg des Neuen Konservatismus in Kroatien zu betrachten, wo Frauenrechte durch die erneut entfachte Abtreibungsdebatte und die Gesetzesinitiative zur Wiederherstellung einer viel engeren Familiendefinition gefährdet sind (Jaković).

Doch es gibt auch Gegentendenzen, die laut werden: Die neu entstandene Stadt Słubfurt, ein utopisch-politisches Amalgam aus Frankfurt/Oder und Słubice, will zur Stärkung regionaler und lokaler Identitäten beitragen (Kunath) und ist damit Exerzierfeld der Idee zur Gründung einer Europäischen Republik, wie sie im Bericht über eine Konferenz in Warschau zum Thema europäischer Zukunft präsentiert wird (Kunath). Dass wir trotz der von allen beschworenen europäischen Idee von Utopien reden, zeugt davon, dass wir uns gerade in einer real-existierenden Dystopie befinden. Längst ist eine erneute Normalisierung rechter Diskurse und menschenverachtender Rhetorik zu beobachten, die international mit einer politischen Desintegration einst augenscheinlich stabiler Bündnisse und Werteordnungen einhergeht. Ob diese zum Entwurf einer gerechteren, friedlicheren Welt beiträgt, ist zweifelhaft, denn die Zerstörung zur Bedingung des Neuaufbaus zu machen, wäre im Anbetracht heutiger Möglichkeiten nicht nur unmoralisch, sondern fatal. Ob sie in repetitive Barbarei ausarten könnte, ist dabei nicht mehr eine Frage des Nichtwissens.



#### Stimmen der post-sozialistischen Transformation hörbar machen

#### Ost Journal feiert Erstveröffentlichung im Bundestag

Stefan Kunath - Berlin

as coole Spielzeug aus der Sowjetunion, Kriegserfahrungen auf der einen Seite, Versöhnung auf der anderen, Minderwertigkeitskomplexe und Alltagsrassismus, die Repolitisierung der Zivilgesellschaft, aber auch der Aufstieg des Nationalismus, das Zusammenwachsen des Kontinents, mit all den Widersprüchen und Ambivalenzen – emsig diskutierten die Podiumsgäste unter der Leitfrage "Was ist Ost-Europa?" eine ganze Bandbreite an Themen. Eingeladen zur Diskussion im Bundestag am 27.06. hatte das Ost Journal. Den Anlass bot die Veröffentlichung der ersten Ausgabe, die sich mit eben dieser Frage auseinandersetzt.

## Transformationserfahrungen in Ostdeutschland und Polen

Bereits in der Kindheit hat sie gemerkt, dass der polnische Blick nach Westen gerichtet sei, erklärt Kamila Schöll-Mazurek. "Menschen, die heute in Westeuropa arbeiten, wird nachgesagt, denen ist etwas gelungen, sie haben es geschafft, aus Polen wegzuwandern. Aber meistens werden diese Menschen extrem ausgebeutet." Schöll-Mazurek weiß, wovon sie spricht. Neben der polnischen Migration nach Westen forscht sie zur Transformation von Ostdeutschland und Polen am Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Podiumsdiskussion "Was ist Ost-Europa?"
am 27.06.2017 im Deutschen Bundestag,
Dr. Kamila Sch^Il-Mazurek, Martina Poljak, Wenke Christoph,
Oleksandra Bienert, Martin Patzelt (v.l.n.r.)
Foto: Polina Spartvanova

Tatsächlich waren die deutsch-polnischen Beziehungen eines der Haupthemen an diesem warmen Juniabend. Das lag auch an der Teilnahme von Martin Patzelt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete war 16 Jahre lang Oberbürgermeister der Grenzstadt Frankfurt (Oder). "Meine Mutter wurde mit ihren sechs Kindern aus Ostbrandenburg – aus der Westmark – vertrieben. Meine Familie hat sich nach dem Krieg in Frankfurt (Oder) niedergelassen. Ich bin dort in den Trümmern aufgewachsen mit dem Rücken zu Polen – die sogenannte "Friedensgrenze" war ja zu", erläutert Patzelt, "wir blickten immer mit der Aufmerksamkeit nach Westen. Das habe ich übrigens später in Polen ganz genauso bemerkt."

#### Menschen, die heute in Westeuropa arbeiten, wird nachgesagt, denen ist etwas gelungen. Aber meistens werden diese Menschen extrem ausgebeutet." Kamila Schöll-Mazurek

Welche Folgen hat es für die post-sozialistischen Gesellschaften, wenn der Blick stets nach Westen gerichtet ist? "Der Anerkennungsdrang in Polen hört nie auf", erklärt Schöll-Mazurek, es herrsche die Vorstellung, "die Deutschen machen meistens alles besser." Gegenüber Deutschland empfinden viele Polen einen Rechtfertigungsdrang. Hinzu kommt, dass die Migration während der Transformation einen schlechten Einfluss habe: "Viele polnische Migranten kamen aus prekären Arbeitsverhältnissen und können sich in Deutschland oder Großbritannien kaum integrieren. Sie kommen dann nach Polen zurück und sind dann meistens noch radikaler." Patzelt vergleicht die Situation mit Ostdeutschland, nur seien die Schwierigkeiten in Polen noch heftiger

gewesen. Zwar gab es nach der Wende Aufsteiger, doch wie bei jedem Aufstieg könnten nicht alle mithalten. "Man muss verstehen, dass sich viele Menschen in Polen durch die rasante politische und ökonomische Entwicklung abgehängt fühlen – und das sprechen Kaczyński und seine regierende Partei an."

Als Lösung plädiert Patzelt für kontinuierlichen Dialog auf Augenhöhe und Respekt vor demokratischen Entscheidungen. Zugleich müsse die EU aber auch Grenzen markieren. "Es hilft nicht, wenn wir sie belehren wollen. Es hilft nur, wenn wir kontinuierlich im Gespräch bleiben," sagt Patzelt an diesem Abend, der als Mitglied der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe mehrmals die Möglichkeit hatte, mit Politikern und Wählern der Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS) zu reden.

#### **Westliche Bevormundung**

Dialog auf Augenhöhe und gegenseitiger Respekt, davon kann Martina Poljak nicht berichten. Ihre Kindheitserfahrungen sind von verschiedenen Diskriminierungen geprägt. Poljak ist Chefredakteurin beim Ost Journal und wurde in Jugoslawien geboren. Sie hat keinen Bezug zu Ost-Europa, wie sie gleich zu Beginn der Diskussion erklärt, eher zu Südost-Europa. Und dieser Bezug ist geprägt durch Kriegserfahrungen. In den 1990er Jahren wuchs sie dann in Wien auf. Dort wurde sie zum ersten Mal mit ihrer eigenen Identität konfrontiert. "Meine Selbstwahrnehmung war eine aufgezwungene Fremdwahrnehmung", schildert Poljak, "ich habe als Kind gelernt, dass ich mit meiner Herkunft weniger Wert bin als die Wiener." Anekdotenhaft schildert sie ihre Erfahrungen in Wien: Ob es auf dem Balkan Strom und Schuhe gegeben habe, wurde sie gefragt. Für viele Menschen in Wien sei der Balkan der Orient Europas. "Der französische oder der amerikanische Akzent eines Ausländers wird als eine liebliche Sache wahrdenommen. Aber wenn ein slawischer Akzent dazukommt, haben viele gleich Bilder von Kriegsstämmen im Kopf", schildert Poljak ihre Eindrücke. Viel hat sich seit der Zeit in Wien nicht geändert. Auch nicht in Berlin. Abwertende Reaktionen gebe es auch im Bundestag, wo Poljak zurzeit hauptberuflich arbeitet.

Von einer ähnlichen Geschichte erzählte an diesem Abend Oleksandra Bienert. Die ukrainische Historikerin und Menschenrechtsaktivistin berichtet von einer Begegnung an der polnisch-ukrainischen Grenze. Dort fragte sie ein deutscher Autofahrer, ob er nun in Russland sei. "Für mich ist es sehr schmerzvoll zu sehen, wie die Ukraine immer wieder vom europäischen Diskurs ausgeschlossen wird", kritisiert Bienert. Sogar nach den Protesten auf dem Majdan gibt es kaum Korrespondenten, die direkt aus der Ukraine berichten. Viele seien in Moskau oder in Polen tätig.

#### "Ost-Europa soll nicht länger ein blinder Fleck sein." Oleksandra Bienert

Wie sehr die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland von Ambivalenzen geprägt sind, führt Bienert an diesem Abend eindrucksvoll aus. Das betrifft nicht nur die Politik und Geschichte beider Länder. Die Verbindungen reichen tief in die persönliche Familiengeschichte hinein: "Ein Teil meiner Familie diente in der Roten Armee. Ein anderer Teil meiner Familie landete im Gulag oder wurde erschossen." Für Bienert ist die Auseinandersetzung mit Ost-Europa deshalb mit der Vorstellung verbunden, die politischen und familiären Lücken in der Erinnerung zu schließen. "Ost-Europa soll nicht länger ein blinder Fleck sein."

Bienert berichtet an diesem Abend von lokalen zivilgesellschaftlichen Projekten. Der erwirtschaftete Gewinn geht an lokale Stadtprojekte. Auch erfährt die LGBT-Community in der Ukraine langsame, aber stete Unterstützung. Außerdem berichtet Bienert von zivilgesellschaftlichen Komitees. Sie überprüfen Richter und Staatsanwälte auf korruptives Verhalten in der Vergangenheit. "Durch die Erfahrungen in der

Sowjetunion war das Vertrauen der Menschen untereinander zerstört. Mit den Majdan-Protesten hat sich die Gesellschaft repolitisiert." Doch der Krieg in der Ukraine hat seinen Schatten: "Es ist viel schwieriger geworden, kritisch über die eigene ukrainische Geschichte zu schreiben. Wer das tut, wird schnell als Kreml-Agent gebrandmarkt."

#### **Aufstieg des Nationalismus**

Der Aufstieg des Nationalismus, so viel wird an diesem Abend klar, ist kein spezifisches Problem der post-sozialistischen Regionen. Gleichwohl gibt es spezifische Entwicklungen, die mit der Transformation verbunden sind.

In der Schlussrunde übt Martina Poljak dann auch grundsätzliche Kritik am Transformationsdiskurs. In Europa sei die Aufklärung entstanden, doch das koloniale Erbe werde verdrängt - mit fatalen Folgen: Immer wieder trifft sie auf die Vorstellung, dass der Osten vom Westen lernen müsse, wie Demokratie funktioniert. "Die post-sozialistischen Gesellschaften haben sich selber befreit", betont Poljak. Allerdings bevormunde der vorherrschende Diskurs die post-sozialistischen Gesellschaften. "Wer als Arbeitsmigrant aus Ost-Europa nach West-Europa kommt, arbeitet meist für einen billigen Lohn. Das tun sie aufgrund von Minderwertigkeitskomplexen, weil sie glauben, dass sie in ihren eigenen Ländern gescheitert sind." Der Osten sei nun der Vorreiter einer Entwicklung, die auch im Westen immer deutlicher wird. Die Illusionen und Versprechungen des Westens werden nicht mehr geglaubt, weil die Realität eine andere ist. Der Westen droht sich mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus selbst zu zerstören, so Poljak. Symptomatisch dafür steht die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA.



# "Der französische oder der amerikanische Akzent eines Ausländers wird als eine liebliche Sache wahrgenommen. Aber wenn ein slawischer Akzent dazukommt, haben viele gleich Bilder von Kriegsstämmen im Kopf." Martina Poljak

Auch Mazurek-Zöll und Patzelt erinnern an diesem Abend daran, dass die Transformation tiefgreifende Spuren in den post-sozialistischen Gesellschaften hinterlassen habe. Anders als Poljak gehen sie aber nicht ins Grundsätzliche. Ihre Ausführungen sind eher pragmatisch: Die erzeugten Unsicherheiten könnten nicht von einem auf den anderen Tag aufgelöst werden. Die Flüchtlingskrise habe die Unsicherheit nochmals verschärft. "Wie kann man so große Sprünge und die Unsicherheiten vermeiden, welche die Transformation ohnehin schon ausgelöst hat?", fragt Schöll-Mazurek – und antwortet selbst: "Wir haben die Aufgabe nicht erfüllt, noch stärkere zwischenmenschliche Kontakte

zu schaffen." Viele Menschen in Ostdeutschland und Polen fühlten sich angesichts der Flüchtlingskrise ein weiteres Mal überfordert. Patzelt plädiert deshalb dafür, dass die Mitgliedstaaten der EU den Flüchtlingsstrom endlich unter Kontrolle bekommen müssten. "Die Flüchtlingskrise sorgt für eine starke Polarisierung – und das bereitet mir Sorge", so der CDU-Bundestagsabgeordnete.

#### Ost Journal: Dialog auf Augenhöhe

Trotz der unterschiedlichen Ursachen für den Rechtspopulismus fand das Podium dann doch einen gemeinsamen Nenner: "Wir müssen aufhören mit dem Helfersyndrom", dafür plädiert Oleksandra Bienert, "und anfangen, ost-europäische Zivilgesellschaften auf Augenhöhe zu betrachten." Wenke Christoph, die den Abend moderierte, lobte deshalb das Ost Journal auch für die "meinungsstarken Texte aus Ost-Europa über Ost-Europa." Tatsächlich ist es das Anliegen der Redaktion, die Stimmen der jungen Generation aus der post-sozialistischen Transformation hörbar zu machen. Das ist an diesem Abend gelungen. Und es soll nur der Anfang sein.



## Armenien kommunistisch, religiös und kontrastiv

Ani Poghosyan - Erevan

#### Das kommunistische Symbol

as Jahr 1986, Eriwan. Der Platz der Republik benannt nach Lenin war voll. Die Vorsitzenden der kommunistischen Partei platzierten Blumen vor der Statue Lenins zum Tag der Hauptstadt. Die offizielle Veranstaltung wurde von einem Gedicht begleitet. Laut diesem Gedicht, heißt es, wäre Lenin alle Wege des Todes gegangen, die Ewigkeit für sich als Wächter eingesetzt und mit seiner Geburt der Krieg überwunden. Dann haben die Vertreter der kommunistischen Partei und ihre Anhänger, d. h. fast das ganze Volk, geschworen, der kommunistischen Partei treu zu bleiben.

Lenin war für das sowjetische Volk mehr als ein Führer. Er wurde vor den Gebäuden, in den Gebäuden, auf jedem Stück, fast in jedem Haus, also überall, dargestellt. Der große Bruder folgte allen. Lenin war wie ein religiöses Symbol, zu dem die sowjetischen Nationen gebetet haben.

Aber nicht nur Lenin war für diese Zeiten ein neues Symbol, sondern auch der Leninismus als neu gegründete Religion. Die Vertreibung von Dissidenten und aktive Propaganda waren ein Zeichen dafür, dass wir es eher mit einer neuen Religion als mit einer Partei zu tun hatten und dass Lenin eher ein neuer Muhammed als Bismarck war.

Wie bei anderen Religionen wurden auch hier die Gegnervertrieben, geprügelt oder umgebracht. Die Anhänger wurden im Gegensatz dazu privilegiert und waren zynisch. Sie waren von Pflichten entlastet und standen über anderen, obwohl parallel propagiert wurde, dass alle gleich waren, aber vielleicht wareneinige doch gleicher als andere.

#### **Der Tod Gottes**

Die Statue ist das visualisierte Gedächtnis in unserer Zeit des Vergessens. Jede Statue enthält ein Gedächtnis in ihrer Struktur. Wir stellen Statuen auf, um die Vergangenheit zu fixieren; zumindest, um sie nicht zu vergessen.

Die Statue von Vladimir Lenin wurde im Jahre 1940 im Herzen von Eriwan auf dem Platz der Republik aufgestellt. Das war eine *klassische* Statue von Lenin mit typischen Einzelheiten wie der Zeitung *Prawada* in der rechten Hand und dem besorgten Gesichtsausdruck.

Die unruhigen Zeiten haben für Lenins Statue in den 70-iger-Jahren angefangen. Das war die Zeit der nationalen Blüte. Endlich hatte man das Recht über die Fragen zu sprechen, über die Kommunisten verboten hatten zu sprechen, wie die Frage des Genozids der Armenier/innen im Jahre 1915.

Im Februar des Jahres 1991 wurde die Statue von Protestierenden mit Farbstoff eingesprüht. In einer Nacht war sogar eine Bombe vor dem Sockel der Statue explodiert.

Die Entscheidung, die Statue zu demontieren, wurde vom Stadtrat getroffen. Nach dieser Entscheidung sollte die Statue bis zum 22. April des Jahres 1991 demontiert worden sein.

An diesem Tag war der Platz der Republik mit Menschen gefüllt. Tatsächlich waren sie Zeugen einer einzigen Szene: wie Gott stirbt. Zerstört wurde das Symbol, das unsterblich schien. Das war der Tag des Todes der sowjetischen Idee und des sowjetischen Gottes. Das, was in Eriwan am 13. April stattgefunden hat, war mehr als ein Abbau einer Statue, das waren ein Abbau der Vergangenheit und der Aufbau einer besseren Zukunft. Zumindest haben die Menschen darauf gehofft und so gedacht.

Es bleibt nur, sich vorzustellen, wie oft Unsterblichkeitsdeklarationen über Lenin auf diesem Platz laut herausgeschrien wurden.

Als der Prozess angefangen hat, hat man aus technischen Gründen zuerst den Kopf von der Statue abgetrennt. Das hat den Eindruck hinterlassen, die Statue wäre "hingerichtet worden". Es brachte die Anwesenden zum Lachen.

Neben der Statue von Lenin waren auch viele andere Statuen, die die kommunistische Vergangenheit symbolisierten, demontiert worden. Es gibt die Meinung, dass dadurch die Agression des Volkes besser kontrolliert wurde.

Die alte Realität wurde durch Zerstörung von Statuen aus dem Gedächtnis des Volkes auf der Ebene des Sehens gelöscht. Aus den Augen, aus dem Sinn.

Die Statue und der Kopf von Lenin werden heute im Hof der armenische Nationalgalerie aufbewahrt, obwohl es besser gewesen wäre, ein Museum zu eröffnen, wo alle Symbole des sowjetischen Armenien aufbewahrt werden, wie es beim DDR-Museum in Berlin der Fall ist

Künstler/innen haben schon lange darüber diskutiert, ob es die richtige Entscheidung war, die Statue abzubauen. Ihrer Meinung nach war die Statue ein richtiges Meisterwerk. Aber es wäre naiv zu glauben, dass die Statue auf dem Platz aus künstlerischen Gründen errichtet wurde. Die Aufstellung der Statue war eine rein ideologische Entscheidung, genauso wie ihr Abbau auch eine ideologische Bedeutunghatte.

# Das richtige Gesicht des religiösen Armeniens

Die CIA hat vor Kurzem Unterlagen veröffentlicht, in denen man auch eine Notiz über das sowjetische Armenien, geschrieben am 12. Juni im Jahre 1958, finden kann. Das Dokument enthält interessante Einzelheiten über den Alltag des sowjetischen Armeniers: Trotz der Tatsache, dass die Armenier/innen das kommunistische Regime ablehnten, sind die Beziehungen zwischen armenischen und russischen Bürger/innen in Armenien gut gewesen.

Die in Eriwan angestellten sowjetischen Luftkräfte wären diszipliniert gewesen und hätten sich ordentlich benommen. Die administrative und militärische Kontrolle der Zivilbevölkerung würde vom Militär gesteuert. Die Stadtregierung würde von Beamten gestellt, die meistens Armenier/innen wären und zur kommunistischen Partei gehörten.



In den Nachkriegszeiten der Jahre 1947-48 sind etwa 8000 bis 10000 Armenier/innen aus Frankreich, Griechenland und den Vereinigten Staaten nach Armenien zurückgekehrt. Aber nicht alle konnten sich an das kommunistische Regime gewöhnen. Viele von ihnen wären gerne zurückgegangen, wenn sie die Möglichkeit und eine Erlaubnis der kommunistischen Partei bekommen hätten.

In Eriwan gab es drei aktive Kirchen. An den Gottesdiensten nahmen meistens Frauen und Vertreter der alten Generation teil. Die Jugendlichen zeigten meistens kein Interesse an der Kirche,was man heute über die Jugend nicht sagen kann. Das war das Resultat der kommunistischen Ideologie, wo kein Gott außer Lenin existierte oder existieren durfte.

Viele armenische Kommunisten haben ihre Kinder zu Hause getauft. Sie haben gedacht, dass es ein Risiko für ihre Karriere wäre, in die Kirche zu gehen und dort das Kind taufen zu lassen.

Alle Bemühungen des Regimes, die Spekulation auf dem Markt zu verringern, waren erfolglos. Tief in der Seele sind die Armenier/innen richtige Kapitalisten. Es ist den Kommunisten nicht gelungen, die Lust der Armenier/innen auf Profit zu unterdrücken.

#### Die problematische Unabhängigkeit

Am 21. September des Jahres 1991 wurde die Unabhängigkeit Armeniens ausgerufen. Die Unabhängigkeit ist aber zu keinem Unterpfand der Sicherheit und Entwicklung geworden. Für das Land begannen schwere Zeiten. Der Ausbruch des Krieges im Berg Karabagh, die schwere wirtschaftliche Situation, die Blockade von westlichen und östlichen Nachbarn, keine Heizung, Gas, Strom und auch keine Hoffnung. Die ganze Nation rätselte, ob dieser Krieg die letzte Seite ihrer Geschichte sein wird oder nicht.

Die Leute, die bei der Demontierung von Lenins Statue da waren, haben vielleicht von solch einer Zukunft nicht geträumt. Sie dachten, dass die allerschwerste Etappe der Geschichte schon vorbei wäre, dass das unabhängige Armenien ein Traumland sei, dass die Geschäfte voll von Lebensmitteln sein würden und endlich Reisefreiheit herrschte. Eigentlich ist es schwer, eine/n Armenier/in zu finden, die/der im Ausland keine Verwandtenhat. Die Leute haben den Rubel schnell vergessen und fingen an, von Dollars zu träumen.

Im Jahre 1991 hat der Krieg im Berg Karabagh angefangen. Der neuen Regierung von Armenien wurde keine Chance gegeben, um praktische Erfahrung zu sammeln. Man musste gleich die Herausforderungen der Unabhängigkeit überwinden. Herausforderungen, die oft Menschen das Leben gekostet haben.

Im Jahre 1994 wurde zwischen den Konfliktseiten Armenien, Azerbaidschan und Berg Karabagh der Waffenstillstand ausgerufen. Armenien versucht jetzt, seinen eigenen Weg der Entwicklung zu gehen, manchmal unlogisch, manchmal unklar und kontrastiv

# Die zweideutige Realität des heutigen Armenien

Wie stark der Kommunismus das heutige Armenien beeiflusst hat, ist schwer einzuschätzen. Aber sogar die Jugendlichen, die nicht in der Sowjetunion gelebt haben, erinnern sich an die sowjetischen Zeiten mit unversteckter Nostalgie. Die Vertreter/innender älteren Generation können mit den neuen Zeiten und ihren Herausforderungen schwer Schritt halten.

Armenien war eines der reichsten Länder der Sowjetunion. Ja, die Kommunisten haben ein moralisches Massaker im Land, wie auch in anderen sowjetischen Ländern, durchgeführt, aber sie haben auch aufgebaut, renoviert und ernährt. Wahrscheinlich war das für die Menschen wichtiger als Redefreiheit, Menschenrechte und Unabhängigkeit. Unabhängigkeit bringt auch Verantwortung mit. Das

Geheimnis der Diktaturen besteht vielleicht auch darin, dass Menschen Angst vor der Verantwortung für das eigene Leben haben.

Heute steht Armenien zwischen seiner kommunistischen Vergangenheit und der kapitalistischen Gegenwart.

Die Gebäudeund die Häuser, wo wir wohnen, sind kommunistisch. Die Kleidungen, die wir tragen, und die Autos, die wir fahren, sind kapitalistisch.

Die Universitäten, an denen wir studieren, sind kommunistisch, die Arbeitsmärkte sind kapitalistisch. Die renovierten Straßen sind kapitalistisch, Hinterhöfe sind meistens unordentlich, also kommunistisch. Das Lächeln, das der Pförtner hat, ist kapitalistisch, das Halblächeln der Polizisten ist kommunistisch. Die Banken sind kapitalistisch, ihre Vorsitzenden sind Kommunisten. Die Bestechung ist kommunistisch, die Korruption ist kapitalistisch. Alternative ist Sache des Kapitalismus, Zweideutigkeit ist Sache des Kommunismus. Und endlich, die Demokratie ist kapitalistisch, aber die kriminellen Schattierungen dieser Demokratie sind kommunistisch.

Wie es zu bemerken gilt, ist Armenien ein Land bestehend aus vielen Kontrasten. Die Kontraste sehen gut aus auf den Bildern, in der Literatur, im Theater, wo fast alle Meisterwerke aus realen oder erfundenen Kontrasten bestehen, aber in der Politik sind sie wertlos und gefährlich. Sie verlangsamen die Entwicklung eines Landes, das den Fortschrittwie frische Luft braucht.





#### Das Ende der Sowjetgrenzen: Wie eine Generation von Armeniern den Wandel der Grenzen erlebt hat

Hasmik Muradyan - Erevan

"Kannst du dir vorstellen, dass alles, was man im Leben studiert hat, die Ideologie, welche die Regeln des Lebens und den Blick auf die Welt diktierte, die Vorbilder, die Helden, plötzlich als falsch und irrelevant erklärt werden?" So wundert sich die 61-jährige Frau aus dem ehemaligen sowjetischen Armenien, die gesteht, dass sie zwar Lenins Werke konspektieren kann, aber keine Antwort darauf hat, wofür man heute das alles gebrauchen kann.

Der Zweifel an der alten Ideologie, die unklaren neuen Ideen und die Ungewissheiten der Zukunft, die Hindernisse und Stereotypen, die bis heute nicht überwindet wurden – diese Mischung an Gefühlen ist noch immer sehr präsent. Die alten Grenzen der Unionsrepubliken der Sowjetunion waren formal und entsprachen nicht der Realität. Dann brach die UdSSR zusammen und es wurde klar, dass diese formalen Grenzen jetzt real sind. Das führte zu Konflikten zwischen ehemaligen Brüderländern. Als Folge davon sind die Grenzen des Nationalstaats jetzt relevant geworden und die Menschen können nicht mehr ganz frei, wie früher, in die Brüderländer fahren, und der Westen und die Hinfahrt dorthin, die eine große Herausforderung und Ehre darstellte, ist heute ganz nahe.

Von dieser Entwicklung ist eine Generation betroffen, die den Zerfall der alten Grenzen und die Anordnung der neuen miterlebt hat. Vier Portraits sollen die Geschichte dieser Generation darstellen.

#### Silwa Mirakyan, 60 Jahre, Buchhalterin

Jerewan-Moskau-Brest-Berlin. Diesen langen Weg musste man im Jahr 1981 überwinden, um von Armenien nach Deutschland zu fahren, genauer gesagt, einem Teil von Deutschland, der sich auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs befand.

"Sputnik hieß die Organisation, die für uns eine Reise nach Ostdeutschland organisierte. 17 Tage und vier Städte – Berlin, Potsdam, Leipzig, Dresden", erzählt die 60-Jährige Silwa und versucht diese Er-

innerungen aus dem Schatten der erlebten Jahre herauszulocken. "Das war nicht so leicht. Schon damals war es möglich, nach Bulgarien und in die Tschechoslowakei reisen, aber man sollte irgendwie schon etwas organisieren können, wie etwa ein Paar importierte Schuhe zu kaufen. Ja, es gab Reisemangel in der



UdSSR. Wir bekameneinen Plan mit derAnzahl der Menschen, die nach Europa fahren durften. In unserer Fabrik wurde uns gesagt, dass fünf Menschen nach Deutschland fahren konnten", erinnert sich die Armenierin, die ihr ganzes Leben in dieser Fabrik als Buchhalterin gearbeitet hatte.

Wer tüchtig war und etwas Glück hatte, einer von diesen fünf Menschen zu sein, wurde geprüft, damit der Staat sichergeht, dass diese Person genau die richtige für diese Reise war undauch die Geschichte oder Sprache gut beherrschte.

"Es war sehr schwer, damals nach Europa zu fahren. Ohne touristische Organisation wäre diese Reise auch für mich unmöglich gewesen. Heute kann man ohne Einschränkungen die ganze Welt bereisen", mutmaßt die ehemalige Buchhalterin.

"Die Mauer? Darüber wusste ich nur, dass sie existiert. Wir waren mit dem Bus zur Mauer gefahren. Mir schien sie ein großer Zaun zu sein, auf deren anderer Seite die kapitalistische Welt beginnt. Diese Grenze sollte uns von jener Welt schützen", erinnert sich Mirakyan.

Die lebendigste Erinnerung an diese Reise war nicht der Unterschied zwischen beiden Kulturen, der sicher groß war. So erinnert sie sich, wie ein Mitglied ihres Teams dafür bestraft wurde, weil es eine Eisverpackung nicht in den richtigen Mülleimer geworfen hatte. Vielmehr warteten die Reisenden vor der Abfahrt sehr gespannt auf den Zug, damit sie die Toilette benutzen konnten. "An der Grenze bei Brest wurde uns das ganze Geld weggenommen.

Wir bekamen es bei der Rückkehr zurück, weil wir nicht viel von unserem Geld mitnehmen durften", erzählt sie mit offen herzigem Lachen, das aber eher ihre Verwunderung ausdrückt. "Da wir nicht besonders viel Geld dabei hattenund es schon der 17. Tag unserer Reise war, hatten wir natürlich alles ausgegeben und kein Geld mehr für die

Toilette. Damals waren bezahlbare Toiletten für uns ein Kulturschock, jetzt sieht man sie in Armenien an jeder Ecke. Vielleicht ist dieses Konzept durch die neuen Grenzen zu uns gedrungen", schöpft die Armenierin einen Verdacht.

Das Gebiet der ehemaligen UdSSR in seinen Grenzen war ein quasi kosmopolitisches, übernationales Territorium. Seitdem es durch staatliche Grenzen zerteilt wurde, hat sich vieles geändert. "Jetzt ist mir egal, ob ich nach Europa oder in einen ex-sowjetischen Staat reise. Auf jeden Fall fühle ich mich nicht zuhause, nicht sicher, weil es Ausland ist und ich einen anderen Pass einer anderen Republik habe. Vor Kurzem habe ich eine Weile in der Ukraine gelebt und gearbeitet. Natürlich fühlte ich mich nicht so frei wie vor 26 Jahren, als plötzlich das Bedürfnis da war, die staatlichen Grenzen aufgrund der Nationalität anzuordnen oder die Löhne mit armenischem Dram, russischem Rubel oder ukrainischem Griwna auszuzahlen."



#### Anahit Sargsyan, 52 Jahre, Medizinerin

Der Ausdruck "Jerewan-Baku-Jerewan-Zug" klingt heute seltsam und gehört eher zum humoristischen. Zwischen den Nachbarländern gibt es seit vielen Jahren teils auch militärische Auseinandersetzungen um die Region Berg Karabach, die von Armeniern bewohnt wird und nach dem Zusammenbruch der UdSSR ihre Unabhängigkeit von Aserbaidschan erklärte. Das führte zum bewaffneten Konflikt und zu geschlossenen Grenzen zwischen den ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken Armenien und Aserbaidschan.

Doch im Jahre 1980 war die Reiserichtung Jerewan-Baku-Jerewan ganz gewöhnlich und gehörte zu den meist beanspruchten. Die Armenier, die in Aserbaidschan wohnten, und die Aserbaidschaner aus Armenien fuhren in beide Richtungen. Die 52-jährige Anahit Sargsyan aus Armenien war eine häufige Reisende dieses Zuges, da ihre Großmutter und ihre Familie in Aserbaidschan lebten. "Meine Großmutter und ihre Schwester lebten in Baku. Sie arbeitete als Kinderärztin und war sogar Abteilungsleiterin. Mein Vater wurde auch in Aserbaidschan geboren und erst nach dem Universitätsabschluss ist er nach Armenien gezogen. Letztes Mal war ich im Jahr 1980 in Baku gewesen. Ich erinnere mich an eine riesig große Stadt, wo man auf der Straße eher Russisch als Aserbaidschanischhörte", erzählt die Armenierin.

Aber die Sprache des damaligen Bruderlandes kannten Anahits Verwandte ganz gut. Genauso gut waren auch die Beziehungen mit Aserbaidschanern aus dem Kreis von Kollegen, Nachbarn, Bekannten und überhaupt der Umgebung. "Meine Verwandten sprachen Aserbaidschanisch. Wenn sie in der Familie etwas unter zwei Augen besprechen wollten, sprachen sie Aserbaidschanisch, damit die Kinder nichts verstanden."

Doch blieb sie stets vorsichtig: Wenn Anahit in Baku ins Kino gehen wollte, begleitete sie immer ein Verwandter. "Aber das war eher allgemeine Vorsicht und überhaupt die Angst davor, dass mir in einer unbekannten Stadt etwas passieren könnte", sagt Anahit, die jedoch nicht ausschließt, dass ein weiterer Grund auch mit ihrer armenischen Herkunft zu tun hatte.

Der Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan zwang Anahits Großmutter mit der Familie nach Armenien zu ziehen. Die neuen Staatsgrenzenmachen die Reise nach Aserbaidschan unmöglich. Trotzdem würde Anahit gerne noch einmal Baku besuchen - wenn es eines Tages ungefährlich wird. "Vielleicht liegt es daran, dass wir während des Kriegs viel Grausames gesehen haben, deshalb finden wir es jetzt nicht schade, dass wir nicht mehr dorthin fahren dürfen. Nach dem Krieg war der Schmerz durch die Verluste so stark, dass man heute nicht mal daran denkt, dass das Reiseverbot nach Aserbaidschan ein großer Verlust ist. Obwohl, wenn die Situation sicher wäre, würde ich gerne Baku besuchen. Man darf keine Mauern bauen und keinen Hass säen. Jetzt ist uns die Welt besonders nah geworden. Heute steht die Welt für uns offen. Vor 26 Jahren waren wir in unseren sowjetischen Grenzen eingeschränkt und hatten keine Ahnung davon, was außerhalb der UdSSR ist. Die Kontakte mit anderen Kulturen haben immer eine positive Auswirkung. Das trifft genauso auf die Kontakte mit Aserbaidschan zu. Unsere kleine Region braucht den Kulturaustausch", sagt sie.

Es gab Zeiten, in denen im Waggon des Zuges Jerewan-Baku die Menschen Spielkarten spielten. Heute hat sich die Situation so sehr geändert, dass in der Region Armenier und Aserbaidschaner miteinander nur in Georgien in Kontakt kommen können.



#### Zarine Karapetyan, 62 Jahre, Chemikerin

Habt ihr wirklich an die Idee des Kommunismus geglaubt? Wurden diese Ideen niemals in eurer Gesellschaft kritisiert? Auf die Fragen, die im Raum standen, konnte vielleicht nur die heutige Generation kommen.

"Wir konnten uns nicht einmal vorstellen, dass man anders denken kann, dass Lenin, der verehrte Führer, dessen Werke in der Bibliothek sehr intensiv und fleißig studiert wurden, plötzlich falsch liegen konnte. Vielleicht lag es daran, dass wir nur eine winzige Vorstellung davon hatten, wie anders die Welt auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs war und wir deshalb keinen Mut fassten, um selbstständig daran zu denken. Kannst du dir vorstellen, dass alles, was man im Leben studiert hat, die Ideologie, welche die Regeln des Lebens und den Blick auf die Welt diktierte, die Vorbilder, die Helden, plötzlich als falsch und irrelevant erklärt wurden?", wundert sich Zarine Karapetyan.

Dabei war es keine große Überraschung, eher kamen die Veränderungen allmählich mit der Perestroika. Und dann kamen die 1990er. "Jetzt, wenn ich über die Ereignisse der 1990er lese, wird mir klar, dass wir damals nicht die leiseste Ahnung hatten, was da passierte. Diejenigen, die diese Veränderun-

gen schnell verstanden und wahrgenommen hatten, die ideologisch flexibler waren, konnten sich schnellan die neuen ideologischen Grenzen gewöhnen."

Der Kommunismus lehnte Privateigentum zum Wohle der Menschen ab. In der UdSSR wurde stets betont, dass sich alles Böse in den öffentlichen und staatlichen Beziehungen aus der ungleichen Verteilung des Guten ergibt. Um dieses Böse zu beseitigen, sollten im Kommunismus Eigentumsrechte nur für den Staat und nicht für Privatpersonen gelten.

"Damals landete man im Knast wegen eines vom Staat gestohlenen Huhns. Natürlich konnte man sich nicht mal vorstellen, dass das Eigentum dieses Staates einem verkauft werden kann. Niemand hat uns gesagt, dass diese Ideologie jetzt falsch ist. Man sah selbst, was da los war, fand Widersprüche zwischen der Realität und dem, was uns gelehrtwurde. Wir sahen selbst, wie anders diese Welt geworden ist. Mir fallen jetzt die Konspekte von Lenins Werken ein. Die waren für jeden obligatorisch und man musste sie für die Prüfungen auswendig lernen. Jetzt frage ich mich: Wofür war das alles?"

Trotzdem diktierte das neue Leben seine eigenen Regeln. Vieles hat sich geändert, vor allem die Möglichkeiten und Perspektiven. "Wir sollten vieles lernen und mehr Geduld haben. Viele Gelegenheiten haben sich eröffnet. Vielleicht fällt es einem schwerer und dem anderem leichter, sich in einem neuen Leben selbst zu verwirklichen, aber die Möglichkeiten haben wir."

Das Schwierigste an der neuen Ideologie war für Zarine Karapetyan der Wettbewerb um das eigene private Kapital. Im neuen Wirtschaftssystem, in dem die Produktionsmittel privaten Eigentümern gehören, liegt der Schwerpunkt auf der Idee, dass sich Kapital und Privateigentum in der sogenannten Marktwirtschaft von selber regeln. Die Unternehmen produzieren Waren für einen Markt, der durch Angebot und Nachfrage getragen wird.

"Ideologie sind nicht nur die Worte, sondern auch die Lebensweise und das Verhalten", glaubt die 62-jährige Frau. "Ich konnte mir schwer vorstellen, auf der Straße Kuchen zu verkaufen, um Geld zu verdienen, um damit etwas Neues anzufangen. Das ist ein Hindernis, das ich bis jetzt nicht überwunden habe. Das neue Leben diktierte alles von Anfang an neu anzufangen – vielleicht als Verkäuferin. Allerdings war ich 30 Jahre im Chemielabor beschäftigt. Es hat nicht damit zu tun, dass es mir peinlich ist, etwas zu verkaufen. Nein, ich würde nicht mal als Ärztin oder Lehrerin neu anfangen. Mein Labor war mein Traumjob, durch den ich meine Vorstellung vom Leben verwirklichen konnte, aber in dem neuen Leben war die Hauptsache, das private Eigentum zu vergrößern. Das war das Schwierigste für mich."

"Alles, was uns gesagt wurde, wurde von uns als Dogma wahrgenommen. Wir wurden nicht ermutigt, eine eigene Meinung zu äußern. Wir hatten Vorbilder, denen zu folgen für uns wichtig war. Ich fing an, die Bibel zu lesen und verstand nichts. Ich war verwirrt, wie jeder, der durch strenge Dogmen großgezogen wurde. Die Freiheit war überraschend erschienen und es war nicht so leicht, sich an diese Freiheit zu gewöhnen. Ich denke, das haben wir der neuen Generation als Erbschaft hinterlassen."

#### Anahit Muradyan, 58 Jahre, Lehrerin

"Keine Verwandten im Ausland", so endete jeder Lebenslauf in der ehemaligen UdSSR. Ein guter und vertrauenswürdiger Lebenslauf, natürlich. Ausländische Verwandten machten aus einem sowjetischen Bürger einen potenziellen Spion. Deswegen war vor etwa 30 Jahren, als die junge Anahit Muradyanihrem Vater sagte, dass sie einen Ausländer heiraten möchte, die Antwort ein strenges und lakonisches "Nein". Obwohl in dieser Zeit der Eiserne Vorhang fest und undurchsichtig war, wehten ab und zu, wie ein kleiner Wind im Sommer, die Armenier, die im kapitalistischen Ausland lebten, aber ihre sowjetische Heimat besuchen durften, durch die Grenze der beiden Systeme. Während so eines Besuches lernte Anahit Muradyan ihre Liebe kennen, "den Sohn der kapitalistischen Welt", wie der junge Mann in ihrer Heimat bezeichnet wurde. "Ich war jung und wie es so oft mit jungen Menschen passierte, hatten wir uns verliebt und wollten heiraten. Aber mein Vater sah das alles anders. Die Vorstellung, seine Tochter mit jemandem aus Westeuropa verheiratet zu sehen, galt für ihn als Verrat an der Heimat. "Ich bin ein

treuer Bürger des sozialistischen Staates. Wie kann ich damit einverstanden sein, dass meine Tochter mit jemandem aus der kapitalistischen Welt eine Ehe eingeht?", sagte mir damals mein Vater.

So war seine Überzeugung, seine Ideologie, an die der eingeschworene armenische Kommunist fest glaubte. Was Anahit Muradyan angeht, sie hat eigene Vorstellungen über diejenigen, die geschickt und mit Sachkenntnis diese Ideen propagierten und an die ihr Vater und andere, wie er, unzweifelhaft vertrauten: "Die Regierung hatte große Angst vor Spionage, vor Anheuerung, Rekrutierung. Diejenigen, die an der Macht waren, verstanden, dass wir keine Demokratie in der UdSSR hatten. Deshalb wollten sie uns möglichst fern von der anderen Welt halten. Da gab es eine Ideologie und alles drehte sich darum. Wir glaubten an alles, was uns gesagt wurde. Diese Ideologie war wie eine Droge, wie vielleicht heute die Religion. Ich konnte nur nicht verstehen, was die Liebe mit dieser Ideologie zu tunhatte. Wie konnte meine Liebe die Ideologie stören? Wir hatten eine Art von Denken, die uns nicht erlaubte, Weltbürger zu sein."

Trotzdem fand Anahit Muradyan schon damals unvorstellbare und widersprüchliche Aspekte im Kommunismus. "Ja, wir hatten alle Werke von Lenin, allesüber den Marxismus-Leninismus und die Grundlagen des Atheismus durchstudiert. Einige Ideen des Kommunismus brachten mich zum La-





chen. Wie konnte Geld eines Tages nicht mehr existieren? Wie konnte eine Gesellschaft gestaltet werden, wo man in den Laden geht und allesnimmt, was man braucht, ohne Geld zu bezahlen? Ich war sehr jung, aber verstand schon, dass es unmöglich war."

Nach der Ziehung der neuen Grenzen ist in Armenien jetzt vieles vorstellbar und real geworden. Das betrifft besonders zwischenmenschliche Beziehungen aus dem Osten und dem Westen. Jetzt hat Anahit Muradyan Enkelkinder, die Amerikaner sind. Ihr gelang es nicht, mit dem Jungen aus dem Westen zusammen zu sein. Sie hatte jemanden anderen geheiratet, der genau dem Vorbild des sowjetischen Menschen entsprach. Aber ihre Tochter, die im unabhängigen Armenien aufgewachsen ist, hat einen US-Bürger geheiratet, denn "einen Sohn der kapitalistischen Welt" zu heiraten, ist in Armenien heute nicht mehr unmöglich.

Die alten Ideen waren sehr schnell den neuen Ideen gewichen, die die Freiheit mitgebracht hatte und woran zu gewöhnen schwer fiel, weil die Menschen und deren Denkart noch beim Alten geblieben sind.

Die staatlichen Grenzen zwischen den Unionsrepubliken der UdSSR waren formal und entsprachen nicht der Realität. Deshalb spielte es für die Menschen keine Rolle, auf welcher Seite dieser formalen Grenzen sie wohnten, weil diese Grenzen zu überschreiten genauso formal war, wie die Existenz dieser Grenzen überhaupt. Aber nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurde ihnen klar, dass diese Grenzen mit den Grenzwächtern und der Einreiseerlaubnis jetzt real wurden, dass sichdie Häuserder Verwandten im Ausland befinden. Konflikte brachen auf, damit das eigene Zuhause im Ausland ein Zuhause in der Heimat bleibt. Die Nationalität wurde zur neuen Idee, aufgrund derer die neuen Grenzen gestaltet wurden.



## Berg-Karabach: Steiniger Weg zum Frieden

Heiko Langner - Berlin

Der armenisch-aserbaidschanische Konflikt um die von armenischer Bevölkerung besiedelte, jedoch völkerrechtlich zum Territorium der Republik Aserbaidschan gehörende Region Berg-Karabach (auch bekannt als Nagorny-Karabach) ist der älteste ungelöste Sezessionskonflikt im postsowjetischen Raum.

Nach dem jüngsten Krieg Anfang der 90er Jahre steht die abtrünnige Region im Südkaukasus zwar schon seit zweieinhalb Jahrzehnten unter der militärischen Kontrolle Armeniens bzw. eines dort installierten De-Facto-Regimes. Dennoch wird der 1994 vereinbarte Waffenstillstand durch die Streitkräfte beider Konfliktparteien beinahe täglich gebrochen. Ebenso geraten die Angehörigen beider Zivilbevölkerungen häufig zwischen die Frontlinien. Anfang April 2016 verloren in dem fälschlicherweise oft als "eingefroren" bezeichneten Konflikt bei mehrtägigen Auseinandersetzungen mit schweren Waffensystemen auch mehrere hundert Zivilist\*innen ihr Leben. Meist findet der Konflikt nur infolge neuer Gewalteruptionen kurzzeitigen Eingang in die westlichen Medien. Die Konfliktvermittlung der zuständigen Minsker Gruppe der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) schleppt sich seit Jahren ergebnislos dahin. Ziel dieses Beitrags ist es, die Ursachen und Hintergründe des Konflikts zu beleuchten, sowie mögliche Perspektiven der Konfliktlösung aufzuzeigen, die beiden Konfliktparteien die Bereitschaft zu schmerzhaften Kompromissen abverlangen würde.

#### Last der Geschichte und interethnische Gewalterfahrungen

Die armenisch-aserbaidschanische Beziehungsgeschichte ist eine komplexe gemeinsame Regionalgeschichte, die durch erhebliche interethnische Gewalterfahrungen geprägt ist.

Bereits im Zuge der bürgerlichen Revolution im zaristischen Russland 1905 vollzogen sich gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen verarmten aserbaidschanischen Landarbeitern, die in die seinerzeit weltweit größten Ölförderungsreviere um Baku strömten und den dort vergleichsweise in bescheidenem Wohlstand lebenden armenischen Gewerbetreibenden und Handwerkern, die in Ansätzen eine aufkommende Handelsbourgeoisie darstellten. Der im Kern soziale Konflikt wurde schnell ethnisiert. Als Ergebnis der Oktoberrevolution 1917 und des Ausscheidens Russlands aus dem Ersten Weltkrieg erlangten Armenien, Aserbaidschan und auch Georgien von 1918 bis 1920 staatliche Unabhängigkeit. Die ultranationalistische armenische Daschnakenregierung verstrickte in dieser kurzen Zeitspanne Armenien in maßloser Überschätzung der eigenen Kräfte in kriegerische Grenzkonflikte mit fast allen Nachbarn. In Berg-Karabach und weiteren umkämpften Gebieten mit gemischter Bevölkerung kam es zu wechselseitigen Massakern mit weit mehr Opfern als im späteren Krieg Anfang der



90er Jahre. Durch die anschließende Wiedereingliederung des Südkaukasus in die nach nationalen Strukturen aufgebaute Sowjetunion blieb der Konflikt für rund 70 Jahre eingefroren. Unter dem offiziellen Diktum der "Völkerfreundschaft" wurden die zuvor gemachten Gewalterfahrungen tabuisiert. Am 5. Juli 1921 entschied das siebenköpfige sowietische "Kaukasus-Büro" unter Beteiligung von armenischen Vertretern mit vier Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen ohne Gegenstimmen, dass Berg-Karabach vor allem aus wirtschaftsgeografischen Zweckmäßigkeitserwägungen als armenisches Autonomiegebiet bei der neuen Sowjetrepublik Aserbaidschan verbleiben sollte (Rau 2007: 33f.). Das Moskauer Zentrum hat an dieser Entscheidung aus Präzedenzfallgründen während der gesamten Sowjetära festgehalten. Unter Gorbatschows Perestroika-Politik begann sich eine neue armenische Nationalbewegung zu formieren, die Glasnost dazu nutzen wollte, um die Entscheidung vom 5. Juli 1921 zugunsten Armeniens zu revidieren und Berg-Karabach an Armenien anzuschließen, was aber am Widerstand Moskaus und Aserbaidschans scheiterte.

Die nationalistischen Spannungen zwischen beiden Sowjetrepubliken entluden sich 1988 und 1990 in blutigen antiarmenischen Pogromen in Aserbaidschan, während umgekehrt die Angehörigen der aserbaidschanischen Minderheit in Armenien angegriffen wurden. Der morsche Moskauer Machtappa-

rat reagierte auf die armenischen Sezessionsaktivitäten und die zunehmende Gewalteskalation, indem Moskau zeitweilig selbst die Direktverwaltung Berg-Karabachs übernahm. Zudem wurden Spezialeinheiten des sowjetischen Innenministeriums zusammen mit aserbaidschanischen Sicherheitskräften 1991 im Rahmen der dreimonatigen Operation "Ring" zur "Bekämpfung der Bandentätigkeit" in armenische Siedlungen außerhalb des Autonomiegebiets entsandt, was faktisch auf Deportationen der lokalen armenischen Bevölkerung hinauslief (Hofmann 2006: 169f.). In Sowjetarmenien verdrängte die nationaldemokratische (nationalistische) Opposition die armenischen Kommunisten von der Macht und begann umgehend mit der Aufstellung einer eigenen Streitmacht. Die pro-sowjetische Regierung Aserbaidschans bestand hingegen zunächst die Machtprobe mit der oppositionellen "Volksfront" und vertraute weiterhin auf Moskaus Hilfe, sodass sich der Aufbau einer eigenen Armee verzögerte. Zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs nach dem Zerfall der Sowjetunion verfügte Aserbaidschan kaum über kampffähige Streitkräfte, sodass die russische Armee bei ihrem anschließenden Truppenrückzug den Großteil des militärischen Geräts und der schweren Waffensysteme gewissermaßen als letzten Freundschaftsdienst zurückließ. Die reguläre Armee der unabhängigen Republik Armenien unterstützte die Kriegsführung der paramilitärischen Milizen der Karabach-Armenier von Anfang an massiv

und hält bis heute nicht nur das frühere armenische Autonomiegebiet Berg-Karabach besetzt, sondern zusätzlich weitere sieben umliegende Bezirke, die vor dem Krieg von der aserbaidschanischen Bevölkerung bewohnt waren.

In dem eroberten Gebiet wurden schwerste Kriegsverbrechen verübt und die gesamte aserbaidschanische Zivilbevölkerung systematisch vertrieben. Bis zum Beginn des Syrienkriegs war Aserbaidschan dasjenige Land, das mit über einer Million Betroffener den weltweit höchsten Anteil von Binnenflüchtlingen an der eigenen Bevölkerung aufwies, wobei Armenien allerdings ebenfalls den Zustrom von ca. 350.000 Kriegsflüchtlingen auffangen musste. In beiden Südkaukasusrepubliken leben heute nur noch vereinzelt Angehörige der jeweils vertriebenen Minderheiten, meist als Partner\*innen von noch zu Sowjetzeiten geschlossenen Mischehen unter falschen Alias-Identitäten.

#### Feindbilder und Konfliktcharakter

Beide Konfliktparteien betrachten den jeweils anderen als die Inkarnation des Bösen schlechthin. In den nationalen Bildungs- und Erziehungssystemen beider Staaten wird ein kultiviertes Feindbild und ideologisch gefärbtes Konfliktbild an die jeweiligen jüngeren Generationen weitergegeben. Die armenische Seite thematisiert nicht selten die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der aserbaidschanischen und der türkischen Bevölkerung, um eine Kontinuitätslinie zwischen dem Berg-Karabach-Konflikt und dem Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich 1915/16 zu ziehen. Der Völkermord vor 102 Jahren fand jedoch ausschließlich auf dem Territorium der heutigen Republik Türkei statt, während die heutige Republik Aserbaidschan einschließlich Berg-Karabach damals zum russischen Zarenreich gehörte. Das in der armenischen Bevölkerung zweifellos bis heute nachwirkende nationale Trauma des unter jungtürkisch-osmanischer Herrschaft erlittenen Völkermordes vermag die ethnische Vertreibung der aserbaidschanischen Bevölkerung aus den eroberten Staatsgebieten Aserbaidschans über 75 Jahre später nicht zu rechtfertigen. Es erfüllt in diesem Kontext vor allem eine sozialpsychologische Funktion, um die armenischen Kriegsverbrechen während des Berg-Karabach-Krieges zu

verdrängen. Das gilt insbesondere für das größte einzelne Massaker des Krieges an rund 600 aserbaidschanischen Zivilist\*innen, darunter Frauen, Greise und selbst Kleinkinder, in Chodschali (Khojaly) Ende Februar 1992.

Auf aserbaidschanischer Seite sieht es freilich kaum besser aus: Hier gelten die Armenier als ewige Landräuber. Die Wirkung ist dieselbe: Die blutigen Pogrome und die Beteiligung an der brutalen Vertreibung der armenischen Bevölkerung während der Operation "Ring" werden in der eigenen Wahrnehmung genauso ausgeblendet wie die spätere Kriegsführung in Berg-Karabach.

Den jüngeren Generationen in beiden Südkaukasusrepubliken fehlt oft das Wissen um die historischen Tatsachen. Der nationalistischen Propaganda beider Konfliktparteien geht es übereinstimmend darum, die Entstehung von zwischenmenschlicher Empathie zu verhindern und dem jeweils anderen das "Menschsein" abzusprechen, um sich selbst von Schuld zu entlasten.

Bereits die historische Vorgeschichte des Konflikts weist auf den überregionalen Kontext der interethnischen Gewalterfahrungen hin. Es wäre allein schon deshalb falsch, die politische Konfliktlösung auf Verhandlungen zwischen der Republik Aserbaidschan und der in der Region selbst proklamierten "Republik Berg-Karabach" reduzieren zu wollen, die bislang von keinem einzigen Staat der Welt diplomatisch anerkannt ist, bezeichnenderweise auch von Armenien nicht. Der Berg-Karabach-Konflikt ist ein klassischer zwischenstaatlicher Konflikt zwischen den beiden Südkaukasusrepubliken Armenien und Aserbaidschan. Das zeigt sich nicht nur, aber besonders deutlich auf der militärischen Ebene: Die Militärapparate Armeniens und der international nicht anerkannten Sezessionsrepublik sind auf das engste miteinander verschmolzen. Berufssoldaten der staatlichen Armee Armeniens stellen rund ein Drittel der bewaffneten Streitkräfte. Den Großteil der restlichen sogenannten "Selbstverteidigungskräfte" Berg-Karabachs bilden hingegen junge Wehrpflichtige, die wiederum vorrangig aus der Republik Armenien rekrutiert werden und die in den besetzten Staatsgebieten Aserbaidschans ihren regulären Wehrdienst ableisten müssen (Antwort 14 in Kleine Anfrage 18/2816). Armenien verstößt mit seiner militärischen Besetzung von Teilen des Nachbarlandes sowohl gegen das Gewaltverbot in den zwischenstaatlichen Beziehungen wie gegen das Einmischungsverbot in die innerstaatlichen Angelegenheiten von anderen Staaten nach der Charta der Vereinten Nationen. Die von Armenien ritualisiert erhobene Forderung nach Aufnahme von direkten Verhandlungen zwischen Aserbaidschan und dem De-Facto-Regime in Berg-Karabach verfolgt somit den leicht durchschaubaren Zweck, den zwischenstaatlichen Charakter des Konflikts zu verschleiern, um nicht als völkerrechtlicher Aggressor gebrandmarkt zu werden

#### Imperiale Geopolitik und Konfliktvermittlung der OSZE

Die Südkaukasusregion ist nach dem Untergang der Sowjetunion als unmittelbarer Nachbarschaftsraum der zentralasiatischen Großregion wegen ihrer reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie wegen ihrer Bedeutung als Transitkorridor in das Fadenkreuz von konkurrierenden geopolitischen Interessen von Groß- und Regionalmächten geraten. Das postsowietische Russland musste während der Präsidentschaft von Boris Jelzin wegen seiner enormen Transformationsprobleme zunächst Einflusseinbußen in seiner früheren südkaukasischen Interessensphäre verkraften und zog bereits 1992 sein Militär aus Aserbaidschan vollständig ab. Im Berg-Karabach-Konflikt wechselte Moskau auf die Seite Armeniens, da das NATO-Mitglied Türkei zeitweilig unter pantürkischen Vorzeichen versuchte, über Aserbaidschan seinen geopolitischen Einfluss in die Südkaukasusregion und die zentralasiatischen Turkrepubliken Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan und Kirgisistan auszudehnen. Armenien bot sich hingegen als natürlicher Bundesgenosse an, sodass beide Seiten 1995 einen militärischen Bündnisvertrag mit Stationierungsrechten für russisches Militär in Armenien vereinbarten, der inzwischen bis 2044 verlängert wurde, aber keine Beistandsgarantie für Berg-Karabach einschließt. Russland profitierte zudem von seiner wirtschaftlichen Dominanz in dem Südkaukasusstaat, ohne dass dies die wirtschaftlichen Strukturprobleme Armeniens zu kompensieren vermochte, die sich aus dem Wirtschaftsembargo Aserbaidschans und der Türkei wegen des Berg-Karabach-Konflikts ergaben, wodurch sich die Transitkosten für die wenigen exportfähigen Produkte massiv verteuerten.

Im Gegensatz dazu entwickelte sich Aserbaidschan infolge des lang anhaltenden Öl-Booms in den 2000er Jahren vom militärischen Kriegsverlierer zum ökonomischen Tigerstaat, dessen Volkswirtschaft zeitweilig die weltweit höchsten Wachstumsraten von um die 40 Prozent erzielte. Parallel dazu sank der Armutsanteil in der Bevölkerung in etwas mehr als 10 Jahren infolge staatlicher Investitionspolitik und umfangreicher Sozialprogramme für benachteiligte Bevölkerungsgruppen von knapp 50 Prozent auf rund 6 Prozent (World Bank 2017).

Durch den Bau von neuen Energiepipelines durch Georgien in die Türkei gelangte seit 2006 aserbaidschanisches Erdöl und Erdgas erstmals unter Umgehung Russlands auf westliche Rohstoffmärkte. Russland reagierte darauf mit der Strategie, die während der Sowjetperiode bestehende alte Freundschaft mit Aserbaidschan wiederzubeleben. Der ungelöste Konflikt wird von Moskau als Lockmittel im Sinne eines klassischen Kompensationsgeschäfts eingesetzt: Aserbaidschan wird die Wiederherstellung seiner territorialen Integrität in Aussicht gestellt, wohingegen die Südkaukasusrepublik auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichten und stattdessen dem militärischen Verteidigungsbündnis OVKS der GUS-Staaten und der von Russland dominierten Eurasischen Wirtschaftsunion beitreten soll. Aserbaidschan entspricht den russischen Wünschen bislang meist nur in limitierter Weise, sodass sie mit den eigenen Interessen im Einklang stehen. 2011 trat die Südkaukasusrepublik der Bewegung blockfreier Staaten bei und hat damit im Unterschied zu ihrem Nachbarn Georgien eine NATO-Mitgliedsperspektive faktisch aufgegeben, was die Dynamik des russisch-aserbaidschanischen Annäherungsprozesses zeitweilig erheblich beschleunigt hat. Für Armenien ist diese Entwicklung denkbar ungünstig, weil damit die Aussicht schwindet, den Status quo zu behaupten, geschweige die eigenen Maximalinteressen durchzusetzen. Als Konsequenz kam es in jüngster Zeit vermehrt zu antirussischen Protesten in Armenien.



Russlands geopolitische Ziele sind eindeutig: Es möchte nicht wählen müssen, sondern nach Armenien auch Aserbaidschan in seinen Orbit zurückholen. Erst recht, nachdem die Abkehr der Ukraine in euroatlantischer Richtung aus russischer Sicht eine schwere geopolitische Niederlage markiert und eine Verbesserung der ukrainisch-russischen Beziehungen wegen der russischen Annexion der Halbinsel Krim und des bewaffneten Konflikts im Donbass auf lange Sicht ausgeschlossen scheint. Angesichts dessen gilt es, weitere geopolitische Verluste in der unmittelbaren Nachbarschaft zu vermeiden. Deshalb ist Russland nicht nur aus Gründen des Profitinteresses seines einflussreichen militärischindustriellen Komplexes, sondern ebenso aus geopolitischen Erwägungen trotz seines Militärbündnisses mit Armenien schon seit geraumer Zeit der mit Abstand größte Waffenlieferant beider Konfliktparteien (Halbach 2015: 3).

Im direkten Vergleich der absoluten Verteidigungsausgaben gab Aserbaidschan 2015 rund das Neunfache seines südkaukasischen Nachbarn aus (siehe Antwort 17 in Kleine Anfrage 18/7979). Der Hauptzweck der militärischen Aufrüstung besteht darin, die Opportunitätskosten für die Fortsetzung der armenischen Besatzung hochzutreiben, sodass Armenien bei deutlich schlechterer wirtschaftlicher Ausgangslage gezwungen ist, Finanzmittel aus der

zivilen Wirtschaft in den Militärsektor umzulenken. Der gewünschte Effekt ist eingetreten: Im Ranking des globalen Militarisierungsindexes (GMI) des Bonn International Center for Conversion, welcher das Verhältnis zwischen zivilem und militärischem Ressourceneinsatz bemisst, belegte Armenien 2016 weiterhin den 3. Platz, während Aserbaidschan erst auf Rang 9 folgte (Mutschler 2016). Die politische Kompromissbereitschaft der armenischen Seite wurde damit allerdings nicht gefördert, obwohl sich als Folge der ungünstigen Ressourcenverteilung die soziale Massenverarmung der Bevölkerung längst zementiert hat.

Das Forum für die Konfliktvermittlung bildet die schon seit 1992 bestehende informelle Minsker Gruppe der OSZE. Die Verhandlungen werden ausschließlich auf der Ebene der Staatspräsidenten Armeniens und Aserbaidschans unter dem trilateralen Co-Vorsitz Russlands, der USA und Frankreichs geführt. In der politischen Praxis ist Russland als führende Hegemonialmacht im Südkaukasus gleichzeitig auch der einflussreichste Konfliktmediator unter den drei Co-Vorsitzenden. Das bedeutet, dass etwaige Verhandlungsfortschritte an die geopolitischen Interessen Russlands gekoppelt sind. Moskau kann die Konfliktlösung zwar nicht diktieren, jedoch eine ihm nicht genehme Konfliktlösung verhindern. Die USA kämen als glaubwürdigerer alternativer Media-

tor allerdings kaum in Betracht, da Washington in der Vergangenheit das international nicht anerkannte Sezessionsregime in Berg-Karabach sogar mit offiziellen staatlichen Entwicklungsgeldern unterstützt hat (siehe Antwort 19 in Kleine Anfrage 18/2816).

Das Verhandlungsformat entspricht zwar dem Konflikttyp, die Bilanz ist jedoch mager: Ein effektives Waffenstillstandsregime ist bis heute nicht vorhanden. Ebenso haben beide Konfliktparteien die 2007 entwickelten "Madrider Basisprinzipien" bislang lediglich pro forma als Konfliktlösungsrahmen akzeptiert. Die Umsetzung ist noch keinen Schritt vorangekommen. Vorgesehen sind: der Rückzug der armenischen Streitkräfte aus den besetzten Gebieten Aserbaidschans außerhalb Berg-Karabachs, die Aufhebung sämtlicher Kommunikations-, Verkehrs- und Handelsblockaden, die Schaffung eines Interimsstatus für Berg-Karabach, ein Rückkehrrecht für alle Binnenvertriebenen und Flüchtlinge zu ihren früheren Wohnorten sowie die Bestimmung des endgültigen politischen Status von Berg-Karabach durch ein bindendes Referendum mit Beteiligung beider Bevölkerungsgruppen unter internationaler Aufsicht (siehe Antwort 20 in Kleine Anfrage 18/2816).

#### Völkerrecht und Konfliktlösungsperspektiven

Die Madrider Basisprinzipien sollen das Spannungsverhältnis zwischen mehreren gleichrangigen Völkerrechtsprinzipien wie der territorialen Integrität, der staatlichen Souveränität und dem Selbstbestimmungsrecht ausbalancieren. Bis zum heutigen Tag ist keine rechtswirksame Trennung Berg-Karabachs von Aserbaidschan zustande gekommen. Bei früheren "Unabhängigkeitsreferenda" der Karabach-Armenier wurden die vorhandenen Verfahrensvorschriften nach sowjetischem Recht missachtet, ebenso durfte die aserbaidschanische Bevölkerung aus Berg-Karabach daran nicht teilnehmen. Es ist folglich keine große Kunst, Abstimmungsergebnisse von fast 100 Prozent zu erzielen, wenn praktisch alle, die dagegen sein könnten, von

der Teilnahme ausgeschlossen sind. Da sich der einseitige Gebietsanschluss Berg-Karabachs an Armenien nicht durchsetzen lässt, beruft sich das armenische Sezessionsregime für seine Zwecke inzwischen auf das Selbstbestimmungsrecht, das jedoch keineswegs identisch mit dem Anspruch sämtlicher ethnischer oder religiöser Bevölkerungsgruppen auf einen eigenen Staat ist. Die armenische Bevölkerung im Südkaukasus verfügt mit der Republik Armenien bereits über einen eigenen Staat, mit dessen Gründung sie ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung praktisch ausgeschöpft hat. Die außerhalb der international gültigen Staatsgrenzen Armeniens lebenden armenischen Bevölkerungen sind keine Nation, sondern Minderheiten im Rahmen von anderen Titularnationen. Als solchen steht ihnen zwar ein Recht auf innere Selbstbestimmung in diesen Staaten zu, jedoch kein äußeres Selbstbestimmungsrecht in Sezessionsform. Eine Änderung von politischen Gebietszugehörigkeiten oder international anerkannten Staatsgrenzen darf folglich nur auf der Grundlage von gegenseitigem Einvernehmen stattfinden (Langner 2011).

Neben der Wahrung der Völkerrechtskonformität müssen sich die Konfliktparteien vor allem darüber verständigen, ob einer möglichen Friedenslösung das erneute Zusammenleben beider Bevölkerungsgruppen oder ihre dauerhafte Trennung zugrunde liegen soll. Der westlichen Öffentlichkeit fehlt hierbei oft das Verständnis für die kaukasische Mentalitätskultur der wechselnden Extreme. Die rund siebzigjährige Friedensperiode zur Sowjetzeit weist darauf hin, dass gewaltfreie interethnische Beziehungen prinzipiell möglich sind, obwohl ihr ein verheerender Krieg vorausging. Optimistisch stimmt zudem die in der aserbaidschanischen Gesellschaft grundsätzlich vorhandene, traditionelle hohe Toleranz gegenüber Minderheiten. Es ist das mehrheitlich schiitisch-islamische Aserbaidschan, in dem der strikt laizistische Staat problemlos den Bau von neuen Synagogen und Kirchen genehmigt, was auch ein wesentlicher Grund für die ausgezeichneten, belastbaren Beziehungen zu Israel ist. Dennoch müsste sämtlichen Friedenslösungen ein längerer Prozess der gemeinsamen Vertrauensbildung zwischen beiden Bevölkerungsgruppen vorausgehen, was die öffentliche Aufarbeitung der historischen Gewalterfahrungen und Kriegsverbrechen einschließt. In der entscheidenden Frage des zukünf-



tigen politischen Status von Berg-Karabach existieren im Wesentlichen drei Lösungsvarianten: die Wiederherstellung der territorialen Integrität Aserbaidschans durch freiwillige Reintegration Berg-Karabachs mit einem verfassungsmäßig garantierten Autonomiestatus, der weitestgehend einer Defacto-Unabhängigkeit entspricht, die Legalisierung der staatlichen Unabhängigkeit Berg-Karabachs als Ergebnis eines demokratischen Referendums mit Teilnahme beider Bevölkerungsgruppen bei gleichzeitigem Anschlussverbot an Armenien oder der Gebietstransfer Berg-Karabachs an Armenien für einen Landkorridor Aserbaidschans zu seiner Exklave Nachitschewan im Rahmen von gegenseitigen Gebietsaustauschen. Die sieben umliegenden aserbaidschanischen Bezirke sind ggf. abzüglich eines schmalen Verbindungskorridors zwischen Berg-Karabach und Armenien von der Statusentscheidung auszunehmen und in jedem Fall von Armenien an Aserbaidschan zurückzugeben. Unterhalb dieser Schwelle ist keine Konfliktlösung möglich. Aus Sicht der internationalen Konfliktvermittlung wäre jede Kompromisslösung zu begrüßen, auf die sich beide Konfliktparteien verständigen könnten. Der steinige Friedensprozess auf der Grundlage des Völkerrechts hat keine Alternative.

#### Literaturverzeichnis:

Halbach, Uwe (2015): "Armeniens Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion", SWP-Aktuell, Nr. 51/2015, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

Hofmann Tessa (2006): Annäherung an Armenien: Geschichte und Gegenwart,
2. Aufl., C.H.Beck, Berlin.

Langner, Heiko (2011): "Berg-Karabach und das Völkerrecht", in: WeltTrends, Zeitschrift für internationale Politik, Nr. 79/2011, Potsdam, S. 25-31.

Kleine Anfrage BT-Drs. 18/2816:Bilanz und Perspektiven der Konfliktvermittlung der OSZE-Minsk-Gruppe, online: http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/18/028/1802816.pdf.

Kleine Anfrage BT-Drs. 18/7979: Deutscher OSZE-Vorsitz 2016 und Konfliktvermittlung der Minsk-Gruppeim Bergkarabach-Konflikt, online: http://dip21. bundestag.btg/dip21/btd/18/079/1807979.pdf.

Mutschler, Max M. (2016): "Globaler Militarisierungsindex", Bonn International Center for Conversion, Bonn, online: https://www.bicc.de/uploads/ tx\_bicctools/GMI\_2016\_d\_2016\_01\_12.pdf.

Rau, Johannes (2007): Der Berg-Karabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan. Ein kurzer Blick in die Geschichte, Köster, Berlin.

World Bank (2017): Azerbaijan, online: https://data.worldbank.org/country/ azerbaijan.



## Was ist neu am Kalten Krieg?

## Zur Wiederholung geopolitischer Erzählungen in neuen Strukturen und Grenzen

Christoph Creutziger - Münster

Die Grenzen Europas sind auch die Grenzen in Europa und obwohl so oft von sich öffnenden Räumen gesprochen wird, sind die Grenzziehungen viel komplexer und entwickeln sich nicht linear. Sie kommen und gehen, werden stärker und schwächer und selbst die, die lange vergangenen schienen, können plötzlich wieder aktuell sein. Bestes Beispiel ist die Vorstellung des Kalten Krieges. Der Neue Kalte Krieg ist keine reine Wiederholung des alten. Es ist eine neue Formation die sich alter Denkmuster bedient und doch in einigen Punkten viel einseitiger ist als vor 1990. Dieser Beitrag will das Wechselspiel alter und neuer Denkmuster mit sprachtheoretischen und geopolitischen Ideen aufgreifen, um vor allem auf Gefahren einfacher Wahrheiten hinzuweisen.

Aktuelle Debatten um Grenzziehungen in Europa kreisen stark um eine Auseinandersetzung mit Migration, Offenheit und Abgrenzung. Das ist zweifellos wichtig, sollte aber nicht den Blick auf andere, fundamentale Grenzziehungen verstellen. Der historische Kalte Krieg war "eine politisch-ideologische, ökonomische, technologisch-wissenschaftliche und kulturell-soziale Auseinandersetzung, die ihre Auswirkungen bis in den Alltag zeigte" (Stöver 2012: 9) und dabei in all diesen Bereichen Grenzen zog. Bis heute prägen diese Grenzen auch die Vorstellung von Osteuropa – oft in deutlichem Widerspruch zur eigenen Verortung von Ost und West. In diesem Artikel geht es nicht um mögliche Wahrheiten hinter Grenzziehungen, sondern um die Imaginationen von

solchen Unterschieden und die Emotionalität dieser Debatte. Ein Eingehen auf Emotionen und 'gefühlte Wahrheiten' soll helfen, einen klareren Blick für die Bedeutung aktueller Konfliktanrufungen zu gewinnen. Dadurch soll nichts verharmlost oder aus dem Kontext gerissen werden, denn es geht hier – trotz aller berechtigter Kritik an der russischen Regierung und den Regierungspraktiken – nicht um eine Schuldfrage. Es soll nicht eine Seite über die andere als besser erklärt, sondern die Dichotomie selbst beleuchtet werden – mithin die Grenze und die Grenzziehung zugleich.

#### Rückblick ins Archiv der Gegenwart

Zunächst ein Rückblick: Nach dem Ende des historischen Kalten Krieges gab es zahlreiche Hoffnungen und Phantasien, wie es für Europa in einer sich vereinenden Welt weitergehen könnte: Freihandel von Lissabon bis Wladiwostok oder eine gewaltige Friedensdividende. Zweifellos gab es schon früh erste Enttäuschungen, weil sich vor allem die Politik des Westens zu sehr darauf konzentrierte, sich als Sieger zu sehen - und Russland als Verlierer (vgl. Reuber 2014, Steiniger 2004: 52), statt einen Ausgleich anzustreben. Dennoch gab es z.B. beim bündnisübergreifenden "War on Terror" ab 2001 viele Signale der Entspannung. Für eine kurze Zeit schien es, als ob die Ost-West-Widersprüche an Bedeutung verlieren könnten - ersetzt durch neue Vorstellungen wie den "Kampf der Kulturen" (Huntington 1996), die Betonung der Nord-Süd-Widersprüche oder die Vorstellung eines generellen und letztgültigen Sieges des liberalen Kapitalismus in Verbindung mit einer liberaleren Demokratie (Fukuyama 1992). Diese Leitbilder sind sehr widersprüchlich und waren nie unumstritten (vgl. z.B. Derrida 1994, Ó Tuathail et al 2006, Reuber/Wolkersdorfer 2003, Reuber/Strüver 2009), aber dennoch medial sehr präsent. So gesehen gab es eine Zeit, in der in Europa "Westen, jederzeit und in jeder Himmelsrichtung" (Erpenbeck 2015: 10) zu sein schien. Die Frage ist also, wie durch die Konflikte in Georgien (2008) und der Ukraine (2013/14) alte Denkmuster so schnell wieder hegemonial und sichtbar werden konnten allgemeiner ausgedrückt, warum solche Raumbilder so schnell überzeugen und im Ernstfall Menschen emotional und physisch mobilisieren können zu Hass, Krieg und Grenzziehungen.

Eine theoretische Klärung könnte vom Begriff des Archivs im Sinne Foucaults (1973) abgeleitet werden:

[Foucault] geht [..] davon aus, dass aktuelle gesellschaftliche Diskurse Teile ihrer hegemonialen Deutungsmacht aus ihrem historischen Gewordensein beziehen. Die Gesamtheit der historischen Diskursformationen bezeichnet Foucault als Archiv. Dabei benutzt er einen weit gefassten und stark diskurstheoretisch sinnverschobenen Archiv-Begriff, der aus Sicht der Politischen Geografie auch beim Verstehen aktueller Begründungsmuster, Feindbilder etc. in virulenten Konflikten nützlich sein kann. (Reuber 2014)

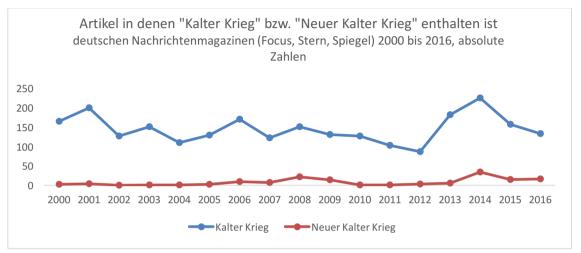
In der Archäologie des Wissens (1973) beschreibt Foucault das Archiv als eine Formation, die bewirkt, dass Dinge nicht einfach so, sondern in "einem ganzen Spiel von Beziehungen erschienen [..], die die diskursive Ebene charakterisieren; daß sie, anstatt zufällig erscheinende und ein wenig planlos auf stumme Prozesse gepfropfte Gestalten zu sein, gemäß spezifischer Regelmäßigkeiten entstehen" (Foucault 1973: 187). Er versteht das Archiv als "das allgemeine System der Formation und der Transformation von Aussagen" (ebd. 188) und somit in einer diskursiven Rolle und nicht als ruhenden Ort. Archiv, als spezifisches Element innerhalb der Diskurstheorie, ist vielmehr ein Ort, in dem die Bedeutung der Dinge durch ihre sprachliche Aufladung und Beziehung zueinander entsteht und es keine absolute Wahrheit außerhalb von Sprache (im weitesten Sinne) gibt.

Anknüpfungen und Kontinuitäten für die "Archive der Geopolitik" (Reuber 2012) sind keineswegs nur Regierungserklärungen oder –handlungen, sind nicht nur strategische und kriegerische Auseinandersetzungen, sondern "individuelle[...] Werke, [..] Bücher und die Texte" (Foucault 1973: 183) und all das, was heute als "Popkultur" beschrieben wird: z.B. prägende Filme, Musik und Serien (in denen die russischen Bösewichte einen Akzent auch in den deutschen Synchronfassungen behalten). Computerspiele und Romane genauso wie Zeitungsartikel – in allem schlummert immer auch eine Vorstellung von Raumpolitiken; sie bedienen sich klassischer Ansichten oder brechen mit ihnen, doch meist wird die Grundsätzlichkeit einer Dichotomie aufrechter-

halten. Das Archiv somit ist nie geschlossen, sondern lebt vom Archivieren und Herausholen, wie beispielhaft die durchgehende Berichterstattung in deutschen Nachrichtenmagazinen über das Thema "Kalter Krieg" zeigt.

Abbildung 1

sondern zieht sich durch alle Ressorts. Bei Untersuchungen von solch großen Textsammlungen geht es weniger um eine genaue Einordnung eines einzelnen Artikels, als vielmehr um generelle Muster im Sprachgebrauch und die Veränderung von Sprachbeziehungen. Wie und in welchem Zusammenhang Worte und Themen verbunden werden, ist ein andauernder Aushandlungsprozess, in dessen Analyse viel über aktuel-



#### Die neue Sprache des Kalten Krieges

Viele Kämpfe im Kalten Krieg waren blutig, ob Afghanistan, Vietnam oder Nicaragua: an vielen Orten der Welt wurde gekämpft und getötet. Nur in den Zentren selbst blieb es 'kalt', weshalb der gesamte Begriff eigentlich eine Farce und Beispiel für kulturellen Eurozentrismus ist. Das Potenzial einer viel größeren Zerstörung ist keine Rechtfertigung dafür, das Töten in der Peripherie zu verharmlosen, indem der Krieg als'kalt' und damit als nicht aktiv bezeichnet wird. Ein einfaches Erwähnen solcher Probleme hilft jedoch nicht, sich dieser Sets von Vorannahmen zu entziehen, in die auch dieser Text eingebettet ist. Dies ist wichtig, um die folgenden Erkenntnisse sprachlicher Untersuchungen einordnen zu können.

Wie im Beispiel am Ende des oberen Abschnitts (Abbildung 1) dient hier als Grundlage ein exemplarischer Korpus aus allen Ausgaben von Focus, Spiegel und Stern der letzten 17 Jahre. Der Kalte Krieg ist dabei nicht nur Thema in Artikeln zur Weltpolitik,

le Diskurse gefunden werden kann. So zeigt sich z.B. eine doppelte Verengung des Kalten Krieges: Beim Vergleich aller Raumbezüge, die im Zusammenhang mit diesem Begriff auftauchen, fällt auf, dass ab 2014 der Kalte Krieg fast nur noch im Osten stattfindet. Es gibt quasi keinen Konflikt zwischen 'dem Westen' (USA, (West-)Europa etc.) mehr mit 'dem Osten'. Während also Kalter Krieg in den Jahren 1950 bis 1990 als internationaler Konflikt und Konfrontation zweier Systeme gesehen wurde und bis 2014 auch medial so verhandelt wurde, wird Kalter Krieg nun zunehmend als Problem Russlands dargestellt, das zurzeit vor allem in der Ukraine stattfindet.

Die zweite Verengung baut darauf auf und betrifft die Vorstellung von Russland. Es mag banal klingen, aber Russland ist ein großes Land, von dem allein der europäische Teil etwa so groß ist, wie die gesamte EU und in dem insgesamt etwa 140 Millionen Menschen leben. Dennoch wird Russland häufig mit "Putin" übersetzt. Das gesamte Handeln in und von Russland verengt sich in der Pressewahrnehmung zunehmend auf eine Person bzw. eine Symbolisierung. Sichtbarmachen lässt sich das z.B. am Vergleich der ent-

Abbildung 2: Es wurde ein Teilkorpus aller Artikel in den genannten Magazinen aus den Jahren 2014 bis 2016 mit dem Gesamtkorpus (2000 bis 2016) verglichen und räumliche Begriffe, die bei einem Vergleich der Korpora sowohl signifikant waren als auch eine relativ hohe Bedeutung (Effektstärke) hatten, herausgearbeitet. Die Größe der Worte entspricht ihrer Signifikanz im Vergleich zum Gesamtkorpus.



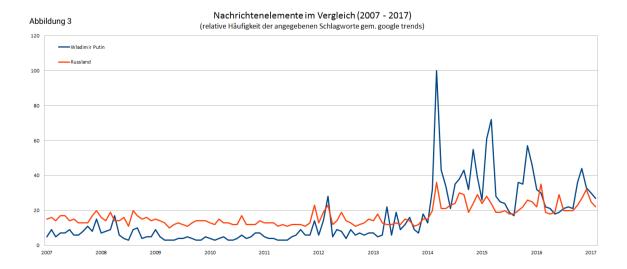
sprechenden Inhalte in allen von *Google News* betrachteten deutschen Nachrichtenseiten. Darin wird deutlich, dass Putin seit 2013 häufiger Inhalt ist als Russland

Dieser Befund zieht sich dabei durch fast die gesamte deutschsprachige Medienlandschaft, wie in den folgenden Überschriften exemplarisch sichtbar wird: "Streit um «Mistral»-Schiffe: Putin bekommt sein Geld zurück" (srf.ch/news 6.08.2015 gleichlautend kurzzeitig auf "tagesschau.de"), "Putin vernichtet Lebensmittel" (news.at 6.08.2015), "Angst vor neuer Putin-Invasion" (Bild, 2.08.2017), Diese Beobachtungen sollen die beschriebenen Phänomene nicht in Frage stellen und - wie bereits erwähnt nicht fundamentale Probleme und Missstände der russischen Regierung verschweigen. Hier soll aber nicht die offensichtliche Kritik, sondern strukturelle Überlegungen im Focus stehen. Mehr zu diesem Druck, sich immer wieder rechtfertigen zu müssen, im nächsten Abschnitt.

Zunächst ein letztes Beispiel für den Wandel der Sprache: durch die Einführung des Konzeptes 'Neuer Kalter Krieg' ist der Begriff des Kalten Krieges scheinbar wieder 'frei' geworden. Er wird seit 2017 viel allgemeiner benutzt (z.B. "Kalter Krieg um Katar / am Golf" (Süddeutsche, 05.06.17; Tagesanzeiger. ch, 06.06.17; DLF, 03.07.17) um auf Konflikte hinzuweisen, die in den Zentren der Konfrontation ohne Waffengewalt ausgetragen werden.

## Die Gefahren der einfachen, universalen Geschichte

Die Gefahren, die sich sowohl aus dem Wiederaufgreifen als auch aus Verschiebungen von Begriffen ergeben, betreffen mehrere Bereiche, von denen hier vier Perspektiven besprochen werden sollen: Erstens ist es sprachtheoretisch spannend zu sehen, wie eine scheinbar so feststehende Bezeichnung wie "Kalter Krieg" immer wieder neu inter-



pretiert werden kann bzw. im Sinne Derridas iteriert (vgl. Moebius 2003: 88) wird. Die Bedeutung ändert sich einerseits in der Wiederholung und auch über die Zeit. Eine Bezeichnung bezeichnet nie mehr genau das, was sie vorher bezeichnet hat – und zugleich tut sie scheinbar genau das (vgl. Ebd. 88ff). Es werden also Vorstellungen erzeugt, die auf neue Situationen angewandt werden, egal wie sehr sie passen, und es rückt dergestalt beispielsweise die Angst vor einem Atomkrieg und Handelssanktionen in einen gedanklichen Raum. Die Anrufung großer Konzepte ist aber kein Phänomen, das nur innerhalb der unmittelbaren Sprache bleibt, sondern von da aus unsere Vorstellungen der Welt prägt.

Die zweite Gefahr ist auf einer anderen Ebene, großräumig und verbunden mit den Ansätzen der kritischen Geopolitik (Ó Tuathail et al 2006; Wolkersdorfer 2001; Reuber/ Wolkersdorfer 2003; Dodds et al 2013). Es scheint ein Bedürfnis von Politikberatung und Feuilleton zu sein, Situationen in geopolitischen Leitbildern zu erfassen. Eine Kritik

der Plausibilität solcher oft dualen Vorstellungen, die in den 'Archiven der Geopolitik' gespeichert waren und werden erscheint immer angebracht, denn die gesamte Geschichte der klassischen Geopolitik ist sehr heikel: In ihren Anfängen versuchte sie Nationalstaaten guasi wie Organismen zu verstehen, die einen Boden brauchen und Ausbreitungsfläche. Daraus leitete sich schnell die Theorie des Nationalsozialismus ab (vgl. Reuber 2012: 74ff). Aber auch danach wurden immer wieder Großerzählungen bemüht (siehe Einleitung in diesem Beitrag) um die Sinnhaftigkeit kleinerer Interventionen zu begründen. Genau das passiert auch durch die Erzählung eines Neuen Kalten Krieges. Die Verlegung von Armeen erscheint darin irgendwann schlicht logisch; das kommentieren aller Flugbewegungen führt zu einem Gefühl realer Bedrohung. Die Erzählung des Neuen Kalten Krieges gelangt über die Archive der geopolitischen Vorstellungen in die Rolle einer glaubhaften Erzählung, ohne dass die oben aufgezeigten Widersprüche viel beachtet würden. Allgemeine Leitbilder führen also auch hier dazu, Denkhorizonte zu verengen.

Die dritte Dimension soll die Bedeutung emotionaler Aufladungen in aller Kürze beleuchten. Erstaunlich oft wurden große Medien mit Kommentaren und Leser\*innenbriefen in Bezug auf die Russlandberichterstattung konfrontiert, die eben diese Berichterstattung für zu negativ hielten (vgl. SZ 19.2.2015, Handelsblatt 14.8.2017). Nicht minder emotional wurden,Putinversteher\*innen kritisiert. Der oben beschriebene Druck, sich in dem Spannungsfeld einer Positionierung zu Russland 'richtig' zu verhalten, ist im Vergleich zu anderen Politikfeldern außergewöhnlich. Dies zeigt sich auch bei einer emotionalen Kartierung zentraler Begriffe im Umfeld des 'Kalten Krieges' auf Twitter, wo über Russland und Putin der

Anteil emotionaler Tweets sehr hoch ist. Emotionen sollten also unbedingt Teil einer (selbst)kritischen Beurteilung sein.

Als vierte Perspektive soll schließlich eine generelle Kritik an der "singlestory" (Adichie 2009) die Ebenen zusammenbringen. In "thedangerof a singlestory" (ebd.) beschreibt Adichie, wie sehr

sie in ihrer Jugend den allgemeinen Geschichten glaubte und wie sehr diese Geschichten ihre Vorstellung von der ganzen Welt prägten. Es gibt im Zusammenhang mit Russland und dem Kalten Krieg eine mächtige Lesart einer solchen 'singlestory' die immer widerspruchsfreier erzählt werden kann. Rückschlüsse erscheinen darin in sich so logisch, dass es kaum nötig erscheint, sie zu hinterfragen. Die persönliche Geschichte Putins, Fotos von ihm beim Reiten oder Jagen, scheinen Politik zu erklären und werden als glaubhafte Belege russischer Aggression gedeutet – selbst seine Jugend. All das ist sicher spannend, um sich der Person Putin zu nähern, aber die Gleichsetzung mit politischem Handeln scheint zu verkürzt.

Dass eine solche Verengung der Erzählung nicht zwangsläufig ist, zeigen viele Beispiele: Trotz in Deutschland verbreiteter Skepsis gegenüber Trump (Focus, 1.02.2017) werden die USA nicht im Ganzen ihrem Präsidenten gleichgesetzt. Auch wurden die Bürger\*innen der DDR in der BRD nicht insgesamt



diskreditiert, nur weil die Regierung offensichtlich schlecht war. Es geht Adichie nicht darum auf Kritik oder Angst zu verzichten:"Theproblemwith stereotypes is not thattheyareuntrue, but thattheyareincomplete. Theymakeonestorybecometheonlystory" (Adichie 2009). Eine konkrete (politische) Handlung kann gleich bewertet werden und doch zu einer anderen Schlussfolgerung führen, wenn wir nicht bei Stereotypen verweilen.

#### Rückblick mit Ausblick

Es ist etwas faul am Neuen Kalten Krieg. Faul, weil es sich der Ideen alter geopolitischer Konzepte bedient, ohne dass diese je wirklich aufgearbeitet wurden. Faul auch, weil allein durch die Wahl des Begriffes eine territoriale Falle ausgelöst wird: Wenn Russland beteiligt ist, muss es Kalter Krieg sein; weil Putin 'komisch' ist, muss Russland 'böse' sein. Auch wenn dieses 'böse' etwas alltagssprachlich klingen mag, steckt genau darin ein Kern des Problems: Russland wird emotional als anders, als böse gedeutet.

Die Vorstellung vom (Neuem) Kalten Krieg ist eng verwoben mit Vorstellungen von Osteuropa, denn unter allem lauern noch größere Raumstereotype. Solche, in denen es zu einer Verknüpfung von Geopolitik und Identität kommt (vgl. Paasi 1996; Strüver 2005, Miggelbrink 2014, Hall 1994) und in denen Russland der lang übersehene "Elephant in theroom" (Casula 2012: 76; vgl. Henderson 2003) beim Konzept des "Orientalismus" von Edward Said (2003 [1978]) ist. Eine Konstruktion also, in der sich der Westen sein Selbstbild des "Eigenen" im Abgrenzung zum 'Anderen', dem Östlichen, schafft. Dass hier die Kritik vor allem an diesem scheinbar Eigenen, am Westen, geübt wird, soll nicht bedeuten, dass es nicht auch andere Stereotype gibt. Die Vermutung aber, dass das Raumbild, auf der anderen Seite genauso konstituiert wird, ist so irrig wie die Annahme, dass ,der Orient' den Okzident zur Selbstdefinition bräuchte (vgl. Said 2003, Husseini de Araújo 2011). Die "singlestory" zu durchbrechen, ist eine Aufgabe, die einem nicht von denen abgenommen werden kann, die man konstruiert. Der Prozess gelingt aber vermutlich leichter, wenn die Konstruktion nicht weiter im Verborgenen geschieht. Trotz der Polyphonie neuerer Erzählungen bildet der Ost-West-Antagonismus eine gedankliche Einrastposition, in der sich Erzählungen zu leicht verfangen. "When we reject the single story, when we realize that there is never a single story about any place, we regain a kind of paradise"(Adichie 2009). Ein Paradies, in dem nicht alle Probleme gelöst sind, aber in dem die Dinge mehrere Geschichten haben können, in dem auch das Politische weniger zwangsläufig ist und in dem nicht aus Angst vor einem Kalten Krieg ein Krieg ausbricht.

#### Literatur

Adichie, ChimamandaNgozi: The danger of a single story.transcript 2009, URL <ted.com/talks/chimamanda\_adichie\_the\_danger\_of\_a\_single\_story/ transcript/>

Casula, Philipp: Hegemonie und Populismus in Putins Russland. Bielefeld: transcript 2012.

Derrida, Jacques: Specters of Marx: The State of the Debt, the Work of Mourning and the New International. London: Routledge 1994.

Dodds, Klaus/MerjeKuus/Joanne Sharp: The Ashgate Research Companion to Critical Geopolitics. London: Routledge 2013

Erpenbeck, Jenny: gehen ging gegangen. München: Knaus 2015.

Foucault, Michel: *Die Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1973.

Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. München: Kindler 1992.

Hall, Stuart: Ausgewählte Schriften/Rassismus und kulturelle Identität. Hamburg: Argument Verlag 1994.

Henderson, Sally: "The Elephant in the Room: Orientalism and Russian Studies". In: Slovo - interdisciplinary academic journal of Russian, Post-Soviet, Central & East European affairs 2003 Vol. 19.2 N. 2, S. 125-135.

Huntington, Samuel: Kampf der Kulturen. Hamburg: Spiegel Edition 1996.

Husseini de Araújo, Shadia: Postcolonial Studies: Jenseits vom »Kampf der Kulturen«: Imaginative Geographien des Eigenen und des Anderen in arabischen Printmedien. Bielefeld: transcript 2011.

Miggelbrink, Judith: "Crossing lines, crossed by lines: everyday practices and local border traffic in Schengen regulated borderlands". In: Jones, Reece / Corey Johnson, C. (Hg.): Placing the border in everyday life. London: Routledge 2014, 137-164.

Moebius, Stephan: Die soziale Konstituierung des Anderen. Grundrisse einer poststrukturalistischen Sozialwissenschaft nach Lévinas und Derrida. Frankfurt/ New York: Campus 2003.

Ó Tuathail, Gearóid / Simon Dalby / Paul Routledge (2006): *The geopolitics reader*. London: Routledge 2006.

Paasi, Anssi: "Inclusion, exclusion and the construction of territorial identities: Boundaries in the globalizing geopolitical landscape". In: NordiskSamhällsgeografiskTidskrift 23, 1996, 6-23.

Reuber, Paul / Anke Strüver: "Diskursive Verräumlichungen in deutschen Printmedien: Das Beispiel Geopolitik nach 9/11". In: Döring, J. und Thielmann, T. (Hg.): Mediengeographie. Theorie - Analyse - Diskussion. Bielefeld: Transcript 2009, 315-332.

Reuber, Paul / Günter Wolkersdorfer: "Geopolitische Leitbilder und die Neuordnung der globalen Machtverhältnisse". In: Gebhardt, Hans / Paul Reuber / Günter Wolkersdorfer, G. (Hg.): Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen. Heidelberg und Berlin: Spektrum Akademischer Verlag 2003, 47–66.

Reuber, Paul: "Geopolitische Repräsentationen in den Medien. Alte Leitbilder oder neue Risikoszenarien?" In: S+F, Jahrgang 32 (2014), Heft 3, Nomos 2014.

Reuber, Paul: Politische Geographie. Paderborn: Schöningh 2012.

Said, Edward: Orientalismus. Frankfurt/M: Fischer 2003 [1973].

Steiniger, Rolf: *Der Kalte Krieg*. Frankfurt/M: Fischer Taschenbuchverlag 2004. Stöver, Bernd: *Der Kalte Krieg*. 4. Auflage, München: C.H. Beck 2012.

Strüver, Anke: "Stories of the "boring border". The Dutch-German Borderscape in People's Minds."In: Forum Politische Geographie 2, Berlin: LIT Verlag 2005.

Wolkersdorfer, Günter: "Politische Geographie und Geopolitik: Zwei Seiten derselben Medaille?" In: Reuber, Paul / Günter Wolkers-dorfer: Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg: Geographisches Institut 2001.



## Fantasien über Gayropa: Kunst und Politik

Saltanat Shoshanova - Berlin (Übersetzung aus dem Englischen - Pelageya Kadnikova)

#### Neues Nationalverständnis und Regime-Kunst Russlands.

2003 vertrat ein berühmtes quasi-lesbisches Duo namens Tatu Russland beim Eurovision Song Contest. Dieses Duo verkörperte Freiheit und die Hoffnung auf ein besseres Morgen der russischen Gesellschaft nach dem Fall der UdSSR, den drastischen 1990ern und der Entkriminalisierung von Homosexualität (Zinatulin, 2015). Zehn Jahre später produziert die Punkgruppe "Pussy Riot" das Musikvideo "Chaika" (Pussy Riot, 2016) mit dem Refrain "Ich bin ein Patriot". In dem Song singen die Mitglieder über das heutige Russland, in welchem aufgrund von Präsident Wladimir Putins konservativen Politikstrategien Patriotismus. orthodoxer Glaube und Hass gegenüber Gayropa überhandnahmen und sich die ehemaligen Erwartungen nicht bewahrheitet hatten.1

Die Wortschöpfung *Gayropa* setzt sich hierbei aus den Wörtern *gay* und *Europa* zusammen und mokiert die europäische Toleranzhaltung gegenüber Homosexualität.<sup>2</sup> In den letzten Jahren stieg die Sichtbarkeit und Häufigkeit dieses abwertenden Begriffs im russischen Internet und in der Medienlandschaft kontinuierlich an. Ein augenscheinliches Beispiel für dessen Verwendung ist Lena Klimovas<sup>3</sup> Fotografieprojekt namens "Beautiful People and the Things They Say to Me" (Klimova, 2016). Klimova ist die Gründerin von Children-404, einer Online-Supportgruppe für russische LGBT<sup>4</sup>-Jugendliche.

Im Zusammenhang mit diesem Projekt ist sie im russischen sozialen Netzwerk VKontakte zur Zielscheibe von zahlreichen Drohnachrichten geworden. Bei dieser Arbeit kombinierte sie die Hasstiraden ihrer Verleumder mit deren Profilfotografien. Dabei enthielten die Aussagen häufig den Begriff Gayropa: "Nein zu Gayropa!", "Wie

viel hat dir Gayropa für den sexuellen Missbrauch dieser Kinder gezahlt?", "Schwule sind keine Russen, Schwule sind unter Russlands Würde".

Aus diesen Aussagen kann abgeleitet werden, dass der Begriff Gavropa im Verständnis einiger Bevölkerungsgruppen nicht nur die Toleranz Europas gegenüber sexuellen Minderheiten beinhaltet, sondern auch den generellen Verfall Nationaltraditionen, Geschlechterrollen, von Werten und Demokratie im Allgemeinen. Gayropa wird als das Gegenstück zum Russentum wahrgenommen. welches zusätzlich vom russischen Nationalverständnis untermauert wird. Dieses Verständnis kann in folgenden Worten erklärt werden: russischer Nationalismus, Orthodoxie und die Rückbesinnung auf traditionelle Werte (Ovseenko, 2010).

Dieses Konzept wird von Putin befürwortet, welcher 2005 offiziell erklärte, dass Russland das größte "orthodoxe Reich" wäre (Putin, 2016). In einer Ansprache vor der Föderationsversammlung im Jahr 2012 bezeichnete er Russland als eine "Staatenzivilisation", welche sich nicht an ihre Umwelt anpassen würde und von dem Rest der Welt abgetrennt ist (Putin, 2012). Darüber hinaus scheint sich Russland die spezielle Mission auf die Fahnen geschrieben zu haben, eben diesen Rest der Welt von Devianz und Verfall erretten zu wollen.

Diese politische Grundausrichtung des Landes wird dementsprechend in staatlichen Museumseinrichtungen propagiert. Zahlreiche Ausstellungen, die in der Moskauer Manege – einem staatlichen Ausstellungsraum - abgehalten wurden, präsentierten in direkter Konsequenz die Kreation einer neuartigen Nationalmythologie durch das verzerrte Prisma romantisierender Fantasien über die sowietische Vergangenheit<sup>5</sup>. Darüber hinaus existieren auch Kunstwerke, die nicht bloß die Werte des Regimes widerspiegeln, sondern eine erweiterte eurasische Zukunftsvision des Landes aufzeigen.

Alexey Belyaev-Gintovt illustriert in seiner Arbeit mit dem unaussprechlichen Titel "55° 45′ 20.83" N, 37° 37′ 03.48" E" – die exakten geografischen Koordinaten des Roten Platzes in Moskau – Russlands Kolonialambitionen (Belyaev-Gintovt, 2014). Die Zukunft der eurasischen Zivilisation mit

Moskau als ihrer Hauptstadt zeichnet der Künstler in alter Sowjettradition in Rot- und Goldtönen: Cyber-Moskau ist voll von Wolkenkratzern, Pyramiden, Jurten und fliegenden Transportmitteln in der Form von Kreml-Sternen. Gleichzeitig hat Cyber-Moskau die geschichtsträchtige Christi-Himmelfahrts-Kirche in Kolomenskoje beibehalten, den Roten Platz, den Turm an der Kotelnitscheskaja Uferstraße und weitere Türme im Zuckerbäckerstil (Abb.1). Durch einen Appell an die Nostalgie um die sowjetische Vergangenheit unterstützt der Künstler somit das neue Regime und fügt sich nahtlos in die Pro-Putin-Propaganda ein.



Abb. 1 Alexey Belyaev-Gintovt,1 55° 45′ 13.65″ N, 37° 37′ 15.91″ E, Holz,
Composite-Lack, Digitaldruck mit UV-härtenden Farben 100 × 129 cm, 2012.

#### Russlands innerstaatliche Homophobie

Die Künstlergruppe Voina wurde durch ihre skandalöse Performance vom 7. September 2008 bekannt, bei der sie in der Moskauer Filiale der Supermarktkette Auchan eine Hinrichtung von zwei homosexuellen Männern und drei zentralasiatischen Gastarbeitern nachgestellt hatte, um somit gegen die homo- und xenophoben Aussagen des Moskauer Bürgermeisters Juri Luschkow zu protestieren (Voina, 2012). Einige der Gruppenmitglieder hielten Schilder mit den Aufschriften "Wir wollen keine Schwulen!", "Dunkle, ab nach Hause!", "Moskau gebührt Ehre!" Laut Aussage eines Gruppenmitglieds wären Homosexuelle und Migranten als Vertreter derjenigen Minderheiten ausgewählt worden, die in der russischen Gesellschaft am häufigsten von öffentlicher Diskriminierung betroffen wären. Ihre Teilnahme an der Aktion solle verdeutlichen, dass

gleiche Rechte für Minderheiten ein essenzielles Element einer freien Gesellschaft wären, welche an diesem Tag symbolisch "gehängt" wurde (Seroefioletovoe, 2012).

Mein Fokus liegt hierbei nicht auf der Verkörperung einer freien Gesellschaft, sondern in der Darstellung einer Minderheit, die für die Existenz und Herausbildung einer jedweden Mehrheit benötigt wird, als einer Gruppe mit klar definierten Abgrenzungsmerkmalen. Nikolai Vinnik identifiziert die Zielgruppe solcher Hasstiraden seitens der staatlichen Autoritäten als erwachsene, russische, orthodoxe, heterosexuelle Männer, in direkter Widerspiegelung der Hauptpostulate des politischen Nationalverständnisses, und konstatiert

schlussfolgernd, dass die tolerierte öffentliche Verhetzung von Minderheiten – die ohnehin massiven Sanktionen durch die Regierung ausgesetzt sind - als eine Art "Trostpreis" für ökonomisch unterprivilegierte Männer gilt (Vinnik, 2009). Der einzige Weg des Staates, um eine überhandnehmende Unzufriedenheit Emigration der Mehrheit der in Armut lebenden Männer in Russland zu verhindern, ist es. in erster Linie ein Bild von einem devianten Europa zu zeichnen, Homosexualität indem Pädophilie als miteinander verbunden dargestellt werden. In einer zweiten Maßnahme

werden tagtäglich öffentliche "Hinrichtungen" und Verhetzungen von Minderheiten veranstaltet, um die Masse hiermit kompensatorisch bei Laune zu halten.

#### Das Anti-Propaganda-Gesetz

Im Jahr 2013 erließ die russische Staatsduma ein Gesetz, welches die Verbreitung von Propaganda von nicht traditionellen sexuellen Beziehungen an Minderjährige verbot. Von diesem Zeitpunkt an musste jede Referenz in den öffentlichen Medien, die eine positive Konnotation nicht traditioneller sexueller Beziehungen enthielt, mit der Altersbeschränkung "ab 18" gekennzeichnet werden. Bei Nichtkennzeichnung erfolgt eine Geldstrafe oder Haft mit bis zu 15 Tagen.

Selbst nach der Veröffentlichung des Erklärungsdokumentes, welches das Konzept von nicht traditionellen sexuellen Beziehungen als Homosexualität, Lesbischsein, Bisexualität und Transgender erklärte, beinhaltet der Gesetzestext unklare Formulierungen bezüglich der Definition von Propaganda und dessen, was im Konkreten als positive Konnotation zu deuten wäre (Wilkinson, 2014).

Diese Unklarheit erlaubt es Richtern und Polizeibeamten, das Gesetz willkürlich und

nach ihrem eigenen Ermessen anzuwenden.6 Aus 7weifel erfolaten dessen nach Inkrafttreten mehrere Fälle von Zum Selbstzensur. Beispiel weigerte sich die Werbeagentur Outdoors, Plakate zu verbreiten, die von LGBT-AktivistInnen konzipiert worden waren und die Fotografien von prominenten Vertretern der russischen Kultur mit Zitaten aus ihren Briefen abbildeten, die von ihrer gleichgeschlechtlichen Neigung zeugten.7 Es hätte eine Fotografie von Pjotr Tschaikowski mit folgendem Zitat aus einem Brief an seinen Bruder gezeigt werden sollen: "Ich bin verliebt. so, wie ich es lange nicht mehr war! Kannst Du erraten in wen? Er

war! Kannst Du erraten in wen? Er ist von mittlerer Größe, blond und hat wundervolle braune Augen" (Abb. 2).

Kunstprojekte, die die privaten Erfahrungen von russischen LGBT-Personen zeigen, sind dünn gesät. Im Grunde beschränken sich diese auf Video- und Fotoprojekte mit dem Ziel, einem heterosexuellen Publikum das menschliche Gesicht dieser Individuen zu zeigen. Folgende Projekte zeugen von diesem Vorgehen: "My magazine for few" (1995) von Gennady Ustiyan, "Moscow" (2008) von Yevgeniy Fiks, "Be yourself: the history of LGBT teens" (2015) von Maria Gelman und Dmitry Roy (Abb. 3) und das

Abb. 2 LGBT-Gruppe "Coming Out", Poster mit Pjotr Tschaikowski, 2012.



Abb. 3 Maria Gelman und Dmitry Roy, Poster für die Ausstellung "Be yourself: the history of LGBT teens", 2015.





Video "Break the silence" (2015) der Coming Out-AktivistInnengruppe<sup>8</sup>. Leider bleiben diese Werke weitgehend unbekannt und nur einem kleinen Kreis Interessenten in der Kunstwelt vorbehalten.

Im politischen Bereich ist eine ähnliche Situation zu vermerken: Trotz der großen Resonanz, die das Gesetz verursachte, spielte die liberale Opposition keine Rolle in der LGBT-Bewegung und überließ den Kampf ganz den AktivistInnen und Menschenrechtsorganisationen (Kondakov, 2013). Es bekennen sich ebenso nur wenige Personen dazu, die Bewegung öffentlich zu unterstützen oder sogar selbst homosexuell zu sein. Darüber hinaus wäre laut Brian James Baer die Ablehnung von LGBT-Aktivismus zentral für das politische Selbstverständnis der russischen Opposition. Laut ihm ist sowohl die Mehrheits- als auch die Oppositionskritik von LGBT-Aktivismus identisch: Sie erschwert es in beiden Fällen, LGBT-Aktivismus als einen Teil von russischer Nationalität zu sehen (Baer, 2013). Auch die Plakate, die von Outdoors zensiert wurden, sind nichts weiter als ein Versuch, Antagonismus von LGBT-Identität und russischer Nationalidentität zu entkommen. Die vorherrschende binäre Opposition, die den postsowjetischen Diskurs zu Minderheitsaktivismus organisiert, ist nämlich nicht homo- vs. heterosexuell oder gay vs. queer, sondern das Russische, als universell, spirituell und intellektuell gesehen, gegen das Westliche - egoistisch, materialistisch und vulgär.

### Es gehören immer zwei dazu

Putins Pressestrategie fokussiert häufig seine persönliche Maskulinität in einem scheinbaren Versuch, Russland und dem Rest der Welt zu zeigen. dass dem Land in der internationalpolitischen Arena Respekt gezollt wird, solange es nur unter seinem Schutz steht (Wood, 2011). So wird der Präsident mit freiem Oberkörper beim Reiten oder Fischen abgebildet, ein anderes Mal rettet er einen von einem Tiger angegriffenen Journalisten oder nimmt sogar an Judo-Wettkämpfen teil. Die europäische und nordamerikanische Popkultur ist voll von Parodien auf Putins Hypermaskulinität: ein groteskes Abbild von Putin in der amerikanischen Serie House of Cards, Sketche in Talkshows, sogar eine weibliche Version des Reiterfotos von Chelsea Handler. Selbst europäische Museumseinrichtungen nahmen daran teil: In der Ausstellung "Ganymed Dreaming" des Kunsthistorischen Museums Wien im Jahr 2014, wurde ein Libretto namens "Putin" präsentiert, eine unterhaltsame Parodie auf dessen Machismo.9

Robert Kulpa analysierte die kulturelle Hegemonie des westeuropäischen liberalen Rechtsmodells als universell und konstatiert, dass mittel- und osteuropäische Länder ständig als das Objekt der westlichen/europäischen "Freiheitspädagogie" gehandhabt und permanent als postkommunistisch, in einem anhaltenden Status von Transition, daher homophob und nicht liberal genug dargestellt werden. Russland wird im europäischen Diskurs traditionellerweise als einer von Europas vielen Gegenpolen verstanden und so wird ihm der Status "des Europäischen" verweigert. Kulpa wirft in seiner Forschung diesbezüglich folgende legitime Frage auf: "Wie kann garantiert werden, dass ein an und für sich nobles Vorhaben - anderen in einer Notlage zu helfen, ihnen in einer Solidarität auf Augenhöhe beizustehen – nicht in eine hegemoniale und orientalisierende Manifestation von Machtspielen zwischen dem Westen und dem Rest überschwenkt?" (Kulpa, 2014)

Hierarchiegefälle bezüglich der Toleranz existieren auch in westeuropäischen Ländern. Um sich vor der europäischen Nachbarschaft als tolerant und homophil darzustellen, werden innerstaatliche Probleme und Homophobie unterdrückt (Neufeld und Wiedlack, 2015). Österreich zum Beispiel besitzt eine tendenziell konservative politische Landschaft, in der LGBT-Personen immer noch für gleiche Rechte kämpfen; dennoch wurde Conchita Wurst nach ihrem Sieg beim Eurovision Song Contest zum Aushängeschild österreichischer Toleranz. Der Wunsch, die eigene Toleranz in der politischen Arena zu demonstrieren, ist nichts Verwerfliches per se, jedoch nur, wenn unter der glitzernden Oberfläche auch entsprechende Reformen vorgenommen und Sexualität und Gender nicht nur für egoistische Imagezwecke in kulturpolitischen Schlachten benutzt werden

Die Möglichkeit eines Konternarrativs

Die oben genannten künstlerischen Praxen unterstützen entweder Putins Vision von Russland oder bestreiten seinen Diskurs um *Gayropa*. Dieses geschieht hauptsächlich durch eine wortwörtliche Inszenierung der Termini,

die Teil der folgenden etablierten metonymischen Kette sind: Russland, Devianz, Homosexualität, Gegenpol etc. Es ist daher unabdingbar, die (Un)Möglichkeit einer Produktion von Konternarrativen und Diskursen zu beleuchten, und nicht nur ein Ironisieren, Übertreiben oder Aufheben der Begriffe, die von Putins Lager im Umlauf gebracht werden, zu praktizieren, sondern komplett neue Realitätsbedingungen zu produzieren.

Der Weg der "politischen Quasi-Indifferenz" wurde von den Gründern der Monstration-Veranstaltungen, welche jedes Jahr am 1. Mai in verschiedenen Städten Russlands stattfinden, gewählt. Zeitgleich zu den etablierten May-Day-Demonstrationen, findet die Monstration ohne ein vorab festgelegtes Szenario statt. Stattdessen werden Slogans benutzt, die von den Teilnehmerlnnen des Projekts selbst erfunden wurden. Die sich auf den Bannern befindenden Sprüche sind mehrheitlich absurd und apolitisch, wie z.B.: "Die dunkle Seite hat keine Kekse", "Für die Rechte der Schmetterlinge im Bauch". Beizeiten tauchen jedoch dezidiert politisch positionierte Poster auf. Als die Krim-Krise begann, war der patriotische Pro-Putin-Slogan "Krim Nash"

(Die Krim gehört uns) weit verbreitet. Das gleiche Jahr wurde auf der Monstration-Veranstaltung ein Banner mit der sich reimenden Aufschrift "Ad Nash" (Die Hölle gehört uns) gesichtet (Abb. 4). Demgemäß kommt die Monstration einer Art von Happening oder Spielveranstaltung gleich.

Der Soziologe Alexander Kondakov analysierte die Protestbewegungen Russlands im Winter 2011/2012 durch die Position von Judith Butler und beschreibt, dass diese Proteste durch ihre Beschaffenheit als eine Art von *queer-Protest* bezeichnet werden könnten. Ebenso kann die Monstration-Bewegung als eine solche eingeordnet werden, da dabei eine etablierte normative Ordnung

durch das Kreieren neuer Werte in einem vorherrschenden System untergraben wird, anstatt nach den üblichen politischen gängigen Regeln vorzugehen.<sup>10</sup> Nichtsdestotrotz brinat diese politische Neukonfiguration keine neuartigen politischen

Kollektividentitäten hervor, sondern basiert auf dem subjektiven Akt der Gegenüberstellung von Subversion und Normativität. Das Ziel eines solchen Protestes wird durch ständige Kreativität und unaufhörliche Infragestellung des Status Quo erreicht, um neue Formen des Widerstands zu generieren.

### **Conclusio**

In den letzten Dekaden verschob sich die Opposition zwischen Russland und Europa zu einem Diskurs der Differenzen um Sex, Sexualität und Gender. Patriotismus und seine kleine Schwester Xenophobie tragen maßgeblich zur Umformulierung des neuen Nationalverständnisses Russlands bei. Aus dem Blickwinkel eines durchschnittlichen russischen Staatsbürgers wurde aus Europa Gayropa, welches nunmehr den Niedergang und den Verfall der europäischen Gesellschaft und ihrer Werte charakterisiert. In diesem Kontext erscheint Russland als das potenzielle Opfer von devianten europäischen

Abb. 4 Yana Kolesinskaya, Fotografie von Monstration 2014 mit dem Hauptbanner "Ad Nash" (Die Hölle gehört uns).

Einflüssen und gleichzeitig als potenzieller Retter und Behüter der wahren konservativen christlichen Werte. Europa bleibt hierbei jedoch nicht außen vor und bemüht sich, dem Rest der Welt Toleranz und westliche Werte beizubringen. Diese noble Mission birgt jedoch die Gefahr, schnell kolonialen Charakter anzunehmen und in diesem Zusammenhang sogar homosexuelle BürgerInnen als Schutzschilder in politischen Auseinandersetzungen zu gebrauchen. Wie bereits festgestellt wurde, benutzt Putin Staatsmuseen, um traditionelle Werte zu propagieren. Des Weiteren beschäftigt sich autoritätskritische Kunst entweder aus einer Position der Selbstreflexion heraus mit Themen wie dem Anti-Propaganda-Gesetz oder der Verbannung von Sexualität aus dem öffentlichen Diskurs im Allgemeinen, oder benutzt alternativ dazu Homosexualität entweder als ein Mittel zur Demaskulinisierung von Autoritäten oder zur Dekonstruktion traditioneller Bilder, um den Antagonismus von homosexueller Identität und russischer Nationalität zu durchbrechen.

Kunstprojekte, die sich mit der Thematik privater Erfahrungen russischer LGBT-Personen befassen, zielen mehrheitlich darauf ab, einem heterosexuellen Publikum die menschliche Seite dieser Individuen vorzustellen. Abschließend kann gesagt werden, dass Konternarrative zum hegemonialen politischen Diskurs entweder durch eine vorgetäuschte politische Indifferenz oder durch queere Happenings, die darauf abzielen, die lange beständige Gedankenkette von Russland, Devianz, Homosexualität, Gegenpol, etc. zu durchbrechen, produziert werden. Demzufolge kann davon ausgegangen werden, dass wenn Kunst und Kreativität dazu beitragen, die etablierte Ordnung zu untergraben, vielleicht der Moment näher rückt, in dem Russland aufhört, ein Gayropa zu fantasieren und gay gänzlich von Europa trennt.

#### Anmerkungen:

- Mehr über die konservative Wende in Putins Politik siehe: Francesca Stella und Nadya Nartova, Sexual Citizenship, Nationalism and Biopolitics in Putin's Russia, In: Sexuality, Citizenship and Belonging: Trans-National and Intersectional Perspectives. Stella, F., Taylor, Y., Reynolds, T., Rogers, A. (Hrg.), Routledge 2016.
- 2 Europa bezieht sich hierbei in erster Linie auf Westeuropa, wobei Osteuropa nicht mehr von dem Diskurs ausgeschlossen werden kann. Ein ähnlicher, aber weniger bekannter Begriff wäre Eurosodom, eine Zusammensetzung aus Europa und Sodom.
- 3 Im Deutschen wurden einige bekannten Namen in der häufiger gebrauchten Form transliteriert, wie z.B. Nadya anstelle von Nadia.
- 4 LGBT steht für Lesbian, gay, bisexual und transgender.
- 5 Der Titel des ersten lautet z.B. Romantic Realism. Sowjetisches Gemälde von 1925-1945 und das zweite heißt Orthodoxes Russland. Russland: meine Geschichte. Von großen Schocks zum großen Sieg. 1914-1945.
- 6 "Arhangel'skii sudvy nespervye v istorii Rossiip ostanovleniia o

- vinovnosti za gei-propagandu pofederal'nomu zakonu", 03.12.2013 (15.03.2016), UPD: http://www.gayrussia.eu/russia/8306/.
- 7 In St. Petersburg wurde dieses Gesetz ein Jahr später erlassen: "V Peterburge iz-za "gomofobnogo" zakona zapretili Chajkovskogoi Tsvetaevu", 06.04.2012 (15.03.2016), UPD: http://saint-petersburg. ru/m/spb/old/309710/
- 8 Für eine detaillierte Kritik dieses Videos siehe: Masha Neufeld und Maria Katharina Wiedlack, Lynch pin for Value Negotiation: lesbians, gays and transgender between Russia and "the West", In: Queer/variable bodies, ethics and local struggles.,In Sherera nd Chris Mounsey (Hrg.), Oxford: Peter Lang (im Erscheinen).
- 9 "Ganymed Dreaming", Kunsthistorisches Museum, URL: https://www. khm.at/ganymed-dreaming/.
- 10 Dank an Tatiana Zabolotnaja für den Hinweis über die Ähnlichkeit der Proteste.

#### Literatur:

- Belyaev-Gintovt, Alexey, "Sverhnovaya Moskva" [Video], 26.11.2014 (14.03.2016), URL:https://vk.com/video95809153\_1707953 81?list=71c723ff1c0325c0d1
- Klimova, Lena: Krasivyeljudii to, chtoonigovorjat (Beautiful People And The Things They Say To Me), (14.03.2016) URL: https://vk.com/ album6184701\_214830577.
- Kondakov, Alexander, Resisting the Silence: The Use of Tolerance and Equality Arguments by
- Gay and Lesbian Activist Groups in Russia, 1. Canadian Journal of Law and Society / Revue Canadienne Droit et Société. 28, pp 403-424, 2013.
- Kulpa, Robert Western leveraged pedagogy of Central and Eastern Europe: discourses of homophobia, tolerance, and nationhood, In: Gender, Place & Culture, vol. 21 Nr.4, pp. 431-448, Routledge 2014.
- Neufeld, Masha/ Wiedlack, Maria Katharina, Der Eurovision Song Contest 2014 – Krieg der
- Kulturen zwischen Ost und West?, In: Eurovision Song Contest Eine kleine Geschichte zwischen Körper, Geschlecht und Nation, Christine Ehardt, Georg Vogt und Florian Wagner (Hrg.) Wien: Zaglossus 2015. Ovseenko, Uriy, Nacional'naia ideia Rossii (Die Nationalidee des zeitgenössischen Russlands.), in: Istoricheskaia i social'no-obrazovatel ,naiamysl', Moskau 2010. "Putin nazval patriotizm nacional'noi ideei Rossii" (Putin nannte Patriotismus die Nationalidee Russlands.), 03.02.2016 (15.03.2016), UPD:https://meduza.io/news/2016/02/03/ putin-nazval-patriotizm-natsionalnoy-ideeyrossii.
- Pussy Riot, "Chaika" [video], 3.02.2016. (14.03.2016)
  URL: https://www.youtube.com/watch?v=VakUHHUSdf8
- Putin, Vladimir, Ansprache im Athos Kloster bei einem Meeting mit Mitgliedern der Heiligen Gemeinde 09.09.2005 (15.03.2016), UPD: http://www.pravoslavie.ru/14482.html.
- Putin, Vladimir, Nachricht an die Föderationsversammlung12.12.2012 (14.03.2016), URL: http://kremlin.ru/events/president/news/17118. Seroefioletovoe, Chucheloevreia – etoia 17.11.2012 (15.03.2016), UPD: http://echo.msk.ru/blod/seroe/952157-echo/.
- Vinnik, Nikolai, Prevratnostinel'ubvi: Ksenofobiia, gomofobiia, seksizm v rossiiskoi politicheskoi ritorike poslednih let (Xenophobie, Homophobie und Sexismus in der russischen politischen Rhetorik der letzten Jahre), Moskau. 2009.
- Voina, "Pamiati dekabristov. Akciia gruppy Voina" [Video],17.11.2012 (14.03.2016) URL:https://www.youtube.com/watch?v=jl2y6\_V1HFc.
- Wilkinson, Cai, Putting "Traditional Values" Into Practice: The Rise and Contestation of Anti- Homopropaganda Laws in Russia, Journal of Human Rights, 13:3, pp. 363-379, 2014. "Zakon o zaprete propagandy gomoseksualizma: aspekty i traktovka" 09.07.2013 (15.03.2016), UPD: http://ria.ru/infografika/20130709/948546631.html;
- Wood, Elizabeth, "Putin: Masculinity and Hypermasculinity" [Video], 25.10.2011 (14.03.2016), URL: https://www.youtube.com/ watch?v=ZEoPDOH\_wHc.
- Zinatulin, Igor, When Russia came out: 10 gay music videos inspired by the fabulous 1990s, In: The Calvert Journal, 2015 (14.03.2016), URL: https://calvertjournal. com/features/show/5102/gay-music-video-Russia-90s.

### Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1 Ausstellungskatalog "55° 45' 20.83" N, 37° 37' 03.48" E Alexey Beliyaev-Gintovt", Moskau: Galerie "Triumph", 2012, S.30.
- Abb. 2 http://saint-petersburg.ru/m/spb/old/309710/, Hochgeladen von Anonymous
- **Abb. 3** http://www.wonderzine.com/wonderzine/life/life/214067-to-be-is-not-the-question, Hochgeladen von Olga Strahovskaya
- Abb. 4 http://info.sibnet.ru/article/376373/, Hochgeladen von Anonymous



### Die erneut entfachte Abtreibungsdebatte in Kroatien - Ein Kommentar

Doroteja Jaković - Berlin/Zagreb

In der Geschichte der Menschheit gab es nur zwei Staaten, in denen für Frauen das Recht auf Abtreibung verfassungsrechtlich garantiert war: Jugoslawien und die Sowjetunion.

Die heutigen gesellschaftlichen Werte Kroatiens sind davon meilenweit entfernt. Heute läuft es eher nach dem Slogan: Haushalt, Heimat aund Zuverdienst, denn immer wieder stellen Funktionäre der konservativen rechten Partei HDZ oder der mit ihr verbündeten katholischen Kirche Frauenrechte infrage.

An der Macht ist eine konservative Koalition mit einem sehr starken rechten Flügel, an deren Spitze die aktuelle kroatische Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarović steht. Diese konservative Koalition arbeitet mit anderen politischen Organisationen wie z.B. der Initiative *U ime obitelji* (Im Namen der Familie) und *Vigilare* sowie mit christlichen Fanatiker\*innen mit Rosenkranz und Veteranenvereinen zusammen.

### Backlash im gesellschaftlichen Klima

Pro-Life-Organisationen fordern ein Abtreibungsverbot und bilden eine starke Strömung, die nicht nur reproduktive und soziale Frauenrechte, sondern indirekt auch die Arbeitsrechte von Frauen untergräbt. Schließlich sollen Frauen Kinder bekommen statt arbeiten. Doch eine Weltanschauung, die das Recht auf Abtreibung ablehnt oder stark begrenzt, ist reiner Fundamentalismus, pure Ideologie und radikale Frauendiskriminierung. Denn ein Staat, der solche Forderungen aktiv bedient, dringt mit Gewalt in die Privatsphäre von Frauen ein und begrenzt ihre Wahlfreiheit. Kurz und knapp gefasst: Kern einer solchen Politik ist der radikale Versuch eines Wiedererstarkens des Patriarchats.

Was tut sich in Kroatien konkret angesichts dieses gesellschaftlichen Klimas? Obwohl das Thema Abtreibung stets auf der Tagesordnung der kroatischen Regierung steht, bleibt völlig unklar, was konkret passieren wird.

# Ein neuer Gesetzentwurf sorgt für Unruhe

Die Situation in Kroatien sieht folgendermaßen aus: Das kroatische Verfassungsgericht positioniert sich nach 26 Jahren zwar gegen die von christlichfundamentalistischen Gruppierungen (wie z.B. *U ime obitelji*) angestrebte Kriminalisierung und moralisch-gesellschaftliche Ächtung von Schwangerschaftsabbrüchen. Dennoch hat es beschlossen, dass das jahrzehntealte Gesetz noch aus jugoslawischen Zeiten, das Abtreibungen erlaubt, "modernisiert" werden muss.

Das kroatische Parlament soll binnen zwei Jahren ein neues Gesetz entwerfen, da das jetzt vorhandene veraltet sei und Institutionen adressiert, die nicht mehr existieren. Zudem solle sich das Gesetz dem rechtlichen und institutionellen EU-Rahmen im Bereich des Gesundheitswesens, der Wirtschaft und der Bildung anpassen – also einem internationalen Standard. Es soll außerdem präventive Maßnahmen beinhalten, sodass eine Abtreibung zur Ausnahme wird.

Das alles ist noch immer sehr verkürzt, denn Tatsache ist, dass sich die reproduktiven Rechte nicht nur auf Abtreibung und Verhütungsmittel beziehen. In dieser Debatte geht es nicht nur um das Recht von Frauen "kein Kind" zu haben (Recht auf Abtreibung), sondern auch um ihr Recht "ein Kind" zu haben (Kinderwunsch). Das Problem besteht also vielmehr darin, dass andere über die Körper von Frauen



entscheiden, indem sie versuchen, über unsere Leben und unseren Wunsch nach Familiengründung zu bestimmen.

Die "freie Wahl" ist aus dem gesellschaftlichen Diskurs gestrichen. Es scheint nicht wichtig, ob Frauen unter solchen Bedingungen leben, die erlauben, ein gesundes Leben zu führen und sich um ihr Baby kümmern zu können. Es zählt nur die Anzahl der Geburten. Und falls "das Muttersein" nicht glatt läuft, weil man beispielsweise keinen Job oder keine Unterstützung bei der Erziehung hat, läuft es nach dem Motto: "Du bist selber schuld! Du hättest dich mehr bemühen sollen!"

Fragen, ob Frauen Kinder wollen, wann sie Kinder planen und wie viele es sein sollen, werden ihnen global gesehen nicht gestellt. In diesem Sinne ist es eine Frechheit über Reproduktion, Geburt und Abtreibung zu diskutieren, sich aber dabei nicht die Fragen zu stellen, wer wie viel arbeitet und für wen, wer wie viel verdient und wie es um die Arbeitsmarktchancen von jungen Frauen bestellt ist.

### **Es regt sich Widerstand**

Deshalb ist es ein großer Fortschritt, dass in Kroatien Revolten zu sehen sind und verschiedene Initiativen, Organisationen, Gruppen und feministische Kollektive wie z.B. fAKTIV, Libela, Ženska mreža Hrvatske und andere auf die Straße gehen und um ihre Rechte kämpfen.

Das Leitmotiv des Nachtmarsches zum internationalen Frauentag, der dieses Jahr zum ersten Mal in mehreren kroatischen Städten organisiert wurde, lautete: "Kampf um die reproduktiven Frauenrechte – Recht auf Abortus". Der Nachtmarsch versammelte in Zagreb ca. 6 000 Menschen und wurde in mehreren kroatischen Städten organisiert, womit er zur größten Demonstration für Frauenrechte in den letzten Jahren wurde. Der Protest zeigt, dass die Frauen Ex-Jugoslawiens auch nach der reaktionären und nationalistischen gesellschaftlichen Wende in den meisten Nachfolgestaaten nach wie vor selbstbewusst und bereit sind, ihre Rechte zu verteidigen – und die Rechte aller Frauen weltweit

### Rechte Organisationen ziehen alle Register

Obwohl der linke, feministische Pool mittlerweile sehr aktiv ist, sich gut verbreitet und wächst, mangelt es bei den progressiven feministischen Gruppierungen an Infrastruktur und finanzieller Unterstützung. Gerade das haben die rechts-orientierten Aktivist\*innen im Übermaß

Die Organisation *U ime obitelji*, vielmehr deren Anführerin Željka Markić, kündigte bereits an, dass sie das Gesetz verschärfen wolle und ein Referendum anstrebe. Zudem ist der rechte Pool so gut vernetzt, dass sie sogar Informationen über Frauen bekommen, die sich für eine Abtreibung entschieden haben, um sie dann von der Abtreibung abzuhalten

Beispielswiese hat die Initiative 40 Tage für das Leben ihre Mitglieder über soziale Medien mobilisiert, um Frauen vor Krankenhäusern aufzuhalten, die einen Schwangerschaftsabbruch vorhaben. In 24 kroatischen Städten ist die Organisation aktiv. Von einem Krankenhaus in Vukovar wurde die Initiative über die Abtreibung einer Frau informiert. Sofort wurde diese Information auf ihrer Facebook-Seite veröffentlicht. Die Mitglieder wurden aufgefordert, sich vor dem Krankenhaus zu versammeln und der Frau ihre Hilfsbereitschaft und Unterstützung anzubieten. Dieses Vorgehen ist jedoch eine tiefe Verletzung der Privatsphäre der Frauen und ein eklatanter Verstoß gegen den Datenschutz seitens der Krankenhäuser.

### Zeit für neue politische Konzepte

Gerade deswegen brauchen wir effektive politische Konzepte, die Eltern und ihren Kindern eine bessere Zukunft sichern. Es bedarf umfassender sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit und Verhältnisse, in denen die familiären und beruflichen Verpflichtungen (und Rechte) junger Frauen und Männer gleich gewichtet sind, um tradierte Geschlechterrollen zu überwinden.

Dazu gehören jegliche Arten von Maßnahmen, die dazu beitragen, Gleichberechtigung im täglichen Leben zu gewährleisten, wie z.B. ein gleicher Anspruch auf Elternzeit und -geld, die gerechte Verteilung und Vergesellschaftung von Reproduktionsarbeit (Kitas) und vieles mehr.

Im Bereich der reproduktiven Rechte bezieht sich das vor allem auf einen sicheren Zugang zu sozialstaatlichen Einrichtungen. Diese sollten die Eltern unterstützen, indem sie

- die gleiche Verteilung der familiären Verpflichtungen sowie die Stärkung der Vater- und Mutterrechte befördern,
- eine finanzielle Unterstützung in der Elternzeit anbieten,
- · die Wohnfrage sichern,
- stabile Arbeitsverhältnisse mit flexiblen Arbeitszeiten bieten/schaffen,
- sowie einen universellen Zugang zum Gesundheitssystem ermöglichen, vor allem in Bezug auf reproduktive Bereiche wie Familienplanung und sexuelle Gesundheit

Solange diese Rahmenbedingungen nicht gesichert sind, leben wir in nicht gleichberechtigten Verhältnissen, in denen die ganze Last um das "potenzielle Kind" allein auf den Schultern der Frau liegt. Genau das muss geändert werden! Ich fürchte, dass der Weg dahin blutschwer sein wird, denn wirft man einen Blick zurück in die Geschichte, stellt man sehr schnell fest, dass Frauen und Minderheiten ihre Rechte so gut wie nie durch gesellschaftliche Verhandlungen, Petitionen oder Diskussionen erlangt haben. Ganz und gar nicht! Ihre Rechte waren lediglich bestimmt von der jeweils aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation.

In diesem Sinne sollten unsere heutigen Anforderungen und unser Kampf noch radikaler geführt werden! Es soll nicht nur beim Gesetz von 1978 bleiben, sondern wir müssen das verfassungsmäßige Recht aus 1974, das den Frauen die freie Entscheidung über die Geburt eines Kindes auch materiell garantiert, zurückerkämpfen.



# Ausgegrenzte Europäer - Kosovo und die EU

Mevlyde Hyseni - Pristina

osovo ist das einzige Land des sogenannten westlichen Balkans, das noch keine Visa-Liberalisierung für den Schengen-Raum hat. Alle Nachbarländer des jüngsten Staates in Europa können bereits seit Jahren frei im Schengen-Raum reisen, obwohl diese zum Zeitpunkt ihrer Visaliberalisierung nicht weit besser im Korruptionsindex standen und ebenfalls offene Grenzfragen hatten, die bis heute andauern. Kosovo ist durch das auferlegte Visaregime der EU das isolierteste Land in Europa.

Im Mai 2016 hatte die EU-Kommission eine Empfehlung für die Visafreiheit Kosovos gegeben; seitdem ist nicht viel passiert. Noch heute müssen sich kosovarische Bürger mit langen und mühsamen Prozeduren herumschlagen. Neben den vielen Unterlagen, die organisiert werden müssen, um zu beweisen, dass die Antragstellenden nicht

als Migranten illegal in der EU bleiben wollen, müssen Studenten, Akademiker, Künstler, Touristen und alle anderen Bürger monatelang auf Visatermine warten, um in den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten einen Antrag auf Reiseerlaubnis zu stellen. Ob man nach den langwierigen Prozeduren ein Visum erhält und reisen kann oder nicht, ist ungewiss. Es kann durchaus vorkommen, dass man von den Botschaften abgelehnt wird. So fürchten die Zielstaaten z.B. bei jungen Menschen, dass diese in einem der EU-Länder bleiben und nicht zurückkehren.

Bei den meisten Botschaften müssen Antragsstellende über das Internet einen Termin für den Visa-Antrag vereinbaren. Dabei kommt es immer wieder zu Problemen: Im vergangenen Jahr wurde z.B. das elektronische Terminvergabesystem der deutschen Botschaft in Prishtina von einigen privaten Unternehmen monopolisiert. Diese sahen darin die

Chance, viel Geld zu verdienen, und blockierten somit alle verfügbaren Visatermine, um sie dann an Interessierte zu verkaufen (Kosovo 2.0 2016). Je nach Art des Visums variierten die Summen für Visatermine zwischen 30 bis 600 Euro.

Die Reaktion der deutschen Botschaft auf diese Entwicklung bestand lediglich in einer Erklärung, dass die Botschaft keine Termine verkaufe und einem Aufruf an die Bevölkerung keine Visatermine zu kaufen.

In der Praxis blieb denjenigen, die jedoch dringend ein Visum brauchten, weil sie z.B. Arbeitsverträge hatten und zu einem bestimmten Datum in Deutschland sein mussten, nichts anderes übrig, als einen Termin zu kaufen, denn es war unmöglich, über das elektronische Vergabesystem einen Termin zu bekommen.

Eine weitere Hürde ist der große Zeit- und Geldaufwand zum Beschaffen der Unterlagen, die eine Person braucht, wenn sie erstmal einen Visatermin erhalten hat. Um einen vollständigen Visa-Antrag zu stellen, muss bei der Botschaft u.a. auch ein Kontospiegel eingereicht werden, damit der Entscheider sehen kann, ob der Antragsteller genug Geld hat, um eine Reise zu finanzieren. Wenn die antragsstellende Person mit Mühen alle Unterlagen zusammengestellt hat und der große Tag der Antragstellung da ist, ist viel Geduld gefragt: Vor den Botschaften warten die Antragsteller bis zu einer Stunde, stehend, denn Sitzmöglichkeiten gibt es nicht. Bei der Anmeldung muss die antragsstellende Person mit den Sicherheitsleuten der Botschaft durch einen Zaun sprechen, denn die Botschaften sind mit Gittern und Stacheldraht vor den wartenden Massen geschützt. Bevor der Antrag eingereicht werden kann, muss man die Sicherheitsleute und den Metalldetektor passieren, in der Botschaft wieder warten, bis man endlich die Antragsunterlagen bei einem Mitarbeiter der Visa-Stelle abgeben kann. Dieser prüft die Unterlagen auf Vollständigkeit, nimmt eine Visa-Gebühr von 35 Euro und der Antragsteller bekommt einen Zettel mit einem Termin, an dem er seinen Pass wieder abholen kann. Das ist die Prozedur. Der Antragsteller weiß dann immer noch nicht, ob er das Visum bekommt oder nicht, denn die Entscheidung darüber kann

je nach Art des Visums mehrere Wochen oder Monate dauern. Kurzfristige Planungen – der Besuch in Deutschland, Frankreich, Italien oder einem anderen EU-Land auf einer Messe, einer Konferenz etc. – sind unter diesen Umständen unmöglich.

Der Andrang auf die Botschaften ist daher sehr groß. Im vergangenen Jahr haben von 77.796 Antragstellern aus Kosovo nur rund 14% ein Visum für den Schengen-Raum erhalten, andere bekamen lediglich ein sogenanntes Visum mit beschränkter räumlicher Gültigkeit (limited territorial validity visa), womit die Person nur das Schengen-Land bereisen kann, welches das Visum ausgestellt hat. 20% der Anträge auf ein Schengen-Visum wurden abgelehnt (Schengen Visa Info 2017). Dabei geben die Kosovaren jährlich mehrere Millionen für Visaprozeduren aus, denn neben der Visa-Gebühr von 35 Euro, die auch bei einer Ablehnung nicht rückerstattet wird, und der Reisekrankenversicherung kosten die restlichen notwendigen Unterlagen auch Geld. Der Visa-Antrag kann schon mal bis zu 100 Euro teuer werden.

Menschen, die beruflich viel verreisen, müssen alle zwei bis drei Jahre neue Pässe beantragen, da die zeitraumbegrenzten Visa die Pässe füllen. Andere, die nicht nachweisen können bzw. die Botschaften nicht davon überzeugen können, dass sie nach der Reise wieder nach Kosovo zurückkehren, bekommen gar keine Visa. Ihre Pässe sind zehn Jahre gültig, sie bleiben ungebraucht und visa-leer.

### EU-Kriterien für die Visaliberalisierung

Als letzte Kriterien für die Aufhebung des Visa-Regimes fordert die EU von Kosovo konkrete Ergebnisse bei der Korruptionsbekämpfung und die Grenzziehung zu Montenegro.

Für Montenegro und Serbien, die zusammen mit Mazedonien (nach internationalem Sprachgebrauch Former Yugoslav Republic of Macedonia) 2009 die Visa-Liberalisierung erhielten, stellten die ungelösten Grenzfragen zu Kosovo kein Hindernis dar. Auch offene Grenzfragen zwischen Serbien und Kroatien waren kein Hindernis, um den serbischen Bürgern die Visafreiheit zu gewähren. Für Kosovo wurde die Grenzziehung zu Montenegro jedoch zum Kriterium.

Im Corruption Perceptions Index (CPI) von Transparency International rangierte Kosovo 2016 auf Platz 95 (Transparency Inernational 2016). Die EU fordert zu Recht eine stärkere Korruptionsbekämpfung in Kosovo, denn die Korruption hemmt die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und schadet dem internationalen Image des Landes. Andererseits beschloss die EU im Jahr 2014 die Visafreiheit für Moldau, obwohl das Land zu diesem Zeitpunkt auf Platz 103 des CPI rangierte (Transparency International 2014). Die Ukraine bekam im Juni 2017 die Visaliberalisierung für den Schengen-Raum, obwohl es im vergangenen Jahr auf Platz 131 des CPI stand (Transparency International 2016).

Auch Georgien erhielt 2017 die Visaliberalisierung, ungeachtet der ungelösten Konflikte in Abchasien und Südossetien.

Die EU scheint in dieser Hinsicht doppelte Standards zu haben – d.h. je näher sich ein Staat an Russland befindet, desto einfacher scheint es für ein Land zu sein, die Visafreiheit zu bekommen.

Kosovo bekam als letztes Balkanland ein sogenanntes Stabilisierungsund Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU, das erst 2016 in Kraft trat. Das SAA ist ein Instrument zur Annäherung an die rechtlichen und wirtschaftlichen Standards der Europäischen Union. Im Vergleich Kosovo haben Albanien, Montenegro, Mazedonien (FYROM) und Serbien bereits den EU-Kandidatenstatus, wobei Serbien und Montenegro schon Beitrittsverhandlungen mit der EU führen. Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina gelten weiterhin nur als potenzielle Beitrittskandidaten. Dabei hat die EU seit der Unabhängigkeit Kosovos 2008 viel Geld in den jüngsten Staat Europas investiert und sogar die Rechtsstaatsmission EULEX (European Union Rule of Law Mission in Kosovo) geschickt, welche die Kosovaren beim Aufbau einer unabhängigen Justiz und eines funktionierenden Rechtsstaats unterstützen sollte. Allein die EULEX- Mission, die in dieser Form weltweit einzigartig ist, hatte für 2016-17 ein Jahresbudget von 636 Millionen zur Verfügung (Council of the European Union). Zwischen 2008-2014 verschlang diese Mission rund 724 Millionen (Laudes/Andrada 2015). Der Erfolg hält sich jedoch in Grenzen, die Korruption lähmt weiterhin die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Trotz einer jahrzehntelangen internationalen Unterstützung und einer millionenschweren EU-Rechtsstaatsmission schafft es Kosovo nicht, einen funktionierenden Rechtsstaat aufzubauen und auf seinem EU-Integrationskurs weiterzukommen.

Die Verantwortung für die Stagnation des Landes trägt eine korrupte politische Klasse, die sich nach dem Kriegsende in Kosovo etabliert hat. Diese politische Klasse – die im Gegensatz zu den Bürgern mit diplomatischen Pässen frei reisen kann – hat sich der EU lange als unverzichtbarer Stabilitätsfaktor in Kosovo verkauft und sich damit die Unterstützung der europäischen Diplomaten gesichert.

Für die EU ist nach wie vor die Bewahrung der politischen Stabilität in Kosovo und auf dem Balkan die erste Priorität, nach dem Motto "Stabilität vor Progress". Diese, von der EU bisher unterstützten "Stabilokraten" sind schuld an der Isolation der Kosovaren, denn Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaat scheinen nicht in ihrem Interesse zu sein. Die 'internationale Gemeinschaft' gilt in der Bevölkerung mittlerweile als Unterstützerin der herrschenden politischen Klasse, v.a. weil sie in den vergangenen Jahren oppositionelle Kräfte ignoriert und teilweise bekämpft hat. Auch die EULEX hat ihre Glaubwürdigkeit bei den Menschen in Kosovo längst eingebüßt, denn die EU-Rechtsstaatsmission, die helfen sollte, die Korruption zu bekämpfen, hat neben überschaubaren Erfolgen sogar selbst für Korruptionsskandale innerhalb der Mission gesorgt (Neue Zürcher Zeitung 2014).

### Europäische Zukunftsaussichten?

Kosovo ist das einzige Land in Europa, das den Europatag am 9. Mai zum Nationalfeiertag erklärt hat. Die Nation-Branding-Kampagne nach der Unabhängigkeitserklärung lautete "Kosovo – The Young Europeans". Obwohl das Land



im Vergleich zu seinen Nachbarn in seinen EU-Integrationsbestrebungen am weitesten zurückliegt, ist die pro-europäische Grundhaltung der Kosovaren wahrscheinlich noch die stärkste auf dem sogenannten West-Balkan.

Neben den fortwährenden interethnischen Spannungen in der Region zeichnen sich dort immer stärker russische und türkische Einflüsse ab. Serbien pflegt seine historischen und traditionellen Beziehungen zum 'großen Bruder' Russland, daher versucht die EU das Land auf Integrationskurs zu halten, um den russischen Einfluss auf dem Balkan abzuwehren. In Kosovo ist die Türkei in vielen Lebensbereichen stark präsent und einer der größten Geldgeber. Aufgrund der Enttäuschung und wachsenden Frustration über das Visa-Regime, die Isolation und die verblassende EU-Perspektive wird Kosovo zum leichten Nährboden für den wachsenden türkischen Einfluss.

Diese Entwicklungen zeugen von einem diplomatischen Versagen trotz der jahrelangen und milliardenschweren Geldpumperei des Westens in Kosovo.

Wenn die Hoffnung auf eine echte EU-Mitgliedschaft, angefangen mit der Aufhebung des Visa-Regimes, weiterhin verblasst, werden sich immer mehr Menschen von Ideen der Umorientierung, abwendend von der EU, anstecken lassen. Dies gilt nicht nur für Kosovo, sondern für alle Balkanstaaten, die sich fünfzehn Jahre nach dem Versprechen von Thessaloniki, dass die Zukunft des Balkans in der EU liegt, in einer endlosen Warteschleife befinden. Auch wenn die Union weiterhin die Beitrittsperspektive der Westbalkanländer betont, wie z.B. auf der Westbalkan-Konferenz 2017 in Italien, spüren die Bürger dieser Länder nicht viel davon. Dabei war gerade die Aussicht auf eine EU-Integration der Motor für Reformen und Demokratisierung in der Region. Das ändert sich mittlerweile, denn die Menschen spüren immer mehr, dass die EU keine reale Perspektive mehr ist.

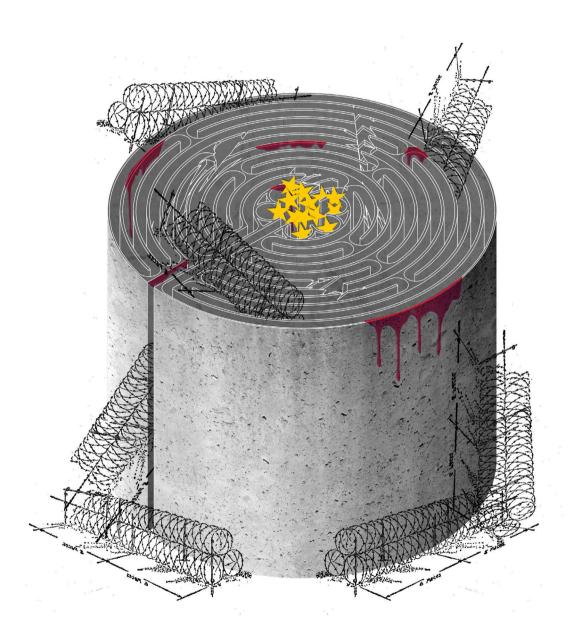
In Anbetracht der Krisen der Europäischen Union stellt die Visa-Liberalisierung für Kosovo und die EU-Annäherung des Westbalkans für die europäischen Diplomaten keine wirkliche Priorität dar. Die weitere Vernachlässigung dieser Gesellschaften könnte jedoch schwerwiegende Folgen haben, denn der Einfluss der dort wirkendenden Akteure Russland und Türkei könnte dazu führen, dass die EU ihre Position auf dem Balkan verliert und die Länder sich anderweitig orientieren. Kanzlerin Angela Merkel bezeichnete bei der Westbalkan-Konferenz 2017 die Situation auf dem Balkan als "kompliziert" (Deutsche Welle 2017). In diesem komplizierten Kontext sind diejenigen, die noch am stärksten an die Idee der EU glauben, gleichzeitig die Menschen, die am härtesten die Grenzen Europas spüren. Für ihre Zuversicht und Hoffnung werden die Kosovaren von der EU mit Ausgrenzung und Isolation gestraft.

#### Literaturverzeichnis

- Deutsche Welle (2017): "EU looks to contain Russian influence in the Balkans". [online] http://www.dw.com/en/eu-looks-to-contain-russian-influence-in-the-balkans/a-37891857 [08.08.2017].
- Ernst, Andreas (2014): "EU-Mission in Kosovo im Zwielicht". In: Neue Zürcher Zeitung, [online] https://www.nzz.ch/international/eu-mission-in-kosovoim-zwielicht-1.18417530 [08.08.2017].
- European Council / Council of the European Union (2003): EU-Western

  Balkans Summit. Declaration, [online] http://www.consilium.europa.eu/
  ueDocs/cms\_Data/docs/pressdata/en/misc/76291.pdf [13.08.2017].
- European Council / Council of the European Union (2016): Eulex Kosovo: mandate extended, budget approved, [online] http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/06/14-eulex-kosovo-budget/?utm\_source=dsms-auto&utm\_medium=email&utm\_campaign=EULEX%20Kosovo%3A%20mandate%20extended%2C%20budget%20approved%20 [08.08.2017].
- Hyseni, Mevlyde / Cerkini, Vjosa (2016): "German Visa appointments for sale". In: Kosovo 2.0, [online] http://archive.kosovotwopointzero.com/en/article/2163/terminet-per-viza-gjermane-ne-shitje [08.08.2017].

- Laudes, Salvador /Andrada Sanches, Fracisco (2015): "Eulex: A mission in need of reform and with no end in sight". In: Elcano Royal Institute, [online] http://www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/web/rielcano\_en/contenido?WCM\_GLOBAL\_CONTEXT=/elcano/elcano\_es/zonas\_es/europa/ari41-2015-llaudes-sanchezandrada-eulex-mission-need-reform-no-end-in-sight [08.08.2017].
- Schengen Visa Info: Schengen Visa statistics by third country-2016, [online] https://www.schengenvisainfo.com/schengen-visa-statistics-thirdcountry-2016/ [27.07.2017]
- Transparency International (2014): Corruption Perceptions Index 2014:
  Results, [online] https://www.transparency.org/cpi2014/results
  [27.07.2017].
- Transparency International (2016): Corruption Perceptions Index 2016, [online] https://www.transparency.org/news/feature/corruption\_ perceptions\_index\_2016 [27.07.2017].
- Transparency International (2016): Corruption Perceptions Index 2016, [online] https://www.transparency.org/news/feature/corruption\_perceptions\_index\_2016 [27.07.2017].





St.-Markus-Kirche, direkt neben dem Parlament gelegen, Zagreb

# "Auf soziale und wirtschaftliche Fragen braucht es soziale und wirtschaftliche Antworten aber keinen Nationalismus."

### Interview mit Josip Juratović, MdB

geführt von Martina Poljak - Berlin

A ach dem Beitritt in die EU 2013 hat Kroatien vor N allem in zwei Situationen von sich hören lassen: das eine Mal als Transitland während der großen Welle geflüchteter Menschen aus dem Südosten, das andere Mal während der Regierung von Tihomir Orešković, die es nicht geschafft hat, den radikalen rechten Flügel der konservativen HDZ in Schach zu halten. Dies führte zu einer extremen Verschlechterung des allgemeinen Gesellschaftsklimas und einer noch tieferen Spaltung der kroatischen Gesellschaft. Im folgenden Interview befrage ich den kroatisch-stämmigen Bundestagsabgeordneten der SPD Josip Juratović zu seiner Sozialisierung in Deutschland, seinem sozialdemokratischen Engagement, aber vor allem zu seiner Beurteilung der Situation Kroatiens und des Balkans im Allgemeinen.

**OJ**: Ihrer Biographie zufolge wurden Sie in Jugoslawien geboren und sind 1974 Ihrer Mutter nach Deutschland gefolgt. Können Sie uns Näheres über die Gründe Ihres Umzugs und Ihre ersten Erfahrungen in Deutschland sagen?

Josip Juratović: Meine Mutter hatte bereits einige Jahre in Deutschland gearbeitet; ich war bei meinen Großeltern aufgewachsen und habe im ehemaligen Jugoslawien meinen Schulabschluss gemacht. Mit 15 Jahren bin ich zu meiner Mutter gezogen, habe den deutschen Hauptschulabschluss gemacht und ein berufsvorbereitendes Jahr. In Gundelsheim war ich auch wegen der Sprache sehr schnell in der Jugend-Szene integriert, zumal ich ein sehr kontaktfreudiger Mensch bin.

**OJ**: Wie sah die Integration damals aus? Was hat sich geändert?

Josip Juratović: Mein größtes Glück ist, dass meine Mutter in einem kleinen Ort lebte. In Gundelsheim hatte ich gar keine andere Möglichkeit, als mich zu integrieren. Deswegen lautet meine Empfehlung für Migrantinnen und Migranten auch heute noch, nach Möglichkeit in kleine Orte zu ziehen. Die Anonymität der Großstadt macht es schwieriges, Anschluss zu finden – selbst wenn man möchte. In kleinen Orten gibt es häufig feste Vereinsstrukturen und nachbarschaftliche Hilfe – so wurde auch ich bald Mitglied im Karnevalsverein und hatte meine Clique. Die deutsche Sprache konnte ich dadurch recht schnell lernen.

**OJ:** Falls Sie eine politische Motivation hatten, Jugoslawien zu verlassen, können Sie uns schildern, wie Sie das Land damals wahrgenommen haben?

Josip Juratović: Ich bin nicht aus politischen Gründen ausgewandert, aber natürlich habe ich eine politische Meinung zum ehemaligen Jugoslawien. Seine

Entwicklung habe ich ja auch noch sehr intensiv verfolgt, als ich nicht mehr dort lebte. Nach meiner Erinnerung wurde im ehemaligen Jugoslawien viel von Moral geredet, die nicht gelebt wurde. Die Menschen wurden in einem kollektivistischen Kerker gehalten. Diese Tendenzen sind leider bis heute sehr verbreitet – inzwischen sichtbar durch den Nationalismus.

"Jugoslawien war eine sozialistische Diktatur. Viele unschuldige Menschen haben aus politischen Gründen unter dem Regime gelitten. Das ist unverzeihlich und deswegen distanziere ich mich von unreflektierter Nostalgie. Gleichzeitig hat der "Jugo-Kommunismus" in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht viel Positives erreicht; er hat der großen Mehrheit der ehemaligen Jugoslawen ein besseres Leben ermöglicht. Beides muss man für die Beurteilung betrachten." - Josip Juratović

**OJ**: Wie sieht Ihre Beurteilung des jugoslawischen Staates und seines blutigen Zerfalls heute aus?



Josip Juratović: Jugoslawien war eine sozialistische Diktatur. Viele unschuldige Menschen haben aus politischen Gründen unter dem Regime gelitten. Das ist unverzeihlich und deswegen distanziere ich mich von unreflektierter Nostalgie. Gleichzeitig hat der "Jugo-Kommunismus" in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht viel Positives erreicht; er hat der gro-

ßen Mehrheit der ehemaligen Jugoslawen ein besseres Leben ermöglicht. Beides muss man für die Beurteilung betrachten.

Der blutige Zerfall war die Folge des Nationalismus und der Großmachtphantasien einzelner Akteure, die es tatsächlich schafften, Massen von Menschen zu manipulieren und für den Krieg zu mobilisieren. Das Freundbild wurde zum Feindbild. In diesem furchtbaren Krieg haben sich auch die internationalen Akteure durch ihr Wegschauen und ihr falsches Handeln mitschuldig gemacht – besonders im Fall Srebrenica. Heute ist es zu bedauern, dass einige aus diesem Krieg nichts gelernt haben. Auch heute noch werden Kriegsverbrecher auf allen Seiten offen verehrt. Das halte ich für gefährlich. Trotzdem denke ich, dass die einfachen Menschen nicht mehr somanipulierbar sind wie früher. Sie wollen nur eins:

leben in Würde und Wohlstand. Das haben sie verdient. Das sollte ihnen die Politik auch bieten.

**OJ**: Sie haben sich in Deutschland gegen den Krieg in Jugoslawien engagiert, als Sie die Initiative "Novi Most – Neue Brücke" gegründet haben. Wie war die Wahrnehmung des Krieges in Deutschland aus Ihrer Perspektive und der anderer Auswanderer aus Jugoslawien?

Wir haben mitgelitten. Und wollten natürlich nicht tatenlos zuschauen, wie unsere Freunde, unsere Familie, alle unschuldigen Menschen die Qualen des Krieges ertragen müssen. Also habe ich innerhalb



der IG Metall die Initiative Novi Most mitgegründet, um dem Hass in Jugoslawien entgegenzuwirken und friedliche Lösungen voranzubringen. Da mir dies nicht ausreichte, habe ich Flüchtlinge jedweder Nationalität, Serben, Kroaten und Bosniaken, in mein Haus aufgenommen. Es sind manchmal auch die kleinen Schritte, die die Toleranz zwischen den Menschen fördern.

**OJ**: Sie sind gebürtiger Kroate. Wie haben Sie die Unabhängigkeitserklärung Kroatiens aufgenommen? Waren Sie ein Befürworter? Wenn ja, warum? War Ihrer Meinung ein Krieg absehbar?

Josip Juratović: Ich war kein euphorischer Befürworter der Unabhängigkeitserklärung, da ich wusste, dass diese zu Sezessionskriegen führen würde. Heute kann ich aber gut mit der Unabhängigkeit leben. Die Menschen wollten in autonomen Staaten leben und dieses Recht sollte ihnen nicht vorenthalten werden. Dieser Prozess der Staatenbildung hätte jedoch friedlich verlaufen müssen. Ich denke,

dass der Krieg schon seit den 1980er Jahren absehbar war, denn die Zukunft dieser Staaten wurde nicht von Demokraten gestaltet, sondern von National-Kommunisten. Leider hat dies die freie Welt nicht sonderlich gekümmert.

"Es ist die Aufgabe unserer Generation, an diese Opfer zu erinnern und auf die Gefahren des Faschismus, seiner Symbole, seiner Rhetorik und Dynamik, zu warnen. Dies müsste einem EU-Land wie Kroatien klar sein." - Josip Juratović

OJ: Sie sind erklärter Gegner des Nationalismus, auch im Hinblick auf Deutschland, und überzeugter Europäer. Nun, vor allem in linken Kreisen gilt die These, dass es Titos Verdienst gewesen sei, die vielen Völker und Religionen auf dem Balkan in einem friedlichen Staat geeint zu haben, auch wenn oft unter zweifelhaften Umständen. Es ist unumstritten, dass der Staat als ein antifaschistischer gegründet wurde und bis zum Zerfall eine bessere Wirtschaftslage bot, als es heute in den postjugoslawischen Ländern zu verbuchen ist. Die Länder sind von hoher Arbeitslosigkeit, vor allem Jugendarbeitslosigkeit, und der Auswanderung von Gebildeten und Fachkräften geprägt.Glauben sie. dass das antifaschistische Erbe in den Nachfolgestaaten der SFRJ heute in Gefahr ist? Wie kommentieren Sie das dubiose Verhältnis der derzeitigen kroatischen Regierung im Hinblick auf Jasenovac, d.h. den Holocaust?

Josip Juratović: Wenn ich mich im ehemaligen Jugoslawien umschaue, sehe ich viele Menschen, die das antifaschistische Erbe pflegen. Das muss nicht bedeuten, dass sie sich irgendeiner politischen Richtung der Geschichte verschrieben haben. Aber sie arbeiten für den Frieden, für die Versöhnung – und tun dies ganz selbstverständlich über die heutigen Staatsgrenzen hinweg. Das ist für mich antifaschistische und antinationalistische Arbeit. Wir sollten

nach Möglichkeiten suchen, mit denen wir diese reformorientierten Kräfte in den Westbalkanstaaten unterstützen. Zu diesen Kräften zähle ich insbesondere die Zivilgesellschaften.

Die unzureichende geschichtliche Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit hat unter anderem dazu geführt, dass das ehemalige Konzentrationslager Jasenovac vom rechten Lager, aber auch von vielen unkundigen Bürger/innen, als ein reines Arbeitslager verstanden wird, in dem Menschen während des Zweiten Weltkriegs nicht systematisch umgebracht wurden. Dies stimmt nicht. In Jasenovac wurden nach dem jetzigen Kenntnisstand 83.145 vor allem Serben, Juden, Roma und politisch Andersdenkende auf sehr grausame Art von den faschistischen Ustascha systematisch ermordet. Es ist die Aufgabe unserer Generation, an diese Opfer zu erinnern und auf die Gefahren des Faschismus, seiner Symbole, seiner Rhetorik und Dynamik, zu warnen. Dies müsste einem EU-Land wie Kroatien klar sein.

Die Tragödie des Westbalkans ist, dass quer durch alle Konflikte und alle Konfliktparteien die Verbrechen der Vergangenheit negiert und verharmlost werden, statt sie aufzuarbeiten.

**OJ**: Warum ist die Wirtschaftslage der Balkan-Länder Ihrer Meinung nach so schlecht und welche Zukunftsperspektive haben sie?

Josip Juratović: Weil die Staaten des Westbalkans nicht ordentlich zusammenarbeiten. Und weil sich eine korrupte Elite am Gemeinschaftseigentum der Gesellschaften bereichert. Die Westbalkanstaaten sollten sowohl untereinander als auch zur Europäischen Union hin besser angebunden werden. Außerdem handelt es sich bei den Westbalkanstaaten um kleine Marktwirtschaften, für die eine stärkere Kooperation existenziell ist. Deswegen sind der Regionale Kooperationsrat und die CEFTA zu stärken. Aber auch das Berufsbildungssystem und die Gewerkschaften müssen perspektivisch besser werden, damit es mit den Ländern bergauf geht!

\_lch würde mir wünschen. dass beide Länder mehr miteinander. als gegeneinander arbeiten würden - wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich. Die Staaten müssen vor allem den Frieden stahilisieren. Letztlich werden davon Generationen profitieren. Hier ist auch die Schulpolitik gefragt. Es sollten beispielsweise Austauschschulprojekte organisiert werden. Die Kinder sollen lernen, dass ihre Nachbarn vollkommen in Ordnung sind. Dies ist nur ein Beispiel von vielen, wie die bilaterale Beziehung nachhaltig verbessert werden könnte." - Josip Juratović

**OJ**: Wie beurteilen Sie die bilateralen Beziehungen zwischen Serbien und Kroatien?

Josip Juratović: Ich würde mir wünschen, dass beide Länder mehr miteinander, als gegeneinander arbeiten würden – wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich. Die Staaten müssen vor allem den Frieden stabilisieren. Letztlich werden davon Generationen profitieren. Hier ist auch die Schulpolitik gefragt. Es sollten beispielsweise Austauschschulprojekte organisiert werden. Die Kinder sollen lernen, dass ihre Nachbarn vollkommen in Ordnung sind. Dies ist nur ein Beispiel von vielen, wie die bilaterale Beziehung nachhaltig verbessert werden könnte.

**OJ**: Wer trägt Schuld an der evidenten Verschlechterung auf bilateraler Ebene?

Josip Juratović: Auf beiden Seiten gibt es Politiker, die den Konflikt immer wieder befeuern. Ihr gefähr-

liches Spiel ist ganz klar: Sie wollen mit nationalistischer Rhetorik punkten und brauchen dafür die Auseinandersetzung mit dem Nachbarland. Eine perfide Strategie, die aber leider quer durch die Parteien auf beiden Seiten der Grenze angewandt wird, um ihre Ideenarmut zu kaschieren. Das gute ist: Viele Menschen verstehen diese perverse Logik und lassen sich auf das Spiel nicht ein.

**OJ**: Wir lesen auch allemal wieder Beurteilungen fremder und heimischer Medien über einen neuen potenziellen Krieg auf dem Balkan. Reproduziert dies das Stereotyp vom "Pulverfass Balkan" oder steckt mehr dahinter?

Josip Juratović: Die Lage war in den vergangenen zwei Jahren tatsächlich mehrmals so angespannt, dass ein Funken gereicht hätte, um das "Pulverfass" zu entzünden. Berichterstatter wandeln natürlich auf einem schmalen Grat: Schreiben sie nichts, ist nachher das Klagen groß, weil die Verschlechterung der Lage nicht kommuniziert wurde. Schreiben sie doch, steht der Vorwurf im Raum, Vorurteile zu wiederholen. Da bevorzuge ich den ersten Weg. Es ist wichtig, dass wir hier in Deutschland und der EU über die Vorgänge auf dem Westbalkan gut informiert sind. Wir brauchen die Berichterstattung, um bei der Krisenprävention unterstützen zu können.

**OJ**: Oft wird der Nationalismus auf dem Balkan als besonderes Phänomen, v.a. im Hinblick auf den letzten Krieg, hervorgehoben. Ist der Nationalismus auf dem Balkan ausgeprägter als woanders?

Josip Juratović: Fidesz- und Jobbik-Wähler in Ungarn, PiS-Wähler in Polen, und auch AfD-Wähler kommen meines Wissens nach nicht vom Balkan. Es ist also kein besonderes Phänomen dieser Region. Es ist eine gemeinsame Aufgabe in Europa und der Welt, sich diesem Nationalismus entgegenzustellen. Auf soziale und wirtschaftliche Fragen braucht es soziale und wirtschaftliche Antworten – aber keinen Nationalismus.

**OJ**: Wie ist Ihre Kommunikation mit Politiker\*innen aus der Region, v.a. in Kroatien und Serbien?

Josip Juratović: Ich pflege politische und private Kontakte schon seit Jahrzehnten. Als Außenpolitiker bin ich zusätzlich häufig auf Reisen in der Region unterwegs; sowohl mit Delegationen des Bundestages als auch allein oder im Rahmen von Begegnungen innerhalb der sozialdemokratischen Familie. Dabei pflege ich viele und intensive Kontakte auf allen Ebenen – immer mit dem Ziel, Frieden und Wohlstand für die Menschen zu erreichen.

**OJ**: Haben Sie Verbindungen zur kroatischen SDP und wie bewerten Sie den neuen Parteivorsitzenden Davor Bernardić?

Josip Juratović: Zur Sozialdemokratischen Partei habe ich natürlich Verbindungen – nicht nur in Kroatien, sondern auch auf dem ganzen Westbalkan. Ich habe Davor Bernardić bei seiner Kandidatur zum SDP-Vorsitzenden unterstützt und freue mich, dass mit ihm die junge Generation Verantwortung übernommen hat.

OJ: Euroskeptiker\*innen, darunter sowohl linke als auch rechte, waren gegen den EU-Beitritt Kroatiens. Bei den rechten dominierte die Meinung, man würde erneut seine hart erkämpfte Unabhängigkeit verlieren und in einen Staatenbund eintreten, der dem jugoslawischen nicht unähnlich sei. Die linken Gegner\*innen des EU-Beitritts beriefen sich auf wirtschaftliche Ungerechtigkeiten, die vor allem osteuropäische EU-Länder betreffen. Die deutsche Exportpolitik, die im EU-Wirtschaftsraum vor allem kleineren Ländern im Osten, Süden und Südosten schade, habe zu hoher Arbeitslosigkeit und letztlich Auswanderung geführt. Qualifizierte Arbeitskräfte wären demnach in den Westen ausgewandert, nach Deutschland oder Großbritannien z.B., wo wir starke rechtspopulistische Tendenzen vorfinden und eine Schlechterstellung ausländischer Arbeitskräfte. Da fällt v.a. das Beispiel polnischer Arbeiter\*innen in Großbritannien ein. Wie stehen Sie zu den EU-Perspektiven der Balkan-Länder im Hinblick auf Wohlstand und Besserung der Lebensverhältnisse für die ganze Bevölkerung?

Josip Juratović: Wenn ich mir die Entwicklung Polens seit dem EU-Beitritt anschaue, kann ich Polen nur gratulieren. Polen ist in der EU seit Jahren führend, was das Wirtschaftswachstum angeht. Auch die Löhne steigen. Außerdem hat Polen natürlich massiv von den europäischen Geldern profitiert: bei der Infrastruktur, in der Landwirtschaft und auch bei Wissenschaft und Forschung. Natürlich gab es viel Auswanderung - aber inzwischen kehren viele gut gualifizierte Polinnen und Polen zurück, weil der Arbeitsmarkt das hergibt. Anders ist es auf dem Westbalkan, wo die Jugend seit Jahren auswandert, ohne zurückzukehren. Insofern ist Polen aus meiner Sicht ein gutes Beispiel, warum die Westbalkanländer ihre Anstrengungen maximieren sollten, um ihre politischen Systeme und ihre Wirtschaft fit für den EU-Beitritt zu machen.

"Die EU ist in jeglichem Bereich Serbiens wichtigster Partner. Gleichzeitig hat Serbien traditionell starke emotionale Beziehungen zu Russland. Das schließt sich nicht aus. Doch auch hier ist man gut beraten, die Debatte nicht nationalistisch, sondern im Sinne der gegenseitigen Zusammenarbeit zu führen." - Josip Juratović

**OJ**: Welcher ist Ihr Standpunkt in Bezug auf den Kosovo?

**Josip Juratović**: Kosovo und Serbien müssen ihre Beziehungen normalisieren. Dabei ist beiden Seiten geholfen, wenn sie den Nationalismus vermeiden.

**OJ**: Welche ist Ihre Meinung im Hinblick auf die serbisch-russischen bilateralen Beziehungen und welchen Einfluss nehmen diese auf Serbiens EU-Beitrittsperspektive?

Josip Juratović: Die EU ist in jeglichem Bereich Serbiens wichtigster Partner. Gleichzeitig hat Serbien traditionell starke emotionale Beziehungen zu Russland. Das schließt sich nicht aus. Doch auch hier ist man gut beraten, die Debatte nicht nationalistisch, sondern im Sinne der gegenseitigen Zusammenarbeit zu führen.

**OJ**: Welche Position nehmen Sie im Hinblick auf den slowenisch-kroatischen Territorialstreit um die Bucht von Piran ein? Sollte die EU intervenieren?

Josip Juratović: Die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit ist ein wertvolles Instrument des Völkerrechts und spielt eine wichtige Rolle für die Beilegung zwischenstaatlicher Konflikte. Slowenien und Kroatien haben sich in einer bilateralen Angelegenheit 2009 gemeinsam einem internationalen Schiedsgerichtsverfahren unterworfen. Ganz unabhängig vom Inhalt der Entscheidung ist es ein wichtiges Prinzip des Völkerrechts, dass Entscheidungen von Schiedsgerichten zu befolgen und von den Parteien zu implementieren sind. Die Bewahrung der Integrität der internationalen Gerichtsbarkeit liegt im gemeinsamen Interesse aller Staaten. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen.

**OJ**: Wie sehen Sie die Zukunft der Beziehungen Deutschlands zu den Balkan-Ländern, konkret v.a. Kroatien und Serbien?

Josip Juratović: Unsere Beziehungen sind eng und sie werden eng bleiben. Dabei spielen die Menschen mit Wurzeln auf dem Westbalkan eine wichtige Rolle. Sie stellen eine wichtige Brücke zwischen den Gesellschaften hier und dort dar – persönlich, aber auch politisch und wirtschaftlich. Deutschland wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass alle Staaten des Westbalkans EU-Mitglieder werden.



# Offene Grenzen? Na logisch!

Stefan Hartmann - Leipzig

"Visafrei bis Hawaii" lautete eine Parole auf den Leipziger Montagsdemonstrationen 1989. Mittlerweile deuten die überdurchschnittlich hohen Stimmenanteile der AfD in Ostdeutschland (Brandenburg 19,4%, Thüringen 22,5%, Sachsen 25%) darauf hin, dass viele Wählerinnen und Wähler in Ostdeutschland genug von einer globalisierten Welt haben. Sie plädieren für geschlossene Grenzen in der Hoffnung, das eigene Hab und Gut vor "Armutseinwanderung" zu schützen. Die Gründe für das erfolgreiche Abschneiden der AfD dürften vielfältig sein.

Die Grenzen sind offen. Die Globalisierungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte – eigentlich sogar der letzten 150 Jahre – haben für Güter und Dienstleistungen sowie für Finanzströme jeglicher Art eine Vielzahl von Grenzen eingerissen. Auf der ideologischen Grundlage des Wirtschaftsliberalismus ist der Freihandel einer der zentralen Leitgedanken der internationalen Beziehungen zwischen Staaten und Staatenbünden geworden.

Für Menschen, die ab und an Texte von Karl Marx lesen, ist dies weder überraschend noch neu. Bereits im Manifest der Kommunistischen Partei formulierte dieser gemeinsam mit Friedrich Engels: "Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt" und die "Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumption aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird,

durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden."

Soweit der bereits 1848 sichtbare Stand der Dinge. Seitdem hat sich selbstverständlich noch mehr getan. Wofür existieren also nun noch Grenzen, denn deren weitere Existenz ist ja offensichtlich. Vor allem existieren Grenzen zwischen Staaten bzw. Staatenbünden für deren Bevölkerungen. Wer sein Land verlassen will und in ein anderes einreisen möchte, muss wenigstens eine ganze Reihe von Verwaltungsakten durchlaufen – in seinem eigenen Land und dem Zielland. Tut er das nicht oder wird er abschlägig beschieden - z.B. durch Verweigerung von Pass oder Visum - kann er sich nicht wie gewünscht bewegen. Allerdings ist schon an dieser Stelle ein deutlicher Unterschied zu bemerken, welchem Teil der Bevölkerung der Möchtegernreisende angehört. Verfügt er über ausreichend Finanzen oder gar Kapital, fällt ihm die Bewegung über fast jede Grenze hinweg leicht. Als ausreichend reicher Mensch kann man sowohl ein Penthouse in New York, eine Villa auf Bali und ein Landhaus an der Côte d'Azur nicht nur bewohnen, sondern von dort aus seinen kapitalvermehrenden Tätigkeiten nachgehen. Ob Baden-Baden oder St. Moritz - bei hervorragender Work-Life-Balance kann der Bourgeois nahezu grenzenlos leben und arbeiten und wird hofiert und herbeigewünscht. Wenn er dann da ist mitsamt der Corona an mehr oder weniger famosen Künstlern und Schauspielern, Politikern und Halbweltbewohnern, wird er gern fotografiert und mit seinem herausragenden Leben in bunten Magazinen zur Schau gestellt und bewundert - wenn er das denn will.

Wenig überraschend gibt es aber einen anderen Teil der Bevölkerung, für den diese Beschreibungen eher nicht zutreffen. Zum Beispiel für Menschen, die sich, manchmal eher schlecht als recht, mühsam ihren Jahresurlaub durch eine kleine Reise versüßen – je nach Vorliebe in ein warmes oder kaltes Land und dort – ebenso unter ihresgleichen wie der Bourgeois mit den seinen – drei oder vier Wochen der Ausbeutung entfliehen. Auch wenn sie dann z.B. auf

Mallorca oder bei langem Sparen auf den Malediven ihrer Arbeit nicht nachgehen (was ihnen im Ernst auch niemand wünschen möchte), können sie doch ihr Land verlassen, bekommen was geboten und sind freudig empfangene Gäste. Vielleicht haben sie auch das Glück, mit einer geeigneten Ausbildung ihrem Beruf mal in einem anderen Weltteil nachgehen zu können.

Doch ein Teil der Bevölkerung hat ein echtes und tiefgreifendes Problem bei der Überwindung von Grenzen. Zum Beispiel diejenigen Menschen, die "plötzlich und gewaltsam von ihren Subsistenzmitteln losgerissen und als vogelfreie Proletarier auf den Arbeitsmarkt geschleudert werden", um noch einmal Marx zu zitieren, diesmal in seiner Beschreibung der ursprünglichen Akkumulation im Kapital. Denn die oben genannte Globalisierung produziert Jahr für Jahr und Tag für Tag weiterhin - vor allem in den Ländern, die kleinere oder schwächere Ökonomien haben oder in denen Subsistenzwirtschaft eine wesentliche Rolle spielt – diese doppelt freien Lohnarbeiter. Die nicht mehr zum Markte tragen können als ihre eigene Haut. Diese Menschen - diese Aber- und Abermillionen Menschen - sind jedoch nicht so gern gesehen und freudig empfangen, weder in Baden-Baden noch in New York. Sie bekommen weder Visum noch Hotelzimmer, sondern ein löchriges Boot und oft genug ein nasses Grab, wenn sie es doch wagen, aus welchen Gründen auch immer. Grenzen überschreiten wollen.

Die Grenzen sind geschlossen. Für all diejenigen, die am härtesten von der kapitalistischen Ausbeutung und den damit verbundenen Prozessen betroffen sind. Die Grenzen teilen nicht die Bourgeoisie, sondern all die, die im besten Fall mit ihrer Arbeit ihr Leben fristen können. Sie teilen und trennen die, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren und doch davon nur wenig haben. Wem also nützen Grenzen? Grenzen, die für fast alles durchlässig sind, nur nicht für die Habenichtse?

Deshalb lasst uns für offene Grenzen kämpfen. Alles andere wäre unlogisch.



# Seit 20 Jahren existiert eine neue Stadt auf der deutsch-polnischen Grenze:

### Michael Kurzwelly im Interview über Słubfurt

geführt von Stefan Kunath - Frankfurt an der Oder

s ist ein grauer Herbsttag in Frankfurt (Oder) – im Stadtteil Furt, wie Michael Kurzwelly sagen würde, der Erfinder von Słubfurt, einer neuen Stadt an der Oder, bestehend aus den ehemaligen Städten Frankfurt (Oder) und Słubice. Wir sind verabredet am Brückenplatz, an dem sich eine alte Sporthalle befindet. Auf dem Dach steht mit großen Lettern "Parlament" geschrieben. Vor dem Gebäude steht ein Schild mit dem Wappen der Stadt Słubfurt. Darauf ist geschrieben: "Dies ist ein offener Ort. Alle dürfen sich hier zuhause fühlen und ihre Ideen einbringen." Übersetzt ist der Satz in weitere Sprachen: Polnisch, Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Arabisch... Drinnen sitzt Michael Kurzwelly, der eine Besprechung mit einem Kollegen führt. Ich nehme Platz auf einer Couch und bereue ein weiteres Mal. in der Schule keinen Polnischunterricht gehabt zu haben, denn die beiden reden ohne Unterbrechung auf Polnisch. Bis zum Interview nutze ich die Zeit

und lese die Słubfurter Zeitung, die dort ausgestellt liegt. Sie erscheint auf Deutsch und Polnisch. Darin finden sich Berichte über das Stadtleben. In einem Kommentar fordert eine Słubfurter Bürgerin einen botanischen Garten für die Stadt, wie es ihn eben in jeder anderen europäischen Hauptstadt gibt.

OJ: Herr Kurzwelly, was muss man über Słubfurt wissen, wenn man noch nie davon gehört hat? MK: (lacht) Na gut, das ist natürlich klar. Frankfurt und Słubice wurden 1999 aufgelöst und zusammengeführt zur Stadt Słubfurt. Also dem Stadtteil Słub auf post-polnischer Seite und dem Stadtteil Furt auf post-deutscher Seite. Warum? Ganz einfach, weil die Menschen beiderseits der deutsch-polnischen Grenze Identifikationsprobleme hatten. Unser Ziel war es, eine neue Identifikation anzubieten. Wir wissen ja, dass die Wirklichkeit eine Konstruktion ist. Das heißt, im Grunde sind auch Deutschland und Po-

len Wirklichkeitskonstruktionen, die es nur deshalb gibt, weil es eine genügende Anzahl von Leuten gibt, die daran glauben. Wenn sich das jetzt ändert und die Leute anfangen, an etwas anderes zu glauben, dann ändert sich das auch. Das ist ganz einfach. Słubfurt ist eine neue Wirklichkeitskonstruktion und damit auch ein neues Angebot, sich mit einem neuen Raum zu identifizieren. So wurde 1999 die Stadt Słubfurt gegründet und 2000 in das Register der europäischen Städtenamen eingetragen. Seitdem entwickelt sich Słubfurt prächtig. Außerdem ist Słubfurt die erste Stadt, die sich nicht aus der Vergangenheit in die Zukunft, sondern aus der Zukunft in die Gegenwart entwickelt. Das heißt, wir feiern kein tausendjähriges Bestehen oder zehnjähriges oder siebzehnjähriges und so weiter, sondern wir wachsen aus der Zukunft und das ist das Eigentliche, was uns interessiert.

### OJ: Wie sehen die Aktivitäten in der Stadt Słubfurt aus?

MK: Wir haben erstmal alle Strategien durchgespielt, die der nationalstaatliche Raum benutzt, um Identifikation zu erzeugen. Es ging darum, dass sich die Menschen mit Słubfurt identifizieren. Als erstes haben wir also eine Mauer gebaut um Słubfurt herum. Die Grenzen von Słubfurt haben wir nach der Mengenlehre festgelegt. Also wir haben eine Einheit aus Polen, eine Einheit aus Deutschland. Da, wo sich beide Einheiten berühren, haben wir einen Zirkel eingestochen, einen neuen Kreis gezogen um Słub und Furt herum und auf dieser Linie haben wir angefangen eine Mauer zu bauen.

#### OJ: Und die Mauer kann man sich anschauen?

MK: Genau, die kann man sich anschauen. Eine steht am Platz der Leere im Stadtteil Słub, ehemals Platz Bohaterów, was auf Deutsch hieß, Platz der Helden. Helden gibt es ja nicht mehr, deswegen nun Platz der Leere. Und hier im Stadtteil Furt ist sie am Dreiländereck, da wo Deutschland, Polen und Kaufland aneinander treffen. Die Mauer ist jeweils 25 Meter lang. Das reicht auch, weil dann wissen die Leute, ich bin jetzt hier in Słubfurt. Und jetzt können sie auch ein Stück Mauer im Vorgarten bekommen, wenn sie etwas entsprechend zahlen an die Stadt Słubfurt natürlich.

### OJ: Also doch nicht weg mit den Grenzen?

MK: Ein Raum braucht seine Grenzen, um ihn als seinen Raum erleben zu können. Ich halte überhaupt nichts von dem Geschwafel 'Grenzen weg!'. Das ist verlogen. Grenzen gibt es immer. Schon die Haut ist unsere Grenze. Die Frage ist nur, wie ist denn die Grenze beschaffen? Und wie wollen wir sie behaupten? Und auch da können wir gucken, wie der Nationalstaat verschiedene Narrationen ausbildet, um seine Grenzen zu behaupten.

### OJ: Zuerst kam also die Mauer. Was kam als Nächstes?

MK: Dann kam die Umbenennung der Straßen. Jede Ideologie, jedes System musste sich auch in den Straßennamen niederschlagen. Künstler werden instrumentalisiert. Es gibt Nationalstaaten, die sagen: "Das sind unsere Künstler." Deutschland beruft sich natürlich auf Goethe, Schiller, Kleist. Aber interessant wird es auch bei Nikolaus Kopernikus, den Polen für sich genauso beansprucht wie Deutschland. Da sieht man, wie absurd das ist. Kopernikus hat zu einer Zeit gelebt, als es den Nationalstaat noch gar nicht gab. Kopernikus hat Polnisch gesprochen. Er hat mit Sicherheit auch Deutsch gesprochen und Latein als Sprache der Gelehrten. Wenn du ihn gefragt hättest, "Sind sie Deutscher oder Pole?", dann hätte er dir den Vogel gezeigt. Heute gibt es aber regelrechten Streit: "Wem gehört der eigentlich?" Der gehört niemanden, nur sich selber. Aber diese Mechanismen funktionieren. Beim Sport funktioniert das auch prima. Der Sportler hat eine Fahne auf der Brust, rennt durch die Gegend und gewinnt und eine ganze Nation freut sich. Das ist Monty Python pur.

### OJ: Zur Identifikation mit einer Gemeinschaft gehört die Teilnahme der Mitglieder. Wie ist es damit in Słubfurt bestellt?

MK: Als die Identifikation mit dem Raum gewachsen ist, ging es natürlich darum, dass die Słubfurter darüber selber entscheiden wollten, was in ihrem Stadtraum passiert oder nicht. Also haben wir dann die ersten Kommunalwahlen von Słubfurt durchgeführt. Studenten der *Viadrina*, ich habe dort einen Lehrauftrag, die hatten sich das ausgedacht. Wir haben das Grundgesetz von Słubfurt entwickelt mit der Wahlordnung.Die besagt, es müssen mindestens zwei Słuber und zwei Furter zusammenkommen, um eine Partei zu gründen. Das wurde per Speed-Dating gelöst und so entstanden dann sieben Parteien. In beiden Stadtteilen hatten wir dann über 600 Wahlplakate zu hängen. Wer noch keinen Ausweis hatte, konnte auch noch schnell eine Greencard bekommen und dann noch wählen.

### OJ: Wie läuft die Arbeit im Parlament ab?

MK: Wir haben regelmäßig Sitzungen des Słubfurter Parlaments. Nur die Parteien gibt es nicht mehr. Das heißt, jeder, der kommt, und teilnimmt an so einer Sitzung, ist automatisch Stadtverordneter und hat eine Stimme. Insofern entwickelt Słubfurt als eine Art Labor nicht nur einen neuen Denk-, sondern auch einen neuen Handlungsraum. Jetzt sitzen wir hier am Brückenplatz im Café Blabla. Das wurde von Bürgerinnen und Bürgern aus Słubfurt selbst entwickelt. Das sind alles unterschiedliche Leute, die ihre ldeen eingebracht haben und deshalb gibt es auch Słubfurt noch. In eine ganze Stadt, da passt einfach unglaublich viel rein. Wir haben Radio Słubfurt, wir haben unsere eigene Währung, wir haben die ZeitbankCzasu.Wir sind auch eine Solidargemeinschaft. Alle Geflüchteten bekommen natürlich sofort von uns einen Ausweis. Und Słubfurt ist seit 2010 auch Hauptstadt von Nowa Amerika. Wir haben die gesamte deutsch-polnische Grenzregion umgedeutet. Und auch hier haben wir genau dieselben Strategien genommen, die schon mal verwendet wurden.

### OJ: Nowa Amerika? Neues Amerika? Weshalb dieser Name für die deutsch-polnische Grenzregion?

MK: Den Namen 'Nowa Amerika', den haben wir uns nicht etwa ausgedacht, weil wir Amerika so toll finden. Friedrich der Große hat im 18. Jahrhundert das Warthebruch trocken gelegt, analog zum Oderbruch, und hat den Bauern, die nach Amerika auswandern wollten, gesagt:"Ihr bleibt hier.Hier ist euer neues Amerika!" Und er hat diesen Landstrich tatsächlich Neuamerika genannt. Es entstanden Siedlungen, die bekamen Namen wie New Hampshire, Florida, Jamaika, Sumatra, New York, Zaragossa, Savannah, Malta... Da haben wir gedacht: Das ist Wirklichkeitskonstruktion pur. Deshalb haben wir das übernommen für den gesamten deutsch-polnischen Grenzraum. Jetzt sind wir der Nabel der Welt. Und Berlin und Poznań sind am Arsch der Welt.

(Das Telefon von Kurzwelly klingelt. Die Tochter eines Geflüchteten ruft an. Kurzwelly klärt einige

organisatorische Angelegenheiten. Er warntdie Anruferin, dass sie ihn unter der polnischen Nummer angerufen hat und es teurer werden könnte.)

MK: Entschuldige mich. Da siehst du, das ist Słubfurt. In Słubfurt geht es nicht alleine um Deutsche und Polen. Słubfurt ist zwar hier an dem Ort und es ist auch ganz wichtig, dass Menschen aktiv sind, die hier in Słubfurt leben. Aber Słubfurt ist in gewisser Weise auch ein Modell, über das man global diskutieren kann. Słubfurt ist Denken und Handeln ienseits der Idee vom Nationalstaat. Alle Menschen. die hier leben, gehören zu Słubfurt. Deshalb haben alle Geflüchteten sofort einen Personalausweis von Nowa Amerika bekommen. Und hier auf dem Brückenplatz, Café Blabla, sind sehr viele Menschen aus Afghanistan. Mohammed macht Musik für uns. Majid hat einen Schlüssel. Riaz aus Syrien hat einen Schlüssel. Charlotte aus Kamerun hat einen Schlüssel. Aber auch Heidi aus Frankfurt hat einen Schlüssel. Sie musste im vergangenen Jahr bei uns Sozialdienst leisten. Sie war total gegen Ausländer. Heute ist sie ganz dick mit Charlotte befreundet. Das sind alles Leute, die sich einbringen. Diese Menschen machen die Energie aus. Gleichzeitig kann man von außen darauf schauen und sehen: es geht also tatsächlich, jenseits von der Idee Nationalstaat etwas zu entwickeln. Natürlich ist es woanders schwieriger, geradezu unmöglich, zum Beispiel an der israelisch-palästinensischen Grenze, so ein Projekt zu machen. Oder an der Grenze zwischen Nord- und Südkorea. Oder an der mexikanisch-amerikanischen Grenze. Es gibt aber genügend anderer Grenzen, wo man so arbeiten kann und wo das hier auch schon Alltag sein könnte. Słubfurt ist also ein Modell und ein Laborversuch.

# OJ: Wie haben denn, ich sage jetzt mal, die alten Stadtverwaltungen von Frankfurt (Oder) und Słubice auf die Idee reagiert. Wie war es, als das Projekt begann und noch unbekannt war?

MK: Das ist natürlich schon sehr lange her, 1999. Polen war noch kein Mitglied in der EU. Es war für die Leute wesentlich schwieriger, sich überhaupt vorzustellen, dass es mal so sein könnte. Im Grunde hat sich die Realität jetzt schon peu à peu in Richtung Słubfurt verändert. Es gibt natürlich immer noch zwei Stadtverwaltungen. Ich behaupte ja, es gibt nur eine Stadtverwaltung mit zwei Stadtteilbürgermeis-



tern von Słub und von Furt. Und dann gibt es noch den Oberbürgermeister von Słubfurt. Einerseits klingt das wie Zukunftsmusik. Andererseits leben wir es hier im Alltag. Das heißt, wir haben hier Parlamentssitzungen, in denen wir unsere nächsten Projekte beraten. Das ist zwar immer noch recht klein, aber es entwickelt einmal auf der lokalen Ebene Bürgergesellschaft mit einem Demokratieverständnis, das von unten funktioniert, wo eben nicht alle vier Jahre ein paar Politiker gewählt werden, die dann in meiner Verantwortung handeln. Ich bin selber als politisches Wesen in der Lage, diesen Raum zu gestalten mit allem, was ich einbringe. Wenn jemand in Słubfurt eine Idee hat, dann reicht es nicht, wenn er will, dass jemand anderes diese umsetzt. Er muss sich selber miteinbringen, denn ansonsten wird aus dieser Idee nichts. Das ist ein Lernprozess für die Leute. Es passiert dann Erstaunliches: Ich denke an Heidi. Sie ist seit 20 Jahren arbeitslos. Ihr fehlte nur eine Gruppe von Menschen, die sie so anerkannte, wie sie ist. Sie kam hierher und wollte erstmal mit Ausländern nichts zu tun haben. Sie wollte nicht im Garten arbeiten. Ich habe sie gefragt, was sie gerne macht. "Basteln", antwortete sie. Ich sagte: "Setz dich hier in das Café Blabla und bastle und wenn sich jemand dazusetzt und mitbasteln will, lädst du ihn dazu ein." So fing es an. Heute ist sie jemand, der regelmäßig hierherkommt, sauber macht, mithilft beim Renovieren. Das ist nur ein Fall. Wir können uns nicht rühmen, die halbe Stadt verändert zu haben. Słubfurt zeigt aber, dass wir ein anderes Modell von Arbeit brauchen, das sich nicht über Arbeit definiert, sondern über Leben, dass sich solche Menschen wie Heidi nicht mehr schämen brauchen oder als Mensch zweiter Klasse fühlen. Hier hat sie einen Raum gefunden, wo sie Mensch erster Klasse ist. Wir sagen: "Wir brauchen dich, es ist toll, was du hier machst." Außerdem hat ihre Freundschaft zu Charlotte auch Charlotte sehr geholfen, sich hier wohlzufühlen.

### OJ: Słubfurt ist ein soziales Kunstprojekt. Wie beschreiben Sie denn Ihr Kunstverständnis?

MK: Als wir angefangen haben, waren wir mit dem konservativen Kunstverständnis der Leute in dieser Gegend konfrontiert. Wir sind hier eben in der Provinz. Für die meisten ist Kunst Malerei, Bildhauerei, Grafik. Es muss am besten über das Sofa passen. Dann vielleicht noch Performance-Installation oder Videokunst. Aber alles immer gedacht in Medienkategorien. Słubfurt ist aber Wirklichkeitskonstruktion. Es ist ein konzeptionelles Projekt, das aber auch angewendet wird. Für viele Leute ist das nicht nachvollziehbar. Ich mache es aber ganz bewusst nicht so, dass ich sage: "Hier kommt jetzt ein Kunstprojekt, das können sie in der Galerie ausstellen." Sondern Słubfurt stellt sich in den Raum mit der Behauptung: "Diese Stadt gibt es. "Deshalb habe ich als allererstes alles an Substituten hergestellt, die eine Stadt braucht. Stadtwappen, Touristeninformation, Tourist Guide. Dann sehen die Leute sowas und wissen das nicht einzuordnen und denken: "Was fällt dem denn ein? Einfach selber eine Stadt gründen? Wer hat dem das erlaubt?" Auf polnischer Seite gab es anfangs Befindlichkeiten: "Da kommt jetzt ein

Deutscher und will Polen annektieren."

OJ: Wenn man während des Bundestagswahlkampfes die Stadtbrücke von Słubice nach Frankfurt (Oder) überquert, sieht man als erstes die Wahlplakate der AfD mit dem Slogan "Grenzen schützen!" – auch auf deutscher Seite gibt es Widerspruch.

MK: In Polen haben wir PiS. In Słubice gibt es *Narodowe Słubice*. Das ist eine Bewegung ohne Parteistatus. Das ist eine sehr kleine Gruppe von Leuten, erstaunlicherweise sehr junge Leute. Die haben Aufkleber hergestellt. Auf einem dieser Aufkleber ist das Stadtwappen von Słubfurt abgebildet und rot durchgestrichen. Das haben sie überall in den Hausaufgängen in Słubice geklebt. Dort gibt es also eine Gegenbewegung, für die Słubfurt ein rotes Tuch ist. Aber zu Beginn war es noch eine andere Richtung. Die Grenze war noch zu. Man stand hier in langen Schlangen. Dann gab es den Gedanke: "Jetzt wollen die Deutschen Słubice annektieren."

# OJ: Wie haben Sie damals auf diese Gedanken reagiert? Auf das konservative Kunstverständnis? Auf die Sorgen auf polnischer Seite, Słubfurt wäre ein Projekt zur Annexion von Słubice?

KM: 2003 habe ich zum Beispiel einen Film gemacht, wo ich eine virtuelle Touristengruppe durch Słubfurt führe. Dieser Film hat den Leuten die Herzen geöffnet, weil er sehr mit Humor arbeitet. Da stehe ich in der Schlange beim Grenzübergang und erzähle der Gruppe: "Hier gibt es die lange Schlange, weil unser Bürgermeister von Słubfurt immer Kaffee und Kuchen ausgibt und alle stellen sich in die Schlange und wollen auch ein Stück abhaben." In Wirklichkeit stehen sie natürlich da, um ihre Ausweise zu zeigen. In Słubice auf dem Basar gab es massenweise Gartenzwerge zu kaufen. Da habe ich mich mit dem Händler unterhalten und ihn gefragt, ob er bereit ist, sich filmen zu lassen. Ich habe ihn darum gebeten, nicht Słubice und nicht Frankfurt zu sagen und zu erklären, dass das seine Kunst ist. Und dann hat er dort erzählt und sich immer weiter reingesteigert. "Hier ist meine Edition von diesem Jahr: Maulwürfe!" (lacht) Diesen Humor, den haben die Leute verstanden. Es geht hier um eine humorvolle Hinterfragung.

### OJ: Kann man denn sagen, dass es bestimmte Gruppen oder bestimmte Typen von Menschen gibt, die bei Słubfurt mitmachen?

MK: (denkt nach) Es sind sehr unterschiedliche Berufsgruppen. Da müsste ich jetzt überlegen.

### OJ: Oder anders gefragt, sind es die ureingesessenen Frankfurter oder Słubicer, die da mitmachen?

MK: Es ist so, am Anfang hatten wir nur einen Frankfurter und die meisten waren eben Wessis. Auf polnischer Seite waren es Polen, die nicht hier in Słubice geboren und aufgewachsen sind, also Zugezogene. Das lag meines Erachtens daran, dass Zugezogene eher neugierig waren. In Frankfurt wurde ich erstmal komisch beäugt. Ist das ein Wessi? Der Besserwessi? Das haben die Leute sehr schnell rausgekriegt, alleine schon wenn ich Viertel nach zwei und nicht vierteldrei sage. Dann war klar:"Das ist ein Wessi." Obwohl, manchmal haben mich die Leute für einen Polen gehalten. Ich habe acht Jahre in Poznań gelebt und spreche fließend Polnisch. Ohne mir das zu sagen, haben sie mich als Alibi-Polen benutzt, bis sie dann rausgekriegt haben, das ist ja gar kein Pole. (lacht) Über den Lauf der Jahre hat sich das geändert, aber es gibt immer noch Leute, die finden das überhaupt nicht gut, was wir hier machen. Das merken wir auch an den Reaktionen in der Verwaltung. Wir machen halt einfach Dinge. Da macht dann die Verwaltungsstruktur Probleme, das Bauamt zum Beispiel oder das zentrale Immobilienmanagement. Ich habe jetzt in der Zeitung gelesen, es gibt zwei Interessenten, die dieses Gebiet hier kaufen wollen, um hier ein 5-Sterne-Hotel daraus zu machen. Da bin ich nochmal gespannt, wie sich das entwickelt. (lacht)

# OJ: War das nicht auch das Problem mit dem alten Rathaus von Słubfurt? Dort wollte doch auch ein Investor das Grundstück.

MK: Das ehemalige Rathaus war der ehemalige Grenzübergang. Unsere Idee war, das soll bleiben, um aus einem Teil eine Gedenkstätte über die ehemalige Grenze zu machen. Einen anderen Teil hätte man an Vereine geben können. Das wäre ideal gewesen. Die Gebäude waren nicht besonders hübsch,aber sie waren Teil der Erinnerungskultur. Deswegen sollte man sowas nicht abreißen. Es hat-

te so etwas Überstürztes. Man wollte es plötzlich loswerden. Nun, esgab unterschiedliche Gründe. Das Gelände an den Brückenköpfen ist Bundesgelände. Die Stadt wollte gerne dieses Gelände haben, aber der Bund wollte es mit den Häusern abgeben und dafür sehr, sehr viel Geld. Die Stadt hat immer darauf plädiert, die Häuser nicht haben zu wollen. Die Stadt wollte nur das Grundstück. Der Bund aber wusste mit den Gebäuden nichts anzufangen. Letztendlich wurden die Gebäude abgerissen, aber ja, 2008 haben wir das zum Rathaus von Słubfurt erklärt

### OJ: Eine Stadt ohne ein Rathaus, fehlt da nicht etwas?

MK: Bei Słubfurt ist es anders als bei vielen Kunstvereinen, die ihre Gallerie haben seit x-Jahren. Es geht um den gesamten Stadtraum. Deshalb finde ich es viel spannender, je nachdem, was sich gerade anbietet, in diesen Kontext hinein zu gehen und dann den entsprechenden Raum zu nutzen, als nur auf einen Raum fixiert zu sein. Zumal ich auch weiß, dass wenn man sich einen Raum an das Bein bindet, egal ob klein oder groß, sind damit regelmäßige Kosten verbunden. Słubfurt hat keine institutionelle Förderung. Wir leben von Projekt zu Projekt.

(Plötzlich kommt Charlotte, von der Kurzwelly bereits im Interview geredet hat, in den Raum. Sie begrüßen sich herzlichen.)

# OJ: Ich hätte jetzt noch gefragt, was für die Zukunft ansteht, aber das war auch ein schönes Schlusswort...

MK: Also ich habe es ja schon gesagt, Słubfurt ist die erste Stadt, die von der Zukunft in die Gegenwart wächst. Insofern verändert sich Słubfurt ständig, je nachdem, was es für Herausforderungen gibt. Momentan ist eine große Herausforderung für mich persönlich die Flüchtlingspolitik. Seit 2014 haben wir einen Chor gegründet mit Geflüchteten. Aus dem Chor ist unsere Solidargemeinschaft heraus gewachsen. Wir leben modellhaft vor, wie wir Zukunft gestalten können. Menschen wie Charlotte sind ganz wichtig für unser Projekt. Es ist auch für mich persönlich eine Freude, endlich wieder Französisch reden zu können. Ich habe drei Jahre in Frankreich gelebt. Und: Ich habe ganz viel gelernt über den noch im-

mer bestehenden Kolonialismus von Europa in afrikanischen Ländern. Wenn ich die ganze Flüchtlingsdebatte höre, durch alle Parteien hindurch, auch Die Linke, da wird verschwiegen, was es immer noch für Hintergründe gibt. Warum kommen denn die Menschen? Ich habe angefangen zu forschen, vor allem über Kamerun, weil ich viele Kameruner kennen gelernt habe. In Kamerun ist die Währung noch immer völlig abhängig von Frankreich. Der afrikanische Franc wird in Paris hergestellt. Die Staatsreserven Kameruns liegen in der Banque Nationale de Paris. Wenn Kamerun die abrufen will, müssen sie dafür Zinsen zahlen. Seit Kamerun seit den 60er Jahren unabhängig ist, zahlt Kamerun immer noch fast 50 Prozent seiner Steuereinnahmen als Infrastruktursteuer nach Frankreich. Frankreich lebt von den afrikanischen Ländern. Die großen Firmen, Total, Elf, Bolloré, haben Kamerun im Griff. Wenn Kameruner investieren oder eine eigene Firma aufmachen wollen, dann kommen die nicht an Bolloré vorbei. Wenn dann Entwicklungsminister Gerd Müller großkotzig von einem Marshall-Plan redet, dann ist das kein Marshall-Plan, sondern ein Plan zur weiteren Kolonialisierung Afrikas. Es wird der Raum geschaffen für weitere große Firmen, landgrabbing zu betreiben und den Bewohnern von kleinen Dörfern ihr Land wegzunehmen. Diese Menschen haben dann keine eigene Möglichkeit mehr, ihre Felder zu bestellen. Fünf Leute aus dem Dorf werden angestellt, die restlichen haben nichts zu tun. Dann hier von Wirtschaftsflüchtlingen zu reden, ist verlogen. Wir brauchen eine komplett neue Politik. Was kann ich hier als Kleiner tun? Ich kann das öffentlich machen. Und ich kann vor allem den Menschen, die hierherkommen, das geben, was ihnen zusteht, nämlich Teil unserer Gesellschaft zu sein und mitzumachen. Das ist Słubfurt. Słubfurt ist nicht nur deutsch-polnisch. Słubfurt ist, wie es sein kann in der Welt in einigen Jahren. Ich will nicht arrogant sein und sagen: "Das ist es." Es aber zu probieren und dafür ein Labor zu sein, das ist das Eigentliche, was an Słubfurt dahintersteckt.

### OJ: Michael Kurzwelly, ich danke für das Gespräch.



Grenze auf der Insel Usedom

# Launische Pfade - eine vergleichende Analyse der lokalen Identität an Polens West- und Ostgrenze

Martin Barthel - Joensuu

rzysztof verlässt jeden Morgen um 8:00 Uhr die deutsche Grenzstadt Löcknitz. Seine Kinder sind um diese Zeit bereits in der örtlichen Schule. Seine Frau wird den Zug nach Szczecin etwas später nehmen, da sie später mit der Arbeit beginnt.

Auf seinem Weg über die Grenze befindet sich Krzysztof in der Mitte des Pendlerstromes in Richtung Polen. Die 30 Kilometer nach Szczecin lohnen sich, da Mieten und Hauspreise in Löcknitz günstiger als in Polen sind. Seine Familie hätte es sich trotz zwei Gehältern nicht leisten können ins eigene Haus zu ziehen. Sie waren nicht die ersten, die die Vorteile deutscher Orte wie Löcknitz oder Gartz als Vorstädte von Szczecin entdeckten – Verwaltungen, Schulen und Wohnbaugesellschaften fingen schon 2007 an, polnische Pendler mit erschwinglichem Wohnraum und guter Lebensqualität in die ansonsten demographisch schrumpfende Region zu locken (Balogh 2013).

Krzysztof erinnert sich noch an die Zeit, bevor Polen dem Schengenraum beitrat. Die Grenze wurde streng kontrolliert und es wäre unmöglich gewesen, ans tägliche Pendeln zu denken. Heutzutage ist die Grenze für Krzysztofs Alltag wenig relevant, obwohl er sie täglich mehrmals übertritt. Dank der offenen Grenze hat sich das Leben in der Grenzregion sehr verbessert. Zur gleichen Zeit hat Yulia ihre Wohnung in der ukrainischen Stadt Lviv bereits seit zwei Stunden verlassen. Um ihre kleine Rente aufzubessern, fährt sie regelmäßig im Marschrutka-Taxi zum polnischukrainischen Grenzübergang in Medyka. Hier wird sie den Tag als "Mrowka" (Ameise) verbringen. Sie wird Wodka und Zigaretten in der Ukraine kaufen und sie auf die polnische Seite bringen und verkaufen. Dort wird sie Lebensmittel oder Waschmittel für ukrainische Käufer erwerben. Ihr Profit ist abhängig von der Anzahl der Runden, die sie an einem Tag bewältigen kann (Byrska-Szklarczyk 2012).

Bis 2004 war die Grenze leicht zu überqueren, doch seit dem Beitritt Polens zur EU hat sich ihr Leben verkompliziert. Konnte Sie früher die Grenze ohne Visum überqueren, braucht sie jetzt ein Einreisevisum, und die Wartezeiten an der Grenze sind gestiegen (Barthel 2016). Die Überquerung der Grenze ist für sie ein tägliches Glücksspiel, das enorme Auswirkungen auf ihr Einkommen hat. Viele ihrer Kollegen haben bereits aufgegeben, doch sie hält weiter durch und hofft, dass die aktuellen Visa-Erleichterungen ihrem Leben helfen.

Die hier dargestellten Personen sind fiktiv, aber die täglichen Abläufe und die alltägliche lokale Wahrnehmung der Grenze werden von vielen Forschenden bestätigt und stehen stellvertretend für viele andere Regionen entlang der inneren und äußeren Grenzen der EU (Scott 2015).

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Grenzänderungen und damit verbundene Abgrenzungsprozesse zwischen alten Nachbarn zum Teil der politischen Realitäten in Osteuropa. Die neuen Grenzen wurden mystifiziert und die Umstände der Grenzziehung, wie der Austausch von Bevölkerung und Territorium oder der Widerstand von ethnischen Minderheiten, tabuisiert. Selbst zwischen "sozialistischen Bruderstaaten" waren die Grenzen schwer bewacht und befestigt. Gleichzeitig wurden Sie als Friedensgrenzen zu ideologischen Symbolen der sozialistischen Freundschaft. Eine kritische Aufarbeitung ihrer Entstehung war unmöglich (Barthel 2016: 207).

Die Ost- und Westgrenze Polens wurde zwischen 1945 und 1947 von Um- und Neuansiedlung von großen Teilen der Bevölkerung geprägt. Dieser Bevölkerungsaustausch trug zur Entfremdung mit und in den Grenzregionen bei, geprägt von einer gebrochenen lokalen Identität. Erst Ende des Kalten Krieges und der EU-Erweiterung kam es zu einer Neudefinition in beiden Grenzregionen. Ab 2004 wurde die Grenze zu Deutschland zu einer internen EU-Grenze. Durch die grenzüberschreitende Mobilität verlor die Grenze ihre Bedeutung für den Alltag der Grenzländer.

Die Grenze zur Ukraine wurde Teil der stark kontrollierten EU-Außengrenze. Es wurden Visumpflicht und starke Zollkontrollen eingeführt, was eine allmähliche Schließung der Grenze bedeutete. Erst seit Mai 2017 ist die Visumpflicht aufgehoben, es

bleibt abzuwarten, wie dies die Grenzregion verändert (Stokłosa 2012).

Der Artikel wird einen kurzen Überblick über die Entwicklung der beiden Grenzregionen geben und untersucht, wie die Grenze von den lokalen Grenzländern genutzt wird und welche Auswirkungen dies auf den Alltag an der Grenze und die Wahrnehmung der Nachbarn hat. Die Analyse basiert auf Literaturanalyse, Feldforschung und Experteninterviews in der deutsch-polnischen Grenzregion um Szczecin und der ukrainisch-polnischen Grenzstadt Przemyśl.

### Erzählung der Grenze regionale Diskurse an der Grenze

### Die Deutsch-Polnische Grenzregion - Szczczin und ihr deutsches "subbordia"

Um die Entwicklungswege der beiden Grenzregionen zu verstehen, ist es notwendig, die nach 1991 dominierenden lokalen Diskurse zu analysieren. Diese Diskurse haben eine enorme Auswirkung auf die Entwicklungen in den beiden Regionen und helfen, Ähnlichkeiten und Unterschiede in der grenzüberschreitenden Interaktion zu erkennen.

Die Beziehungen an der deutsch-polnischen Grenze waren 1991 nicht nur durch die Nachkriegsgeschichte stark beeinträchtigt, sondern auch durch die Diskurse übereinander in den 80er Jahren. Während die Polen die wirtschaftliche Situation in der DDR als positiv wahrnahmen, schätzten die Deutschen die liberalere Politik in Polen. Die lokalen deutschen Behörden beobachteten diese Beziehung kritisch und arbeiteten ab der Erklärung des Kriegsrechtes in Polen 1980 offen mit antipolnischen Ressentiments, um das Wirken der Gewerkschaftsbewegung Solidarność zu diskreditieren (Hinrichsen 2015). Die Grenze wurde weitestgehend geschlossen und die lokalen Interaktionen zwischen den beiden Ländern kamen zum Erliegen.



Ukrainisch-Polnische Grenze bei Medyka

Mit der deutschen Wiedervereinigung 1990 öffnete sich die Grenze wieder. Die lokalen Reaktionen waren jedoch zwiegespalten. Die Polen spürten, dass die Grenze unsicher wurde und misstrauten den Deutschen. Auf der anderen Seite erkannten lokale Unternehmer und Behörden die Chancen der Nachbarschaft zu einem wirtschaftlich starken Nachbarn in der Europäischen Gemeinschaft.

Auf der deutschen Seite herrschte ein Gefühl der Überlegenheit vor, basierend auf einem gefühlten Entwicklungsvorsprung. Die Wahrnehmung des östlichen Nachbarn wurde von einem übertriebenen Fokus auf Kriminalität und Korruption beeinflusst. Diese Vorstellungen wurden durch die lokalen Medien gestärkt und überdeckten die pragmatischen Bemühungen von lokalen Behörden und Vereinen, neue grenzüberschreitende Beziehungen aufzubauen (Beurskens 2015).

Die offene Grenze ermöglichte ein neues Maß an Interaktion. Polen begannen in Deutschland zu arbeiten, Deutsche fuhren nach Polen, um Zigaretten, Benzin und Alkohol zu kaufen.

Durch die Aufarbeitung der Vergangenheit begannen die Grenzbewohner die regionale Identität neu zu bewerten. Die Bürger von Szczecin begannen

das deutsche Erbe der Stadt zu entdecken, was sich in einer Flut von Forschungsprojekten und Romanen zeigte, die zur Gestaltung einer neuen regionalen Identität beitrugen. Musekamp beschreibt dies als faszinierenden Prozess, in dem die Erinnerung an die deutsche Großelterngeneration von der polnischen Enkelgeneration gestaltet wird (Musekamp 2013).

Der breite Diskurs in der Grenzregion tendiert seit 1991 Richtuna Zusammenarbeit. trotz vorhandener Ressentiments und Andeutscher griffe Nazis auf Polen. Besonders die 1995 gegründete Euroregion Pomerania, bestehend aus Regionen in Deutschland, Polen und Schweden, funktioniert als herausragende Plattform für die institutionalisierte Zusammenarbeit von Kommunen. Kreisen und anderer öffentlichen Institutionen.

Im Alltag der Grenzregion begann die Grenze mit dem Beitritt Polens zur EU 2004 und dem Schengen-Acquis 2007 zu verblassen. In Vorpommern und der Uckermark, dem ehemaligen westlichem Hinterland von Szczecin, begannen die deutschen Gemeinden, die positiven Metropolisierungseffekte zu erkennen, die durch die zunehmende Suburbanisierung verursacht wurden.

Städte wie Pasewalk, Löcknitz oder Gartz profitierten aufgrund der steigenden Immobilienpreise in Szczecin und der guten Verkehrsinfrastruktur zum neuen, alten Zentrum. Polen mieteten oder kauften die leeren Häuser und Wohnungen im deutschen Umland und pendelten täglich zur Arbeit nach Polen (Lis 2013).

Die Kommunen fingen an, um neue Bewohner zu werben. Den lokalen Verwaltungen war klar, dass sie die Nachteile der Peripherie wie schrumpfende Bevölkerung, niedrige Produktivität und sinkende Steuereinnahmen durch die neuen grenzüberschreitenden Dynamiken lindern könnten. Um die Metropolisierungs- und Suburbanisierungsprozesse sinnvoll und nachhaltig zu steuern, stellte sich die Frage der raum- und regionalplanerischen Einbettung. Auf der institutionellen Ebene kämpften die deutschen Kommunen mit Ignoranz gegenüber den grenzüberschreitenden Dynamiken, während die polnischen Gemeinden mit dem offenen Widerstand der nationalen Planungsbehörden zu kämpfen hatten.

Erste grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit wurde daher durch persönliche Kontakte initiiert und durch Fonds und Programme der EU finanziert. Diese Netzwerke hingen von Einzelpersonen ab und boten nur ein begrenztes Maß an Nachhaltigkeit.

Mit der Revision der polnischen Planungspolitik und der Ausweisung von Metropolregionen im Rahmen der europäischen Raumplanung ab 2005, gründeten die Stadt Szczecin und ihre polnischen Nachbargemeinden 2009 den Verband der Szczeciner Metropolregion (Stowarzyszenie Szczecinskiego Obszaru Metropolitarnego). Der Verband arbeitete eng durch die Euroregion Pomerania mit den deutschen Nachbargemeinden zusammen (Małachowski 2013).

Das Ausmaß der Kooperation war für einige deutsche Gemeinden jedoch noch zu gering. Die Stadt Gartz bemühte sich zum Beispiel, angetrieben durch die Initiative des Bürgermeisters, ein assoziertes Mitglied im polnischen Verband zu werden und dadurch an der grenzüberschreitenden lokalen Planung zu partizipieren. Diese Initiativen liefen aufgrund rechtlicher Vorschriften ins Leere, mündeten jedoch in weiteren Kooperationen und informellem

Austausch zwischen den Kommunen auf beiden Seiten der Grenze.

Im Jahr 2015 führte diese Kooperation zur Erarbeitung des deutsch-polnischen Entwicklungskonzeptes für die grenzübergreifende Metropolregion Szczecin. Erstmals arbeiteten hier für die Landesplanungsbehörden aus Mecklenburg-Vorpommern und Berlin/Brandenburg Planungsämter der Woiwodschaft Zachondipommorskie und der Stadt und dem Powiat Szczecin zusammen. Ein Wehrmutstropfen war, das in Polen keine nationalen Planungsbehörden involviert waren, was die Verbindlichkeit des Konzepts einschränkte (Ministerium für Infrastruktur und Entwicklung Polen: 2014).

Diese regionale Zusammenarbeit im Planungsbereich wird durch die Kohäsionspolitik der EU, die den Regionen größere Gestaltungsräume gewährt, unterstützt und ermöglicht die lokale transnationale Zusammenarbeit auch gegen den Widerstand der Nationalstaaten. Lis bemerkt hierzu, dass die Metropolregion in ein grenzüberschreitendes europäisches Labor für den Alltag, die Sprache, die Erziehung, die Arbeit und die Freizeit verwandelt wird - in denen Ideen entstehen, wie Polen und Deutsche die Region gemeinsam entwickeln und neue Formen europäischer Identität gestalten können (Lis, Światkowska-Lis, Olejnik 2014).

### Die polnisch-ukrainische Grenzregion - Przemyśl und die lokale Perspektive auf die Grenze

Die polnisch-ukrainische Grenzregion war bis 1991 von ähnlichen Prozessen gekennzeichnet wie die deutsch-polnische. Die Grenze ist ein Produkt des Zweiten Weltkrieges, verbunden mit erzwungener Umsiedlung und einem dreijährigen Bürgerkrieg zwischen Polen und der ukrainischen Minderheit. Die gewaltsame Grenzziehung wurde vom kommunistischen Regime tabuisiert. Alle lokalen Diskurse, die mit der Vergangenheit der Region verbunden waren, bekamen den Geschmack von Geheimhaltung und Gerüchten.

Mit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 wurde die Grenze weit geöffnet und zum ersten Mal seit 1945 gab es visumsfreien und unbeschränkten Verkehr über die Grenze. Als neue Nachbarn entwickelten die Polen ein lebendiges Interesse an der Europäisierung der Ukraine. Warschau empfand sich als Anwalt und Lotse für Kiew, was zu einer tieferen Zusammenarbeit auf nationaler Ebene führte und die Grenze weit öffnete (Wolczuk 2008).

Die Ambitionen Warschaus wurden jedoch auf lokaler Ebene nicht geteilt. Die offene Grenze führte zu starken lokalen nationalistischen Antworten, die die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten beeinträchtigten (Buzalka 2008). Der ehemalige Vize-Voivod Stanisław Żółkiewicz wurde einer der bedeutendsten Einzelakteure in der Region, der nationalistische Diskurse befeuerte und die wahrgenommene Angst vor einer Ukrainisierung der Stadt schürte. In den Jahren ab 1991 herrschte in der Stadt ein Diskurs der nationalen Zugehörigkeit.

Als die katholische Kirche 1991 die Karmeliterkirche in Przemyśl als Zeichen der Versöhnung der ukrainischen Kirche zurückübertragen wollte, besetzte er mit dem "Komitee zur Verteidigung der Polen in Przemyśl" die Kirche. 1993 organisierte er Widerstand gegen den Beitritt von Przemyśl zur Euroregion Carpathia und blockierte 1995 mit der "Gesellschaft der Verteidiger der Erinnerung an den Adler von Przemyśl" (poln. Stowarzyszenia Obroncow Pamięci Orląt Przemyskich) die Pläne, ein Festival der ukrainischen Minderheit in Przemyśl zu organisieren (Hobal 2008).

Während diese nationalistischen Aktivitäten die Schlagzeilen dominierten, entwickelte sich grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf institutioneller Ebene und zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen. Verwaltungsmitarbeiter, NGOs und lokale Unternehmer erkannten, dass die Grenze eine Ressource für die Stadt darstellt. Diese Ressource war den lokalen Eliten wichtiger als der nationalistische Standpunkt, der die Grenze als Symbol der nationalen Souveränität verstand. In dem seit 2007 veröffentlichten Stadtentwicklungsleitbild "Strategia sukcesu" wird dementsprechend die Grenznähe als einer der wichtigsten Standortvorteile der künftigen strukturellen Entwicklung der Stadt gesehen (Miasta Przemysl 2014).

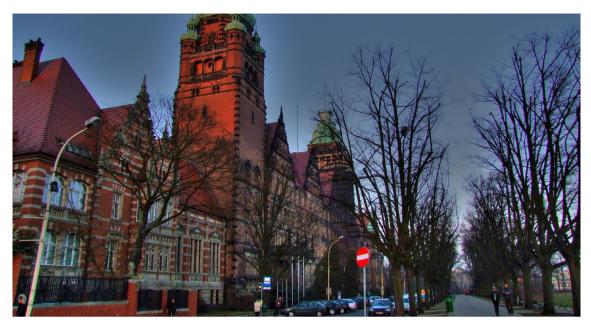
In den während der Feldforschung durchgeführten Interviews wurde eine gewisse Identifizierung mit dem "Leben an der Grenze" und eine proto-regionale Identität messbar. In der linguistischen Landschaft der Stadt sind regional geprägte Identitätsmuster wie "Galicja" oder "Ziemia przemyska" präsenter als national geprägte Muster wie "Podkarpackie" oder ,Kresy'. Besonders transnational orientierte Kreise sind bestrebt, die Grenze für die Zusammenarbeit und die Entwicklung der Region zu institutionalisieren. Die ethnischen Minderheiten haben hier eine Schlüsselrolle. Die polnische Minderheit in der Ukraine ist für viele lokale NGOs ein selbstverständlicher Partner. Die ukrainische Minderheit in Polen wirkt transnational, fühlt sich aber in Przemyśl nicht besonders integriert. Während der Interviews kam es zu Aussagen, dass die Zusammenarbeit zwischen der Minderheit und polnischen Institutionen zunehme, je weiter weg sie von Przemyśl stattfinde (Barthel 2016: 209).

Ein weiterer wichtiger transnationaler Motor sind die Basare, die ein Zentrum grenzüberschreitender, persönlicher Kontakte bilden (Barthel 2010). Die Händler, deren Lebensunterhalt vom Status der Grenze anhängig ist, spüren am stärksten ein Gefühl der Andersartigkeit und sind Hauptträger der Grenzidentität.

Die Grenze hat für jede Generation eine andere symbolische Bedeutung. Während die ältere Generation an imaginären oder echten Wunden der Geschichte festhält, sind die Jüngeren entspannter (Kennard 2014). Für sie war die Grenze immer eine Realität und sie haben sich an ihren offenen Charakter gewöhnt. Auch wenn die schwierige, unbewältigte Vergangenheit einen negativen Effekt auf die lokale Zusammenarbeit hat, deutet der entspannte Umgang Mechanismen an, die Paasi (1995) als Heilung der Grenze und Identität beschreibt.

# Binnen- und Außengrenze - der Einfluss der Europäisierung auf beide Grenzregionen

Die Regionen mag 1.000 Kilometer trennen, jedoch teilen Sie sich eine Reihe gemeinsamer Merk-



Stettin in grenznähe zu Deutschland

male. Beide Grenzen sind durch die Geschichte des Zweiten Weltkrieges geprägt, die den lokalen Diskurs bis heute beeinflusst.

In beiden Regionen gibt es eine Art von "Grenzidentität", die mit einem Gefühl der Andersartigkeit und Abgehängtheit verbunden ist. Der Alltag ist geprägt, aber nicht dominiert von der Grenze. Beide Regionen werden nicht nur durch die Politik Warschaus bestimmt, sondern auch durch die Politik der EU. Die Grenze wird als lokale Ressource verwendet. Während in Przemyśl Einheimische in verschiedenen Formen des Grenzhandels tätig sind, strebt Szczecin an, eine grenzüberschreitende Metropolregion zu schaffen, was in beiden Fällen zur Stärkung der lokalen Entwicklung beiträgt.

Der Hauptunterschied ist die Verbindung über die Grenze hinweg. Während dank Schengen die Grenze in der deutsch-polnischen Region verblasst ist und die grenzüberschreitende Interaktion die Region in ein bi-nationales Laboratorium verwandelt, wird die harte Außengrenze in der polnisch-ukrainischen Grenzregion als Filter oder Hindernis wahrgenommen. In Przemyśl ist die grenzübergreifende Interaktion meistens auf kommerzielle Aktivitäten beschränkt, und für die Einheimischen ist die Grenze die einzige besondere Ressource der Stadt.

Die lokalen Eliten befürworten eine offene Grenze, gleichzeitig wünschen sie sich jedoch keine grenzenlose Region, wie es an Polens Westgrenze Realität ist, da in ihrer Wahrnehmung der wichtigste Standortvorteil für die Region verschwinden würde und sie dann in einer weiteren abgehängten, peripheren Region ohne Perspektive leben würden.

Martinez und O'Dowd deuten das Ausnutzen der Grenze als regionale Ressource für ein Zeichen und ein Gefühl von Andersartigkeit (otherness) (Martínez1994). Als Ressource bestimmt die Grenze den lokalen Alltag und beeinflusst die individuellen sozio-ökonomischen Strategien in der Grenzregion. Die Grenze wird mit persönlicher und lokaler Symbolik beladen, die sich von den Erzählungen des Nationalstaates unterscheidet. Die Kluft zwischen nationalen und lokalen Erzählungen führt zum Gefühl der Andersartigkeit, was die Entstehung einer separaten regionalen Identität begünstigt.

Wie diskutiert, haben sich in beiden Grenzregionen divergierende regionalen Erzählungen entwickelt. Przemyśl profitiert vor allem durch den Grenzhandel. Die Stadt wird als der wichtigste "Binnenhafen" Polens bezeichnet, was die Rolle des Grenzüberganges in Medyka für den Verkehr zwischen der Ukraine und der EU unterstreicht (Voznyak 2000).



Die Entwicklung des Grenzhandels wird seit 1991 durch einen Prozess der Professionalisierung und Legalisierung bestimmt. Die ersten Grenzhandelsaktivitäten begannen Ende der achtziger Jahre. Während organisierter Reisen kauften Einzelpersonen Produkte, die entweder billiger oder nicht verfügbar waren. Dieser "Kofferhandel" bewegte sich im grauen oder illegalen Rahmen (Stokłosa 2013).

Ab 1991 ermöglichte das liberale Grenzregime Schmuggel und "Ameisenhandel", diese Aktivitäten halfen Transformationshärten und Arbeitslosigkeit abzufedern. Der informelle Ameisenhandel resultierte in der Etablierung von Bazaren, auf denen ehemalige Ameisen Stände mieteten und begannen, Kleidung und Lebensmittel an Ukrainer direkt und legal zu verkaufen (Byrska-Szklarczyk 2012: 99). 2004 bildeten die Bazare 50% der Einzelhandelsflächen in der Stadt. In Interviews mit der regionalen Handelskammer wurde berichtet, dass die Bazare den Kern für die Entwicklung größerer – auf die Ukraine spezialisierter – Handelsunternehmen sind. Aktuell existieren der Ameisenhandel und die Bazare parallel (Barthel, Martin 2010: 145).

Ab 2006 ließen sich wegen des zunehmenden grenzüberschreitenden Einkaufstourismus und

der Nähe zu Lviv multinationale Handelsketten in Przemyśl nieder. Ketten wie Tesco, Carrefour, Mediamarkt und Castorama siedelten sich direkt an der Straße nach Medyka an und das mit vielen Bekleidungsketten belegte Einkaufszentrum "Galeria Sanowa" öffnete seine Türen. Die Produkte und Dienstleistungen, die die Ketten anbieten, orientieren sich an der Nachfrage der ukrainischen Kunden und konkurrieren direkt mit dem Angebot der traditionellen Bazare.

Die Bedeutung des Grenzhandels für die Region ist enorm. Allein 2012 haben 4,5 Millionen Menschen die Grenze überschritten und im Durchschnitt 700 Zloty pro Person vor Ort ausgegeben (Mrozek 2015).

Durch die Professionalisierung des Handels wandelt sich die Wahrnehmung des Nachbarn. Während sich die Polen den vorwiegend ukrainischen "Ameisen" überlegen fühlten, trafen sie sich in den Bazaren als gleichberechtigte Partner. In den riesigen Supermärkten und Malls wurden die Rollen getauscht. Ukrainer sind Kunden, die von polnischen Mitarbeitern bedient werden. Es handelt sich um eine Neudefinition des Selbstverständnisses, das zu einem ähnlichen Wahrnehmungsschock führte,

wie es die Deutschen in der Region Szczecin erlebt haben.

Um Szczecin herrschte lange Zeit ein deutsches Überlegenheitsgefühl in Politik und Alltag vor, wobei die regionale wirtschaftliche Entwicklung stagnierte und die Region wegen Abwanderung und demographischem Wandel als hoffnungsloser Fall galt. Die Raumplanung konzentrierte sich auf Rückbau und die Gemeinden bemühten sich Kindergärten, Schulen und andere kommunale Einrichtungen zu erhalten (Bürkner 2015).

Der EU-Beitritt 2004 verstärkte die dynamische wirtschaftliche Entwicklung in Polen. Der Lebensstandard stieg und die allgemeine politische und alltägliche Stimmung war pragmatisch und optimistisch. Szczecin hinkte der wirtschaftlichen Entwicklung zwar hinterher, profitierte jedoch immer mehr von der Grenznähe, so dass die Immobilienpreise stark stiegen.

Nach dem Beitritt Polens zum Schengenraum 2007 wurde das grenzüberschreitende Pendeln für die polnische Mittelschicht attraktiv. Sie brachte ihr optimistisches Lebensgefühl in die deutschen Vororte, die die eingefahrenen Überlegenheitsgefühle der deutschen Einwohner in Frage stellte (ebd.).

Den Gemeinden ist bewusst, dass die grenzüberschreitende Suburbanisierung ihre Existenz sichert. Neben der Etablierung weiterer deutsch-polnischer Institutionen, Schulen und Kindergärten, entsteht eine neue transnationale Identität, die sich nachhaltig festigen und entwickeln wird, solange die Grenze offenbleibt.

Durch die Kohäsionspolitik der Europäischen Union, die die Öffnung der Grenze und eine stärkere Rolle der Regionen fördert, wurde die historisch belastete Grenze zu einer lokalen Ressource für eine gemeinsame Region.

Die anfängliche Ignoranz deutscher Regionalplaner bzw. der Widerstand polnischer Planer gegenüber dem Entwicklungskonzept für die grenzübergreifende Metropolregion Szczecin wurde daher als Bedrohung der regionalen Entwicklung verstanden. In den lokalen Diskussionen wurden "Schwerin" und "Warschau" oft beschuldigt, die lokalen Bedürfnisse nicht zu verstehen, was auf beiden Seiten der Grenze zu einem Gefühl der regionalen "Andersartigkeit" führte und gleichzeitig den Zusammenhalt innerhalb der Grenzregion stärkte (Jańczak 2017).

### Gemeinsamkeiten und Unterschiede - wie die Grenze zwei verschiedene Regionen schuf

Zusammenfassend wird deutlich, dass im Alltag beider Grenzregionen ähnliche Prozesse wirken. In beiden Regionen war die Grenze ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, verbunden mit unfreiwilligem Bevölkerungsaustausch. Die gewalttätigen Grenzziehungen und Umsiedlungen entfremdeten die Nachbarn. Die lang tabuisierte und unbewältigte Vergangenheit stört wie eine schmerzhafte Narbe der Geschichte die grenzüberschreitende Interaktion bis heute.

Gleichzeitig verstehen und nutzen die Bewohner die Grenze als eine alltägliche Ressource. Während an der deutsch-polnischen Grenze die Grenzländer die Preisunterschiede ausschöpfen, um Immobilien auf der anderen Seite zu kaufen, wird die Grenze in der polnisch-ukrainischen Region durch die Entwicklung des Grenzhandels als Strategie gegen Transformationshärten in Wert gesetzt. Die Stadt Przemyśl nutzt den grenzüberschreitenden Handel und die Nähe zur Ukraine, um Investitionen und Touristen anzuziehen, Szczecin und die deutschen Vorstädte versuchen, eine transnationale Metropolregion zu schaffen. Gemeinden wie Löcknitz und Gartz sind sich bewusst, dass die Nähe zu Szczecin und die Entwicklung eines grenzüberschreitenden suburbanen Raumes (eine Art "Subbordia") ihre größte Chance für eine nachhaltige lokale Entwicklung ist. Die grenzüberschreitende Interaktion wird von einzelnen Akteuren angetrieben, die die lokalen transnationalen Beziehungen positiv oder negativ beeinflussen. Während diese Zusammenarbeit in Szczecin institutionalisiert und kaum umkehrbar ist.

ist die Grundlage in Przemyśl fließend und stetig bedroht durch national orientierte Kreise.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal ist ein Gefühl von Andersartigkeit, das Martinez beschrieben hat. Das Gefühl der Andersartigkeit ist eng mit dem Alltag an der Grenze verbunden. Beide Regionen fühlen sich von den Hauptstädten zurückgelassen. Szczecin wegen seines Kampfes, die grenzüberschreitende Metropolregion anerkannt zu bekommen, und Przemyśl aufgrund der peripheren Lage der Stadt und der Ausgestaltung des Grenzregimes, das direkt die wirtschaftliche Situation beeinflusst ohne direkte Mitbestimmung.

Der wichtigste Unterschied und vielleicht der wichtigste Faktor für den Erfolg der deutsch-polnischen Grenzregionen ist die Offenheit und Verbindung über die Grenze hinweg. Als direkte Folge der Kohäsionspolitik der EU verlieren die Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten ihre Relevanz. Die Kohäsion steigert die Verbindung und die ansonsten peripheren Regionen werden zu transnationalen Kontaktzonen, die wirtschaftlich davon profitieren, sich am Schnittpunkt zweier Staaten zu befinden.

Die polnisch-ukrainische Grenzregion zeigt die negative Seite dieser EU-Politik. Um die Binnengrenzen zu öffnen, wurde die Außengrenze befestigt und überwacht. Der unbürokratische Grenzübertritt wurde durch die Visumpflicht verkompliziert. Die zunehmende Grenzschließung wird von den Einheimischen als Bedrohung für den Grenzhandel und damit ihrer Lebensweise verstanden. Das wachsende Gefühl, zurückgelassen zu sein, beeinflusst lokale Debatten und führt zu Protesten auf beiden Seiten der Grenze.

Allgemein befürworten nationale Diskurse Kontrolle und starke Grenzen, da die Grenze als Symbol der nationalen Souveränität deklariert wird. Lokale Diskurse hingegen favorisieren Grenzoffenheit; der Widerspruch begünstigt das Entstehen von regionalen und transnationalen Identitäten. Der regionale Diskurs gegen die "neuen Mauern und Zäune" kann auch in anderen Grenzregionen wie der Öresund-Region oder an der deutsch-österreichischen Grenze wahrgenommen werden (Khanna 2016: 389ff.).

Es ist daher notwendig, in den aktuellen Diskussionen über Grenzschließungen, regionale Perspektiven aufzunehmen, da die Menschen hier am meisten betroffen sind und prosperierende Regionen in die Gefahr kommen, erneut in sozio-ökonomische Peripherien verwandelt zu werden.

#### Literaturverzeichnis:

Balogh, Peter: "Sleeping abroad but working at home: Cross-border residential mobility between transnationalism and (re)bordering". In: Geografiska Annaler. Series B, Human Geography, Vol. 95, no 2. 2013. 189-204.

Barthel, Martin: "Standortfaktor und Ressource – Die Bedeutung der polnischukrainischen Grenze für Przemyśl". In: Wagner, Mathias/Lukowski, Wojciech (Hrsg.): Alltag im Grenzland - Schmuggel als ökonomische Strategie im Osten Europas. Wiesbaden: Springer 2010, 129-146.

Barthel, Martin: "Scars of the past - The impact of contested identities on an EU external border". In: Lähde: historiatieteellinen aikakauskirja, 2016, 200-224.

Balogh, Peter: "Sleeping abroad but working at home: Cross-border residential mobility between transnationalism and (re)bordering". In: Geografiska Annaler. Series B, Human Geography, Vol. 95, no 2. 2013. 189-204.

Beurskens, Kristine/Creutziger, Christoph/Miggelbrink, Judith: "Securitisation from below? civil engagement within processes of bordering in international EU borderlands". In: Grabski-Kieron, Ulrike/Mose, Ingo et. Al (Eds.): 
European rural peripheries revalued: governance, actors, impacts. Berlin: 
LIT. 2015, 172-195.

Bürkner, Hans-Joachim: "Beyond Constructivism: Europeanisation and Bordering under the Impact of Power and Imaginaries". In: Brambilla, Chiara/ Laine, Jussi/ Scott, James (Eds.): Borderscaping: Imaginations and Practices of Border Making. London: Ashgate 2015, 27-40.

Buzalka, Juraj: Nation and Religion: The Politics of Commemorations in Southeast Poland. Münster: LIT 2008.

Byrska-Szklarczyk, Marta: "Borders from the perspective of 'Ants': Petty Smugglers from the Polish-Ukrainian Border Crossing in Medyka". In: Andersen, Doerte./Klatt, Martin/ Sandberg, Marie (Eds.): The Border Multiple: The Practicing of Borders between Public Policy and Everyday Life in a Rescaling Europe. Farnham, Burlington: Ashgate 2012, 97-118.

- Hinrichsen, Kerstin: "Oder-Neiße-Grenze. Bis auf Widerruf?" In: Hahn, Hans. H., Traba, Robert (Hg.): Deutsch-Polnische Erinnerungsorte. Band 1: Geteilt / Gemeinsam. Paderborn: Ferdinand Schöningh. 2015, 497-521.
- Hobal, Bogdan: "Contested by Whom? Lemko Rusyns in the Post-Communist World". In: Europaethnica. 1–2:08, 2008, 45-58.
- Jańczak, Jarosław: "Cross-Border urbanism on the German-Polish border Between spatial de-Boundarization and social (re-)frontierization", In: Boesen, Elisabeth/Schnuer, Gregor (eds.): European Borderlands. Living with Barriers and Bridges. London and New York: Routledge 2017, 47-63.
- Kennard, Ann: "Cross-border governance at the future eastern edges of the EU. A regeneration project". In: Kramsch, Olivier/ Hooper, Barbara (eds.): Cross-Border Governance in the European Union. London, New York: Routledge 2004, 107-120.
- Khanna, Parag: Connectography. Mapping the Global Network Revolution. Orion Publishing: London 2016.
- Lis, Kamil: "Perspektywy regionalnego rynku pracy w warunkach transgranicznego regionu metropolitarnego Szczecina. Niemiecki program wsparcia zawodowego dla młodych mieszkańców Szczecina i powiatu polickiego". In: Buko, Jacek et al. (red.): Kultura, Kreatywnosc i Biznes Wyzwania dla Polityki Regionalnej. Szczecin: Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu Szczecinskiego 2013.
- Lis, Kamil / Światkowska-Lis, Katarzyna / Olejnik, Anita: Das Grenzland als Labor. Weiterdenken, Schwerin 2014 Heft Nr. 2 FES Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern. 2014, 10-11.
- Małachowski, Krzysztof: Wybrane aspekty utworzenia Szczecińskiego Obszaru Metropolitarnego. Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Szczcecinskiego. Nr. 794 2013.
- Martínez, Oscar: Border People. Life and Society in the U.S. Mexico Borderlands. Tucson: The University of Arizona Press 1994.

- MIR (Ministerium für Infrastruktur und Entwicklung): IPPON. Studie der räumlichen Integration des deutsch-polnischen Grenzraumes. Warszawa 2014.
- Miasta Przemysl: *Diagnoza sytuacji spoleczno-gospodarczej Miasta. Strategia*Sukcesu Miasta Przemysla na lata 2014-2024. Rada Mieskej w Przemyslu, Przemysl 2014.
- Mrozek, Krzysztof.: Pedestrian border crossings. Diagnosis, arguments and recommendations. Warsaw: Stefan Batory Foundation Policy Papers 2015.
- Musekamp, Jan: Miedzy Stettinem a Szczecinem. Metamorfozy miasta od 1945 do 2005. Poznan: Wydawnictwo Nauka I Innowacje 2013.
- Paasi, Anssi: "Constructing Territories, Boundaries and Regional Identities". In: Forsberg, Tuomas (ed.) Contested Territory: Border Disputes at the Edge of the Former Soviet Empire. Northampton: Edward Elgar 1995, 42-61.
- Scott, James: "Bordering, Border Politics and Cross-Border Cooperation in Europe". In: Celata, Filippo/ Coletti, Rafaela (eds.): Neighbourhood Policy and the Construction of the European External Border. Frankfurt am Main, New York: Springer 2015, 27-40.
- Stokłosa, Katarzyna: "Neighborhood Relations on the Polish Borders: The Example of the Polish German, Polish–Ukrainian and Polish–Russian Border Regions". In: *Journal of Borderland Studies*, 27:3, 2012, 245-255.
- Stokłosa, Katarzyna: "Conflict and Co-operation: Poland's Border Regions in the Cold War and After". In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 42:1, 2013, 65-95.
- Voznyak, Taras: "Regional Cooperation of Ukraine and Countries of Central Europe". In: Clem, James/ Popson, Nancy (eds.): Ukraine and it's Western Neighbours. Washington DC: Woodrow Wilson Centre 2000.
- Wolczuk, Katarzyna: "Ukraine and its relations with the EU in the context of the European Neighbourhood Policy". Chaillot Paper No. 108. EU Institute for Strategic Studies, Paris 2008, 87-118.



Witold Jurasz, Michał Sutowski, Ulrike Guérot, Adam Traczyk (v.l.n.r.)

# Republik Polen - Republik Europa?

### Krytyka Polityczna diskutierte in Warschau neue Europa-Visionen

Stefan Kunath - Warschau

Dass sich verschiedene Europa-Visionen bereits in der Körpersprache und Ausstrahlung der Diskutanten widerspiegeln, ließ sich am 05. Oktober in Warschau beobachten. Die politische Zeitschrift Krytyka Polityczna hatte zusammen mit verschiedenen Think Tanks aus Polen und Deutschland zur Diskussion über Europa eingeladen.

Witold Jurasz streitet als Sicherheitsexperte und Rechtsliberaler für ein Polen, das seine nationalen Interessen innerhalb der EU durchsetzen soll. Auf dem Podium trug er die meiste Zeit den Gesichtsausdruck eines Türstehers. Als er sein Plädoyer begann, zerrte er an der Krawatte hin und her und legte sie schließlich ab, als ob er wie ein Boxer gleich zum Schlag ausholen würde.

Wofür seine Mitdiskutantin streitet, bekam er wohl noch nie auf einem Podium in Polen zu hören. Ulrike Guérot ist Vorkämpferin für eine europäische Republik, in der die Bürgerinnen und Bürger Europas Nationen und den Nationalstaat überwinden. Stellen ihre Kleidung in hoffnungsvollem Grün und ihre roten Haare bereits den bunten Neuanfang Europas dar, der sich vom Anzuggrau von Withold Jurasz deutlich unterscheidet? Ihre Streitschrift "Der Europäische Bürgerkrieg" hat in Deutschland jedenfalls für viel Gesprächsstoff gesorgt. Nun ist der Bestseller auf Polnisch erschienen.

Was hat es mit diesem Bürgerkrieg und der europäische Republik auf sich? Glaubt man Guérot, stehen sich in der EU nicht die Nationalstaaten gegenüber, sondern europäischer Geist und Ungeist. Die EU durchlaufe gar keine Phase der Renationalisierung. Die Nationalisten verschiedener Couleur würden die Nationen vielmehr spalten. Quer durch alle Mitgliedsstaaten stünden sich zwei polarisierende Mengen an Bürgerinnen und Bürgern gegenüber: Identitäre gegen Weltoffene. "In diesem Bürgerkrieg ist die politische Positionierung wichtiger

als die nationale Zugehörigkeit", so Guérot. Problem dabei ist: Die EU hat keinen Raum entwickelt, um die beiden Lager parlamentarisch abzubilden. Guérots Lösung: Die Bürgerinnen und Bürger Europas überwinden den Nationalgedanken und gründen eine neue Staatsbürgergemeinschaft, die europäische Republik: gleiches Stimmrecht, Gleichheit vor dem Gesetz, Parlamentarismus mit Gewaltenteilung. In der europäischen Republik solle niemand seine Identität oder Heimat verlieren. Diese sei laut Guérot jedoch nicht in der Nation verankert, sondern in der Region. "Wir brauchen dringend einen progressiven Heimatbegriff. Wir dürfen Heimat nicht den Nationalisten überlassen", warnte Guérot an diesem Abend.

Für Jurasz ist das alles utopische Spinnerei. Die europäische Republik habe nichts mit der konkreten Situation der Menschen zu tun. Wer jetzt die Nation überwinden wolle, mache die Nationalisten nur noch stärker, so Jurasz, "Ich habe den Nationalstaat zu schätzen gelernt." Er bezweifelt, dass es in der EU eine gemeinsame Identität, gemeinsame Interessen und eine gleiche Gefahrenwahrnehmung gebe. "Die Republik ist nicht im Interesse Polens", fasst er zusammen. Tatsächlich ist die Frage berechtigt: Sollen sich Polen und Balten etwa auf die Katalanen verlassen, um sich vor Russland zu schützen? Die Frage ist nicht von der Hand zu weisen: Jurasz arbeitete als Sicherheitsexperte in den polnischen Botschaften in Minsk und Moskau, befasste sich dort mit der Problematik des Raketenabwehrschildes der USA. Gemessen an dem, was er an diesem Abend von sich gibt, ist er ein Bilderbuch-Realist.

"Nach dem Faschismus galt die Gründung der EG auch als Utopie", erwidert Guérot. Sie wird grundsätzlich: Der Politik fehle es an Alternativen und Phantasie, doch davon lebe die Politik. Jurasz stimmt sie lediglich zu, dass es in der Sicherheitspolitik und im globalen Maßstab durchaus noch nationale Interessen gebe. Für die Eurozone müsse aber gelten "ein gemeinsamer Markt, eine gemeinsame Währung, eine gemeinsame Demokratie". Ohne Wahlrechtsund Steuergleichheit gebe es weiter zwei Klassen von Europäern. Das stärke die Gegner der Integration.

Hier kam der Politikwissenschaftler Michał Sutowski von Krytyka Polityczna ins Spiel, der ebenfalls auf dem Podium saß und der Guérots Streitschrift übersetzt hatte. Die Organisatoren hatten ihm wohl die Rolle des Vermittlers zugeteilt: Erst gab er Jurasz Recht hinsichtlich der Bedeutung der Nation. Diese sei tief im Bewusstsein verankert. Er erinnerte daran, dass selbst die international denkende Sozialdemokratie einst für den nationalistischen Ersten Weltkrieg gestimmt hatte. Dann gab er Guérot Recht, denn in der Eurokrise gebe es in allen Mitgliedsstaaten bestimmte Milieus, die für die Krise zahlen oder von ihr profitieren.

So zeigte sich an diesem Abend, dass die von Guérot betriebene Zuspitzung auf die Eurozone der Knackpunkt der Debatte ist, zu der Polen eben nicht gehört. Den Nationalstaat abzuschaffen, sei viel zu umstritten, so Sutowski, aber man könne durchaus über die kleinen Schritte nachdenken, die Guérot in ihrem Buch skizziert, etwa eine EU-Arbeitslosenversicherung. die von einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer finanziert werden könnte. In einer Vertiefung der Eurozone sieht Sutowski jedoch die Gefahr einer weiteren Spaltung innerhalb der EU. Gerade aus diesem Grund erinnerte Guérot daran, dass sich Polen mit dem EU-Beitritt auch zur Einführung des Euro verpflichtet habe. Davon wollte Jurasz wiederum gar nichts mehr wissen: Polen dürfe seine Wettbewerbsvorteile nicht einfach aufgeben. In die polnische Diplomatie habe er ohnehin kein Vertrauen, diese würde in der Eurogruppe keine konstruktive Rolle für Polen spielen. Und überhaupt: Putin würde sich vom Euro ohnehin nicht militärisch abschrecken lassen.

Ukraine-Krieg, Migration und Euro-Krise – eines war an diesem Abend klar: Die Europäische Union steht unter Veränderungsdruck. In den Räumen von Krytyka Polityczna wurde an diesem Abend deutlich, dass die europäische Frage längst keine technokratische sondern eine höchst politische Frage ist. Die Diskussion wird in Polen, das ganz besonders mit seinem Verhältnis zur EU ringt, wie auch in den anderen Mitgliedsstaaten ganz sicher weitergehen.

## Denken über die Krise Europas

### Ivan Krastev liefert das Nachwort auf eine gescheiterte EU -Ulrike Guérot ruft zu neuen Europavisionen auf

Stefan Kunath - Berlin

Die Krise der Währungsunion und die Flüchtlingskrise, der Brexit, der Aufstieg des Rechtspopulismus und die Spaltung der EU in Norden und Süden, in Westen und Osten fordern mehr denn je zum Nachdenken auf. Zwar scheint es, als befinde sich die EU mit der Niederlage Marine Le Pens bei der französischen Präsidentschaftswahl

in einer Art Verschnaufpause, doch die fundamentale Prüfung zur Lösung ihrer existentiellen Probleme hat die EU noch lange nicht bestanden. Mit Ivan Krastev und Ulrike Guérot haben sich zwei Intellektuelle zu Wort gemeldet und die Krise und Zukunft der Europäischen Union zu deuten versucht.

### Krastev skizziert das Ende Europas und plädiert für Improvisation im Umgang mit dem Populismus

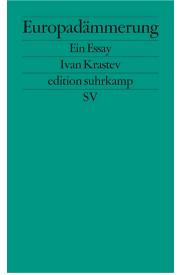
Als ein aus Bulgarien stammender Intellektueller hat Ivan Krastev einen besonderen Zugang zu den Krisenerscheinungen der EU, hat er doch im letzten Jahr seines Philosophiestudiums in Sofia bereits den Zerfall eines politischen Systems miterlebt. "Angesichts der politischen Turbulenzen in Europa haben wir das Gefühl, dass wir all das schon einmal erlebt haben", erklärt Krastev. Seinen Essay "Europadämmerung" möchte er deshalb als "ein von Träumereien eines von Déjà-vu-Erlebnissen ergriffenen Geistes" verstehen.

Aus diesem Grund ist es augenfällig, dass neben der Einleitung, in der Krastev die veränderten Koordinaten der europäischen Integration skizziert, die Abschnitte über die Krisenwahrnehmung in den (mittel-)osteuropäischen Staaten zu den besonders herausragenden im Buch gehören. Krastev argumentiert, dass mit der Flüchtlingskrise eine

neue Realität der Desintegration begann, in der ein Zerfall der EU nicht mehr als undenkbar, sondern als unausweichlich erscheint. Mit der Flüchtlingskrise wandle sich die demokratische Politik zu einem Instrument des Ausschlusses Anderen In der Politik bedrohter Mehrheiten verkomme demokratisches Denken zu rein demographischem Denken.

Doch was hat die Flüchtlingskrise genau freigesetzt? Krastev sieht eine Art Gegenrevolution gegen die revolutionären Errungenschaften eines 1989 eingeleiteten Europas der offenen Grenzen und den

Versprechungen einer globalisierten Welt im Gange. Diese Revolution richte sich nicht nur gegen geflüchtete Menschen, sondern auch gegen die meritokratischen Eliten Europas, die im fernen Brüssel leben und den Kontakt zur Gesellschaft verloren haben. Statt von Utopia zu träumen, träume man im Osten – und immer stärker auch im Westen – von Nativia, in der es keine Ausländer und offene Grenzen mehr gebe. "Der Traum eines freien und geeinten Europas dürfte ausgeträumt sein", bilanziert Krastev. Ein Urteil, das freilich den Titel des Buches erklärt.



Der englische Titel des Buches lautet indes After Europe. Damit verdeutlicht er etwas genauer, welcher fundamentale Wandel in Europa vonstattengeht. Letztendlich ist es der Verlust der Zuversicht, dass Europa ein Versprechen und eine Lösung für ein besseres Leben sei.

Am eindrucksvollsten lasse sich dies aus der Perspektive der (mittel-)osteuropäischen Länder nachvollziehen. Dort habe sich die EU von einem Vorbild zu einem Feindbild gewandelt, dass als kosmopolitisches Regime zwar offene Grenzen propagiere, doch die Verliererinnen und Verlierer der post-sozialistischen Transformation zurück in sterbenden Gemeinden lasse, während die klügsten Köpfe der neuen EU-Mitgliedsstaaten ihre Heimat scharenweise Richtung Westen verließen, konstatiert Krastev. In diesen Regionen nähre die Flüchtlingsfrage die existentielle Angst eines Landes, als Nation zu verschwinden und aus der Geschichte

auszutreten, obschon die Staaten (Mittel-)Osteuropas erst ab 1989 ihre volle Unabhängigkeit erlangt hatten.

Aus dieser Perspektive erscheine es nachvollziehbar, die zurückgebliebenen dass Wählerinnen und Wähler lieber heimattreuen Politikerinnen und Politikern vertrauen, die keine Fremdsprache sprechen und das ferne Brüssel meiden. Ein Kosmopolit und ein "guter Pole" oder ein "guter Tscheche" erscheint sein. unvorstellbar. Letztendlich das sei es Misstrauen ..tiefverwurzelte gegenüber dem kosmopolitischen

Denken, das Ost und West voneinander trennt".

Am Ende könnten nur Improvisation und Flexibilität die Europäische Union doch noch retten. Das Ziel, den Populismus zu besiegen, sei aber zum Scheitern verurteilt; vielmehr empfiehlt Krastev, mit dem Populismus umgehen zu lernen. Die Überlebensfähigkeit der EU könnte sich in der Zukunft als wichtige Legitimationsquelle erweisen. "Wer spricht von Siegen?", zitiert Krastev Rainer Maria Rilke, "überstehen ist alles!"

Ivan Krastevs Illusionslosigkeit liest sich geradezu beeindruckend. bedrückend. Obschon Europäische Union existiert, verbreitet sein Essay die Nostalgie eines untergegangenen Europas. Die in seiner Biographie prägendste Erfahrung vom Zerfall der sozialistischen Welt erlaubt es Krastev nicht nur, die Krise der EU ausgehend vom Epochenjahr 1989 zu deuten, sondern ihr Scheitern szenarienartig vorwegzunehmen. Wer das Ruder für die Europäische Union irgendwie noch einmal rumreißen will, kommt deshalb an Krastevs Essay nicht vorbei.

### **Guérot trommelt zum Bürgerkrieg** gegen die Populisten und ruft die europäische Republik aus

Vom flexiblen Durchwuseln durch die Krise oder gar Resignieren, davon hält Ulrike Guérot überhaupt

> nichts. Über die vergangenen Durchwuseln plädiert Segeln zu nehmen.

Krisenjahre ist in Guérots Denken die Gewissheit gewachsen, dass diese EU keine Zukunft mehr hat, wie sie durch ihre eigene Arbeit im Brüsseler Kosmos feststellen musste. Darin scheinen sich Krastev und Guérot einig zu sein. Doch gegen permanentes Guérot mit ihrer Streitschrift "Der neue Bürgerkrieg" für die Flucht nach vorne. Sie skizziert die Vision einer europäischen Republik, um den Populisten den Wind aus den

Kern der Krise der EU sei laut Guérot, dass die verschiedenen

nationalen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger durch die Konstruktion der Europäischen Union sozial und ökonomisch in Konkurrenz gesetzt würden. Das verursache die gesellschaftlichen Verwerfungen, von den sozialstaatlichen Einschnitten bis hin zur Landflucht.

Wie ein roter Faden zieht sich Guérot Argument durch das Buch, dass Europa gar nicht vor einer Renationalisierung stehe, sondern die Nationalisten die jeweiligen Gesellschaften innerhalb der



EU-Mitgliedsstaaten in zwei politische Lager spalteten: Das der europäischen Identitären, welche Europa abschotten und die nationalstaatliche Souveränität gegenüber den supranationalen Institutionen beibehalten wollen, und das der kosmopolitischen Zivilgesellschaft, jedoch noch nicht transnational im Kampf gegen die Identitären verbündet habe. Diese beiden politischen Lager tragen eine Art Bürgerkrieg aus, weil die EU über keinen Resonanzraum verfüge, in welchem der Konflikt in politische Gestaltungsprozesse umgewandelt würde: "Der sich ankündigende europäische Bürgerkrieg ist de facto ein transnationaler Verteilungskampf und ein Kulturkampf, die beide national nicht mehr zu lösen sind und die zu lösen die EU kein Instrumentarium hat, weswegen sie an ihnen zugrunde geht - und die europäischen Demokratien dabei in den Abgrund zieht."

Die Europäische Union durchlebe einen europäischen Vormärz. In dieser vorrevolutionären Phase empfiehlt Guérot der kosmopolitisch denkenden Zivilgesellschaft, das Erbe der Nation zu überwinden und die Ideale der französischen Revolution zu europäisieren. In den Mittelpunkt ihrer Überlegung stellt sie das allgemeine Wahlrecht, das schon immer ein Ausdruck gesellschaftlicher Modernisierung gewesen sei. Nun gelte es, durch ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für alle Unionsbürgerinnen und -bürger die nationale Brille abzusetzen und eine europäische politische Einheit zu begründen - die europäische Republik. Eingebettet werden müsse die Wahlrechtsgleichheit mit steuerlicher Gleichheit und gleichen Zugang zu sozialen Rechten.

Droht in der europäischen Republik der Verlust der Heimat und der Identität, wie dies die Nativisten befürchten? Guérot stellt die Gegenfrage: Ist die Nation wirklich die Heimat? Oder ist es nicht vielmehr die Region, in der sich die Bürgerinnen und Bürger Europas zu Hause fühlen? Guérot scheint sich ihrer Sache sicher zu sein: Die Nation sei eine Fiktion, über die Region könne den Nativisten durch einen anderen Heimatbegriff das Wasser abgegraben

werden. Die Europäische Republik begreift sie als Föderation vieler regionaler Einheiten ohne nationale Zwischeninstanz. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass auch über die Identifikation mit der Region der Abgrenzungsmechanismus nicht infrage gestellt, sondern Nation lediglich mit Region ersetzt wird, wo dann eine spezifische regionale Identität auch in starker Abgrenzung existieren kann und für sich eine Politik machen könnte, welche dieselben Mechanismen bedient wie der Nationalismus.

Trotzdem lässt Ulrike Guérot in ihrem Essay keinen Zweifel an der Gestaltungsfähigkeit der Krise. Sie lebt, was sie lehrt. Ihre Vision ist ansteckend – besonders im Kontrast zum Trist der Krise. Was im Kopf nach der Lektüre hängen bleibt? Die Krise ist ohnehin da, es geht um unsere Einstellung zu ihr. Guérot will sich von der Ohnmacht nicht verrückt machen lassen. Deshalb lädt sie zum Gestalten ein.

Man muss beide Bücher am besten gleichzeitig lesen, liegt die Stärke beider Essays in der schonungslosen Offendeckung der europäischen Krise. Das eröffnet einen Dialog über die Zukunft Europas. die zumindest in der deutschen Öffentlichkeit völlig erstarrt ist. Doch Krastev und Guérot lassen keinen Zweifel daran, dass dieses Europa Geschichte ist. Beide stecken in ihren Büchern die Koordinaten für das künftig Mögliche ab. Krastev gelingt eine systematischere Analyse, an dem ein Pragmatiker Gefallen finden könnte. Doch gerade deshalb ist es interessant, während der Lektüre Guérot mitzudenken. Durchwuseln bringt schließlich nur dann etwas, wenn man einen Schimmer davon hat, in welche Richtung man sich durch die Krise wuseln sollte.

Ivan Krastev (2017): *Europadämmerung*, Berlin: Suhrkamp, 143 Seiten, 14 €.

Ulrike Guérot (2017): Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde, Berlin: Ullstein, 94 Seiten, 8 €.

### Ost Journal bestellen

Senden Sie uns zur Bestellung eines Einzelexemplars oder eines Abonnements eine E-Mail an mail@ost-journal.de mit folgenden Informationen:

Produktbezeichnung, Mengenangabe, Nachname, Vorname, ggf. Institution, Adresse, Postleitzahl, Ort, Email-Adresse.

Die genauen Produktbezeichnungen und Preise entnehmen Sie www.ost-journal.de.

Ost Journal erscheint zweimal jährlich (Frühlings-, Herbstausgabe) mit einem Jahresumfang von rund 150 Seiten im Format B5 (170 x 240 mm). Die Frühlingsausgabe erscheint bis Ende Juni. Die Herbstausgabe erscheint bis zum 08. Oktober des jeweiligen Jahres.

### **Impressum**

Ost Journal Politik - Kultur - Gesellschaft

2-mal im Jahr erscheinende politische Fachzeitschrift

Jahrgang 2/2017

Angaben gem. § 5 TMG

Ost Journal GbR, Straße der Befreiung 46, D-15324 Letschin

Kontaktinformationen:

E-Mail: mail@ost-journal.de Telefon: +49 (0) 177 492 740 7

Ost Journal GbR wird vertreten durch:

Stefan Kunath, Martina Poljak, Eduard Josif Kosminski

Umsatzst.-ID: 064/161/01742

Verantwortliche für journalistisch-redaktionelle Inhalte gem. § 55 II RstV: Martina Poljak, Wielandstr. 32, 10629 Berlin Herausgeber\*innen und Chefredaktion:

Martina Poljak E-Mail: m.poljak@ost-journal.de
Stefan Kunath E-Mail: s.kunath@ost-journal.de

Geschäftsführer:

Eduard Josif Kosminski E-Mail: e.kosminski@ost-journal.de

Layout: Daniel Triebke, www.3bke.de

Druck: wir-machen-druck.de

Copyright

Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Beiträge, Abbildungen etc. ist unzulässig. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet und die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-Rom, DVD-Rom etc. nach vorheriger Zustimmung von Ost Journal GbR. Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen.

#### Förderabonnementen

Ulrike Bahr, Dr. André Hahn, Susanna Karawanskij, Stefan Liebich, Birgit Menz, Dr. Simone Raatz, Frank Tempel, Katrin Werner (Stand: 22. Juni 2017)

Fotoverzeichnis: Titelbild: Marin Berović, Kroatien, Seite 2, 4, 7: Polina Spartyanova, Seite 8: Avi, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 10: Arthur Chapman, Flickr, (CC BY 2.0), Seite 11: Dan Lundberg, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 12: Uwe Brodrecht, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 13-16: Hasmik Muradyan, Seite 17: Matthias Ripp, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 28: David Stanley, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 29: Seite 18: Andreas Kontokanis, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 29: Seite 28: David Stanley, Flickr, (CC BY 2.0), Seite 25: David Stanley, Flickr, (CC BY 2.0), Seite 26: Mikhail Kamarov, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 28-29: Christoph Creutziger, Seite 30: Marine Corps New York, Flickr, (CC BY 2.0), Seite 32: Anton Novoselov, Flickr, (CC BY 2.0), Seite 33: Alexey Belyaev-Gintovt, Seite 34: Coming-Out, Seite 35: Maria Gelman, Dmitry Roy, Seite 36: Yana Kolesinskaya, Seite 38: Faktiv / Doroteja Jakovic, Seite 40: Denis Bocquet, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 42: Pero Kvrzica, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 45: Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 47: Redaktion Ost Journal, Seite 48: Jorge Franganillo, Flickr, (CC BY 2.0), Seite 49: Reiner Pfisterer, Seite 50: Paško Tomić, Flickr, (CC BY 2.0), Seite 46: Smitry Dzhus, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 56: Sebastian Bretag, Seite 59: Eduard Kosminski, Seite 62: Sven, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 64: Kai Hendry, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 67: Stewart Williams, Flickr, (CC BY-ND 2.0), Seite 68: Go Travel, Flickr, (CC BY-SA 2.0), Seite 72: Linda Jaberg, Seite 74: Sulhrkamp, Seite 75: Ullstein

# Ost Journal